

TEXTE

86/2017

Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung

Zwischenbericht

TEXTE 86/2017

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3715 11 1020

Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung

Zwischenbericht

von

Cristina Espinosa, Michael Pregernig
Professur für Sustainability Governance, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg

Corinna Fischer
Öko-Institut, Freiburg

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie,
Tennenbacher Straße 4
79106 Freiburg

Öko-Institut e.V.
Merzhauser Straße 173
79100 Freiburg

Abschlussdatum:

Oktober 2016

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung
Anne Klatt

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, September 2017

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3715 11 1020 finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Umweltprobleme sind nicht einfach objektiv gegebene Phänomene, die mittels rational ausgewählter Instrumente effektiv gelöst werden können. Themen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Entwaldung, Wüstenbildung und ähnliches sind von Machtbeziehungen aber auch von widerstreitenden Perspektiven und Interpretationen geprägt, die noch dazu hochgradig kontextabhängig sind. Diese Perspektiven und Interpretationen bestimmen in komplexer Weise, wie Umweltprobleme gesellschaftlich verstanden und politisch adressiert werden. Vor dem Hintergrund dieser Einsicht haben in den letzten drei Jahrzehnten sprachensitive und diskursive Ansätze in der Analyse umweltpolitischer Problemlagen stark an Bedeutung gewonnen, und dies quer über verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen hinweg, von der Soziologie über die Politische Ökologie bis zur Politikfeldanalyse. Weitgehend auf eine Literaturanalyse von Studien zur Rolle von Diskursen und Narrativen in der Umweltpolitik gestützt, verfolgt dieser Bericht drei miteinander verknüpfte Ziele: Erstens werden zentrale Konzepte, wie sie in sprachsensitiven und diskursiven Theorieansätzen wie auch in empirischen Studien zu Umweltdiskursen verwendet werden, einer begrifflichen Klärung zugeführt, wobei besonderes Augenmerk auf die beiden Schlüsselkonzepte ‚Diskurs‘ und ‚Narrativ‘ gelegt wird. Zweitens werden wichtige Funktionen, die Narrative im politischen Prozess erfüllen können, darstellt und sechs Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen umweltpolitischer Narrative präsentiert und mit Beispielen bebildert. Drittens wird anhand von zwei Fallbeispielen, den Konzepten der ‚ökologischen Modernisierung‘ und des ‚Guten Lebens‘ und den darin eingeschriebenen Narrativen, aufgezeigt, wie Narrative als Kommunikationsinstrumente der Umweltpolitik eingesetzt wurden und welche praktischen Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen. Aufbauend auf die vorhergehenden Analysen wird abschließend eine sogenannte ‚umweltpolitische Diskurslandkarte‘ als praktisches Instrument zur Einschätzung der Anschlussfähigkeit von Diskursen und Narrativen vorgestellt. Insgesamt liefert der Bericht damit praktische Impulse für die Reflexion und Entwicklung politischer Strategien zur erfolgreichen umweltpolitischen Kommunikation.

Abstract

Environmental problems are not simply objective phenomena that can be rationally approached and resolved in a single, straightforward and effective way. Issues such as climate change, biodiversity loss, deforestation, desertification and many more, are imbued with power and subject to conflicting perspectives and interpretations which are highly context specific. These perspectives and interpretation integrally shape the way environmental problems are socially understood and dealt with by different means of organizing social co-existence such as politics. Accordingly, in the last three decades, language-sensitive and discursive approaches have become common for the study of environmental issues in the intersecting fields of sociology, political ecology and policy studies. Principally drawing from a literature review on the role of discourse and narratives in environmental politics, this report fulfils three interrelated aims: first, it clarifies key terms used in language-sensitive and discursive approaches for the study of environmental issues such as ‘discourse’ and ‘narrative’. Second, it systematizes the key functions of narratives in politics and presents six hypotheses about the factors contributing to the success of narratives. Third, it provides illustrative examples and detailed accounts of the contents of successful narratives such as those interwoven in the two discourses of ‘ecological modernization’ and the ‘good life’. Finally, the report sketches out a ‘discourse map’ intended as an analytical tool to explore how new narratives link up with patterns available through different dominant discourses and neologisms shaping environmental politics. Overall, this report provides practical impulses for reflecting and developing strategies for a meaningful and successful communication of environmental problems in politics.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	8
Zusammenfassung.....	9
Summary.....	13
1 Einleitung	16
2 Diskursansätze zwischen Steuerungsoptimismus und -pessimismus	17
2.1 Akteurszentrierte, sprachensitive Ansätze	17
2.2 Poststrukturalistische diskursive Ansätze	18
2.3 Dialektische, co-konstitutive diskursive Ansätze	19
2.3.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse	20
2.3.2 Argumentative Diskursanalyse.....	20
2.3.3 Kritische Diskursanalyse	21
2.4 Fazit.....	22
3 Klärung zentraler Begrifflichkeiten	22
3.1 Diskurse.....	22
3.2 Narrative	23
3.2.1 Konzeptverständnis.....	24
3.2.2 Schlüsselfunktionen von Narrativen	24
4 Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen von umweltpolitischen Narrativen	26
Hypothese 1: Akteure	27
Hypothese 2: Anschlussfähigkeit	29
Hypothese 3: Offenheit und Mehrdeutigkeit	30
Hypothese 4: Historische und situative Einbettung	31
Hypothese 5: Kommunizierbarkeit	32
Hypothese 6: Verständlichkeit.....	33
5 Narrative als Kommunikationsinstrumente der Umweltpolitik: zwei Fallbeispiele	36
5.1 Methode	37
5.2 Narrative der ökologischen Modernisierung.....	38
5.2.1 Übersicht über den Diskurs.....	39
5.2.2 Narrative im Diskurs der ‚Ökologischen Modernisierung‘	41
5.2.3 Erfolg der Narrativkette	42
5.2.4 Identifikation von Erfolgsfaktoren	43
5.2.5 Fazit: Strategische Nutzbarkeit	46
5.3 Narrative des ‚Guten Lebens‘ als Suffizienz.....	46

5.3.1	Überblick über den Diskurs	47
5.3.2	Narrative im Diskurs des „Guten Lebens“ als Suffizienz	51
5.3.3	Erfolg der Narrative	52
5.3.4	Erfolgsfaktoren	53
5.3.5	Fazit: Strategische Nutzbarkeit	55
5.4	Fazit	56
6	Anschlussfähigkeit von Diskursen und Narrativen: Entwurf einer umweltpolitischen Diskurslandkarte	56
6.1	Diskurstypen	57
6.2	Dimensionen der Diskurslandkarte	58
6.3	Methodisches Vorgehen und Darstellungsweise	59
6.4	Steckbriefe ausgewählter Diskurse und Neologismen	60
6.4.1	Umwelt-Meta-Diskurse	60
6.4.2	Governance-Diskurse	66
6.4.3	Neologismen	73
6.5	Fazit	79
7	Quellenverzeichnis	81
	Anhang: Glossar zu Diskurs- und Narrativkonzepten	88

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Diskursstränge der ‚ökologischen Modernisierung‘	39
Abbildung 2:	Diskursstränge um das ‚Gute Leben‘	48
Abbildung 3:	Umweltpolitische Diskurslandkarte.....	57

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zusammenfassung der steckbriefartig beschriebenen Diskurse und Neologismen	80
Tabelle 2:	Beispiel für die Erfassung einer Phänomenstruktur	97

Zusammenfassung

Die Liste von Umweltproblemen, die öffentliche Aufmerksamkeit wecken, ist lang und vielfältig. Sie umfasst lokalisierte Phänomene wie Abfallentsorgung ebenso wie globale Herausforderungen wie Klimawandel, Entwaldung und Biodiversitätsverlust. Selbst wenn Umweltprobleme in sichtbaren und spürbaren Veränderungen physischer Bedingungen zum Ausdruck kommen, was nicht für alle Formen der Umweltbelastung der Fall ist, ist keineswegs automatisch mit politischen und gesellschaftlichen Reaktionen zu rechnen. Darüber hinaus können politische Ansätze zur Problemlösung nicht als direkte Folge eines rationalen Abwägungsprozesses in der Wahl der effektivsten Instrumente gesehen werden. Stattdessen ergeben sich umweltpolitische Maßnahmen und Aktionen oft aus gesellschaftlich höchst umstrittenen Prozessen der Bedeutungszuweisung. Akteure versuchen, ihre Interpretationen der Wirklichkeit, ihre Sorgen und die Bedeutungen, die sie verschiedenen Phänomenen zuschreiben, mit anderen Akteuren zu teilen. Sie mobilisieren Unterstützung für die Interventionen, die sie als dringend und notwendig erachten. Die Einsicht über die wichtige Rolle von Bedeutungen und Prozessen der Bedeutungszuweisung hat in den letzten drei Jahrzehnten dazu geführt, dass in der Analyse umweltpolitischer Problemlagen vermehrt sprachensitive und diskursive Ansätze zur Anwendung kommen. Dies geschieht quer über verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen hinweg, von der Soziologie über die Politische Ökologie bis zur Politikfeldanalyse. Bis heute weisen diese Ansätze einen hohen Grad an Fragmentierung auf. Einerseits lassen sich natürlich zahlreiche Gemeinsamkeiten ausmachen, wie etwa ihr analytisches Interesse für Mechanismen mittels derer komplexen Umweltproblemen Bedeutungen zugeschrieben, verhandelt und in Frage gestellt werden; andererseits weisen sie gleichzeitig doch auch markante Unterschiede auf, insbesondere hinsichtlich fundamentaler Grundannahmen über Sprache, gesellschaftliche Handlungsfähigkeit (*agency*) und Macht.

Ziel dieses Berichts ist es, eine anwendungsbezogene Synthese zur sozialwissenschaftlichen Frage nach der Rolle von → Narrativen und → Diskursen in der Umweltpolitik zu liefern. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Möglichkeiten und Grenzen der strategischen Nutzung von Narrativen und Diskursen in der praktischen Umweltpolitikgestaltung gelegt. Anschließend an eine kurze Einleitung werden in Kapitel 2 drei verschiedene Typen sprachsensitiver und diskursiver Ansätze, wie sie in der Analyse von Umweltpolitik zur Anwendung kommen, eingeführt und vergleichend gegenübergestellt. Diese Ansätze bauen auf sehr unterschiedlichen Vorannahmen hinsichtlich der Frage auf, welche Möglichkeiten (rationale) Akteure in der Verwendung von Sprache als Mittel zur Steuerung von Realitätswahrnehmungen und letztendlich zum Erreichen politischer Zielsetzungen haben. Die Ansätze können entlang eines Kontinuums von akteurszentrierten (und damit eher steuerungsoptimistischen) und post-strukturalistischen (und damit eher steuerungspessimistischen) Ansätzen eingeordnet werden.

In diesem Bericht wird eine Mitteposition eingenommen, indem von der Prämisse ausgegangen wird, dass Sprache sowie Diskurse und Narrative durch politische Akteure (zu einem gewissen Grad) aktiv gesteuert werden können, dass gleichzeitig aber Akteure sozial und diskursiv konstruiert werden und dass damit Diskurse mächtig, aber nicht ‚undurchdringlich‘ sind. Sogenannte dialektische oder ko-konstitutive Ansätze erlauben es, sowohl die strukturellen Dimensionen eines Diskurses zu erfassen, als auch intersubjektive Prozesse des Produzierens, Reproduzierens und Transformierens von Bedeutungen und Symboliken, die sozial-physischen Realitäten zugeschrieben werden. Damit sind diese Ansätze besonders geeignet, komplexe und differenzierte umweltpolitische Problemlagen zu analysieren und darzustellen.

Sprachensitive und diskursive Ansätze bringen ein weites Set an analytischen Kategorien und Konzepten zur Anwendung. Zwei Kernkonzepte sind jene von → ‚Diskurs‘ und → ‚Narrativ‘. Diese beiden Konzepte werden in der einschlägigen Literatur jedoch höchst uneinheitlich verwendet. Vor dem Hintergrund einer fast schon babylonischen Begriffsvielfalt in der Diskursforschung ist Kapitel 3 der Klärung zentraler Begrifflichkeiten gewidmet. Ergänzend dazu findet sich im Anhang dieses Berichts ein

→ Glossar mit Schlüsselbegriffen aus der Diskurs- und Narrativforschung. In diesem Bericht wird ‚Diskurs‘ in Anlehnung an die viel zitierte Begriffsfassung des niederländischen Politikwissenschaftlers Maarten Hajer verwendet. Er definiert Diskurs als *„Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und das durch ein benennbares Set von Praktiken hervorgebracht wird“*. Hajer belegt das analytische Potenzial dieser Definition unter anderem an Untersuchungen zum Aufstieg des Konzepts der ‚ökologischen Modernisierung‘ und den damit schlüssig erklärbaren Unterschieden des Umgangs mit dem Phänomen ‚saurer Regen‘ in Großbritannien und den Niederlanden. Mit dem Diskurs der ökologischen Modernisierung sind unter anderem spezifische Muster im Umgang mit Umweltproblemen verbunden, spezifische Ideen über die Rolle von Aufsichtsbehörden und spezifische Annahmen darüber, welche Sektoren für Luftverschmutzung zur Verantwortung gezogen werden sollen. Diese Definition verdeutlicht auch sehr gut eine der zentralen Grundannahmen der Diskursforschung, dass nämlich Diskurse das Denk-, Sag- und Machbare formen.

Umweltpolitische Problemlagen sprechen nicht für sich selbst. Sie müssen erzählt werden. Dies geschieht mit Hilfe von Narrativen. Der Begriff → ‚Narrativ‘ steht in der Sprachwissenschaft für sprachliche Sequenzen, die der Repräsentation oder Darstellung von Ereignissen, Beziehungen, Prozessen und Phänomenen dienen. Als sprachliche Sequenzen schaffen Narrative plausible und kohärente Erzählungen über komplexe Phänomene. Indem sie verschiedene sprachliche Elemente (zum Beispiel Ideen, → Argumente, → Metaphern) auf eine Weise zusammenbringen, so dass diese in Bezug zueinander Konsistenz erhalten und die Grenzen zwischen ‚Realität‘ und ‚Fiktion‘ verschwimmen lassen, ermöglichen Narrative Kommunikation. Narrative schaffen in komplexen gesellschaftlichen Situationen soziale und moralische Ordnung, indem sie Leitprinzipien und Werte kommunizieren. Konkret umfassen die Schlüsselfunktionen von Narrativen in umweltpolitischen Auseinandersetzungen: das Ermöglichen von Kommunikation; die Schaffung von Referenzpunkten, an denen sich gesellschaftliche Akteure orientieren können; der Konfiguration kollektiven Handelns und der Etablierung politischer Allianzen; der Klärung politischer Positionen und der Schaffung strategischer Legitimation; der Charakterisierung des Status-quo und der Ableitung was getan werden muss; sowie der Erhaltung oder Transformation von Wertesystemen. Der Text liefert zahlreiche umweltpolitische Beispiele, welche die Wirkung dieser Funktionen von Narrativen illustrieren.

Aus einer diskursanalytischen Perspektive kann Politik als andauernder Kampf um die symbolische Ordnung verstanden werden. Akteure stehen in der Artikulation von Narrativen fortwährend in Konkurrenz zueinander. Sie trachten danach, dass ihre Definition davon, was sinnvoll, relevant und wahr ist, ankommt und die Art und Weise beeinflusst, wie an Probleme herangegangen wird und welche Politiken umgesetzt werden. Dies führt zu der Frage, was Narrative ‚ankommen‘ lässt und was ihren Erfolg beeinflusst. In Kapitel 4 werden sechs Hypothesen zu den Bedingungen entworfen, die Narrative im Kontext der Umweltpolitik erfolgreich machen. Diese Hypothesen betonen, dass während der Erfolg von Narrativen natürlich zum Teil von den sozialen Eigenschaften, Inszenierungsfähigkeiten und dramaturgischen Kapazitäten von Akteuren abhängig ist (Hypothese 1), die öffentliche Verbreitung und soziale Akzeptanz von Narrativen noch von vielen anderen Faktoren, die über die Akteuren zuschreibbare Eigenschaften hinausgehen, beeinflusst wird. Die kontextuelle und strukturelle Einbettung und Rezeption von Narrativen kann nur selten von Akteuren direkt gesteuert werden. Daher ist bei der Bewertung der Erfolgsbedingungen wichtig, sowohl die möglichen Inhalte, die durch Narrative transportiert werden, als auch breitere strukturelle Aspekte in Betracht zu ziehen. Die Hypothese der ‚Anschlussfähigkeit‘ (Hypothese 2) hebt hervor, dass erfolgreiche Narrative Inhalte kommunizieren, die in dominanten Diskursen verfügbare Erzählmuster aufnehmen und anklingen lassen. Diese Hypothese besagt ebenfalls, dass erfolgreiche Narrative mit den kulturell geprägten Voreinstellungen eines Publikums so weit als möglich übereinstimmen müssen. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Bedingung, dass gesellschaftlich und politisch wirkmächtige Narrative offen und mehrdeutig formuliert sind, um so unterschiedliche Interpretationen zu ermöglichen und in Folge von verschiedenen Akteuren aufgegriffen werden zu können (Hypothese 3). Des Weiteren sind Narrative erfolgreich, wenn sie

sich in spezifische situative oder historische Kontexte einzubetten vermögen, etwa indem sie Referenzen zu historischen Begebenheiten, die in einer Gesellschaft mit Bedeutung aufgeladen sind, oder Bezüge zu Ereignissen, die – wie zum Beispiel Katastrophen – öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen, herstellen (Hypothese 4). Erfolgreiche Narrative sind weiterhin nicht bloße Aneinanderreihungen von erzählerischen Elementen, sondern sie weisen konsistente und kohärente Erzählstrukturen dar, die bestimmte Probleme kommunizierbar machen und Ursachen erklären, Verantwortung beschreiben und aufzeigen, was getan werden soll (Hypothese 5). Der Erfolg von Narrativen wird schließlich verstärkt durch die Art der verwendeten Sprache und die rhetorischen Mittel, die in die narrative Struktur integriert sind. Diese linguistischen Elemente unterstützen die Übersetzung komplexer und abstrakter Themen in eine verständliche Sprache, die gut an das Alltagsverständnis des Publikums anschließt (Hypothese 6). Warum ein spezifisches Narrativ gesellschaftliche und politische Wirkungsmacht erreicht, lässt sich in den meisten Fällen analytisch wohl erst im Nachhinein erklären. Die in diesem Bericht vorgestellten sechs Hypothesen zielen somit darauf ab, Impulse zur Reflektion und Entwicklung von Strategien einer sinnvollen und erfolgreichen politischen Kommunikation von Umweltproblemen zu geben.

Kapitel 5 analysiert mit Hilfe der in den vorherigen Kapiteln entwickelten theoretischen Standortbestimmungen und analytischen Konzepte beispielhaft den Erfolg von Narrativen im Rahmen zweier unterschiedlicher umweltpolitischer Diskurse: einerseits des Diskurs um ‚ökologische Modernisierung‘, andererseits des Diskurses um ein ökologisch verantwortliches Verständnis ‚Guten Lebens‘, bei dem materieller Wohlstand zugunsten immaterieller Aspekte wie Zeitwohlstand, intakte Umwelt oder soziale Beziehungen relativiert und begrenzt wird (Suffizienz). Nach einer kurzen Skizze der Diskurse im Lichte der zuvor erarbeiteten Definition von Diskurs werden zentrale Narrative innerhalb dieser Diskurse rekonstruiert. Im Falle ökologischer Modernisierung handelt es sich um eine Kette aufeinander aufbauender Narrative, die einen Paradigmenwechsel von einer nachsorgenden zur integrierten Umweltpolitik postulieren, zentrale Akteure und Lösungswege identifizieren und gesellschaftlichen Akteuren unterschiedliche Rollen zuweisen. Im Zentrum stehen dabei eine Betonung der Lösungskompetenz von Wissenschaft und Technik, eine Präferenz für marktbasierte Steuerungsmechanismen im Rahmen staatlicher Rahmensetzung, der Übergang von zentralem *government* zu multilateraler *governance* sowie die Überzeugung einer Synergie von ökologischer und ökonomischer Entwicklung. Im Falle des ‚Guten Lebens‘ werden drei verschiedene Narrative identifiziert, die sich insbesondere darin unterscheiden, wie intensiv gesellschaftliche Rahmenbedingungen thematisiert werden und wie umfassend der für notwendig gehaltene gesellschaftliche Wandel ist: ein Narrativ, das auf die individuelle Umdefinition von Wohlergehen fokussiert („gut leben statt viel haben“); eines, das gesellschaftliche Bedingungen dafür thematisiert und für Reformen wirbt („Postwachstumsgesellschaft“); und ein radikal gesellschaftskritisches, das das ‚Gute Leben‘ weniger von der Selbstbeschränkung im globalen Norden als vom Anspruch auf gleiche Rechte im globalen Süden her denkt und zugleich dessen Umsetzbarkeit innerhalb kapitalistischer Strukturen in Frage stellt („Ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte“).

Es wird festgestellt, dass die Narrative der ökologischen Modernisierung breite → diskursive Resonanz gefunden haben, während die Narrative des suffizient verstandenen ‚Guten Lebens‘ nur in Nischenöffentlichkeiten Fuß fassen konnten. Die drei untersuchten Narrative des guten Lebens unterscheiden sich dabei graduell; tendenziell finden sie umso größere Resonanz, je weniger umfassend gesellschaftlicher Wandel gefordert wird. Sie finden jedoch sämtlich geringere Resonanz als ein zum Vergleich herangezogener Diskurs („Beyond GDP“), in dem materieller Wohlstand zwar ebenfalls relativiert wird, aber nicht explizit eine Einschränkung propagiert, sondern weitere Komponenten des Wohlergehens eher additiv hinzugefügt werden. Die in Kapitel 4 entwickelten Hypothesen zu Erfolgsbedingungen von Narrativen werden herangezogen, um die Gründe für die unterschiedliche Wirksamkeit der verschiedenen Narrative zu identifizieren. Dabei zeigt sich, dass die in den Hypothesen 4-6

genannten Aspekte zu Inhalt, Aufbau und sprachlicher Form erfolgreicher Narrative in den analysierten Fällen zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für den diskursiven Erfolg sind. Die deutlichen Unterschiede zwischen den Narrativen erklären sich vor allem aus deren unterschiedlicher Anschlussfähigkeit an dominante Diskurse (Hypothese 2) bzw. die Möglichkeit für Publikum und Multiplikatoren, aufgrund von Mehrdeutigkeit solche Anschlussfähigkeiten zu konstruieren (Hypothese 3). Die Glaubhaftigkeit und Ressourcenstärke der Akteure (Hypothese 1) spielen in beiden untersuchten Fällen eine wichtige Rolle: Bei den Narrativen zur ökologischen Modernisierung wirkten sie unterstützend und beschleunigend für die Verbreitung der ohnehin eher anschlussfähigen Narrative. Bei einzelnen Narrativen des guten Lebens (Gut leben statt viel haben, Postwachstumsgesellschaft) konnten sie die geringere Anschlussfähigkeit teilweise kompensieren. Fazit der beispielhaften Betrachtung ist, dass eine strategische Nutzung von Narrativen zur Begründung und Popularisierung von Umweltpolitik in Grenzen durchaus möglich ist (ohne dass sich die Wirkungen im Einzelnen genau vorhersagen ließen). Eine große Herausforderung besteht allerdings darin, dass die Anschlussfähigkeit an dominante (und oft mit einer starken Umweltpolitik kaum compatible) Diskurse so wichtig für den Erfolg ist. Einerseits kann diese Anschlussfähigkeit teilweise hergestellt und genutzt werden, indem offene und mehrdeutige Narrative wie das ‚Gute Leben‘ konstruiert werden. Andererseits beschränkt eben diese Offenheit und Mehrdeutigkeit die inhaltliche Stringenz der Narrative und die klare Kommunikation einer anspruchsvollen Umweltpolitik.

Wie auch die beiden vorgenannten Fallbeispiele gezeigt haben, sind Politik im Allgemeinen und Umweltpolitik im Speziellen durchwegs von konkurrierenden Diskursen geprägt. Diese Diskurse sind nicht statisch, sondern verändern sich mit der Zeit und überschneiden sich häufig. Kapitel 6 liefert einen Überblick zu unterschiedlichen, zum Teil konkurrierenden, zum Teil überlappenden, Diskursen vermittelt derer in den letzten Jahrzehnten komplexe ökologische, politische, ökonomische und kulturelle Phänomene und Prozesse gerahmt wurden. Es werden vier umweltbezogene Meta-Diskurse vorgestellt, die ein spezifisches Verständnis von den Ursachen von Umweltproblemen und ‚angemessenen‘ Lösungsansätzen vermitteln. Daneben werden vier Governance-Diskurse beschrieben, die spezifische normative Perspektiven auf die Rolle von und die Interaktionen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft sowie wissenschaftlichen Organisationen einbringen. Schließlich wird das diskursive Profil zweier sogenannter ‚Neologismen‘ nachgezeichnet, die in umweltpolitischen Debatten des frühen 21. Jahrhunderts Bedeutung erlangt haben, nämlich die Konzepte der ‚Nutzungsgrenzen des Planeten‘ (*planetary boundaries*) und der ‚Bioökonomie‘.

Indem historische Hintergründe, zentrale Annahmen, Ideen und → Argumente, Schlüsselkonzepte und → Metaphern, Leitpublikationen und Schlüsselakteure sowie zentrale Kritiken und Gegenargumente der verschiedenen Diskurse und Neologismen einbezogen werden, werden erste Konturen eines Resonanzraums für umweltpolitische Narrative aufgezeigt. Diese dienen als Grundlage für den Entwurf einer sogenannten ‚umweltpolitischen Diskurslandkarte‘. Wie in diesem Bericht durchgehend argumentiert, ist die Geltung, und damit der Erfolg, von Narrativen stark davon abhängig, wie anschlussfähig diese linguistischen Sequenzen zu Ideen, Konzepten und Kategorisierungen in breiteren gesellschaftlichen Debatten sind. Dementsprechend liefert die hier vorgestellte Diskurslandkarte wertvolle Ausgangspunkte für detailliertere Analysen des Erfolgs oder Scheiterns aufstrebender Narrative zu Umwelt oder Nachhaltigkeit.

Summary

Environmental issues are multiple. Climate change, deforestation, biodiversity-loss are only some issues in a long list. Even when the changes in physical conditions brought about these issues are visible and palpable, social and political responses have not been automatic. Neither has it been enough to rationally define the most effective means to address objective and knowable situations. Instead, developments in the environmental realm result from contentious processes over meanings. People, ascribed to competing notions of what is relevant, problematic and true, seek to make others share their concerns and mobilize support for the interventions which they judge as appropriate. The awareness about the importance of meaning and meaning making processes resulted in the increased use of language-sensitive and discourse approaches environmental researchers since the 1980s. Crisscrossing fields of sociology, political ecology and policy studies, these approaches are scattered and inchoate. Despite sharing some points in common, such as an interest in the way meaning is attributed, negotiated and contested around complex environmental issues, they are underpinned by different assumptions about language, actors and power.

After a short introduction, chapter 2 presents three different types of language-sensitive and discursive approaches applied in the study of environmental politics. These approaches, categorized within a continuum spanning between actor-centred and post-structuralist approaches, rely on different assumptions regarding the potential that (rational) actors have to use language as means to steer the perception of reality and attain political objectives. The surveyed approaches suggest that the strategic use of language is influenced by structural dimensions and by intersubjective processes through which meaning and symbolism ascribed to issues such as environmental problems, are produced, reproduced and transformed.

Language-sensitive and discursive approaches deploy different analytical categories and concepts which direct the attention to specific aspects of issues. These categories include those of → 'discourse' and → 'narrative' which are not understood and used in the same way across disciplines and researchers. This is why chapter 3 is devoted to the explanation of these analytical categories and concepts. Moreover, this definition chapter is complemented by an annex with → key concepts. In this text, discourse is understood following the widely cited definition advanced by the Dutch discourse researcher Maarten Hajer who defined discourse as an "ensemble of ideas, concepts, and categorizations that are produced, reproduced and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities". He illustrates this definition with the example of the 'ecological modernization discourse' that obtained currency in Great Britain and the Netherlands in the late 1980s to deal with a problem denoted in terms of 'acid rain' and that stressed a particular tradition in dealing with environmental problems, with specific ideas about the role of a pollution inspectorate and concrete notions on what industries should do in response to pollution.

Environmental issues do not speak for themselves. They need to be told. This is done by means of → 'narratives'. The term of 'narrative' is understood as linguistic sequences connected to a given discourse that enable plausible and coherent accounts about different phenomena. By bringing together multiple linguistic elements (i.e. ideas, → arguments, → metaphors) in a way that they acquire consistency in relation to one another, and the boundaries between 'reality' and 'fiction' become blurred, narratives facilitate communication. Complex situations occurring in contexts marked by conflicting values are made comprehensible through narratives. More punctually, the role of narratives in environmental politics includes: facilitating communication, providing reference points that orient social actors, configuring collective action, producing political positions, defining what is going on and what should be done, and maintaining or transforming value systems. Several illustrative examples of environmental narratives are provided throughout this report.

Politics can be conceived as a struggle to set the terms of public debates. Actors articulating narratives are in continuous competition with each other. They seek that their definition of what is meaningful, relevant and true, sticks and influences the way certain problems are dealt with and policy is conducted. This situation leads to the question of what makes narratives “stick” and what influences their success? Chapter 4 lays out six hypotheses about the elements that contribute to the success of narratives in environmental politics. These hypotheses stress that while the success of narratives is partially connected to the attributes, characteristics and dramaturgical and acting capacities of actors (hypothesis 1), there are many factors that influence the public communication and social acceptance of narratives which go beyond the domain of actors. The contextual embedding and reception of a narrative can be affected by actors only in a limited degree. Therefore, it is important to consider the content transported by narratives as well as broader structural aspects when assessing narrative success. The hypothesis of ‘affinities’ (hypothesis 2) stresses that successful narratives communicate contents that resonate with differently available narrative patterns connected to dominant discourses. This hypothesis further outlines that successful narratives match the shared cultural references of a specific audience or public. In connection to these, it is argued that narratives become socially and politically influential when they are formulated in open ways that enable their multiple interpretations and their consequent appropriation by different actors (hypothesis 3). At the same time, the contents of narratives that stick exhibit a connection with specific contexts by making reference to historical events that are important points of reference in a society, and by evoking occurrences, such as catastrophes, that attract significant public attention (hypothesis 4). Moreover, the accounts of successful narratives are not presented as “laundry lists”. Instead, they have internal coherence and consistency with narrative structures that make problems comprehensible and explain causes, assign responsibility, and outline what should be done (hypothesis 5). The success of narratives is further enhanced by the type of language and rhetorical figures integrated in the narrative structure. These linguistic elements help to translate complex and abstract issues into a comprehensible language that connects well to the everyday experience of a specific public (hypothesis 6). Explanations about why a specific narrative becomes socially and politically relevant, and therefore successful, can be drawn through detailed analyses most of the times. The six hypotheses presented here are intended to provide impulses for reflecting and developing strategies for a meaningful and successful communication of environmental problems in politics.

Drawing on the analytical concepts developed in the chapters before, chapter 5 draws on two case studies to analyze the success of narratives within the framework of different broader environmental discourses. On the one hand, it looks at narratives of ‘ecological modernization’, on the other hand, on narratives of an ecologically responsible understanding of the ‘good life’ in which material prosperity is relativized and restricted in favor of immaterial aspects such as ‘time prosperity’, an intact environment or social relations (‘sufficiency’). After a short outline of the underlying discourses in the light of the previously developed definition of discourse, core narratives within these discourses are reconstructed. In the case of ecological modernization, a ‘chain’ of successive narratives is identified. This chain of narratives postulates a paradigm shift from an end-of-pipe approach to integrated environmental policy, it identifies core actors and solutions, and assigns different roles to social actors; it emphasizes the role of science and technology, promotes market-based policy instruments within a basic regulatory framework established by the state, recommends a transition from central government to multilateral governance, and finally stresses the synergy of ecological integrity and economic development. In the case of the ‘good life’, three different narratives are identified that vary in particular in the extent to which societal framework conditions are addressed and how comprehensive the necessary social change is considered to be. One narrative (“living well instead of possessing much”) focuses on the individual redefinition of well-being; another one (“post-growth society”) highlights the necessary social conditions for such a change and demands social reform; and a third, more radical one (“ecological justice and social rights”), derives its definition of the ‘good life’ not so much from the need for self-

restraint in the global North but from the claim for equal rights in the global South, at the same time questioning its feasibility within capitalist structures.

The analysis shows that the narratives of 'ecological modernization' have found broad discursive resonance, while the narratives of an adequate understanding of the 'good life' only reached niche audiences. The three studied narratives of the 'good life' differ, though sometimes only gradually: in general, the smaller the social change they demand, the greater their resonance. However, all of them are less successful than another discourse ("Beyond GDP") that is used for comparison, and in which a restriction of material wealth is not explicitly demanded, but only additional components of well-being are added. The hypotheses on success conditions of narratives developed in chapter 4 are used to identify the reasons for the different effectiveness of the various narratives. It turns out that the aspects mentioned in hypotheses 4-6 regarding the content, structure, and linguistic form of successful narratives are a necessary but not sufficient condition for discursive success in the analyzed cases. The clear differences between the narratives can be explained mainly by their different connectivity to dominant discourses (hypothesis 2) or the possibility for the audience and communicators to construct such connectivities based on the ambiguity of the narratives (hypothesis 3). The credibility and resources of the actors (hypothesis 1) play an important role in both investigated cases. In the case of the 'ecological modernization' narratives, they fostered and accelerated the dissemination of narrative elements, which fit already rather well with dominant discourses. In some of the narratives of the 'good life' (living well instead of possessing much; post-growth society) they could partly compensate for their lower connectivity to dominant discourses. It can be concluded from this exemplary analysis that a strategic use of narratives in order to establish and popularize environmental policy is possible within certain limits (without the effects being precisely predictable in detail). A major challenge, however, is that the connectivity to dominant discourses (which are often hardly compatible with a strong environmental policy) is so important for success. On the one hand, this connectivity can be partly produced and used by constructing open and ambiguous narratives such as the 'good life'. On the other hand, this openness and ambiguity content also restricts the stringency of the narrative and the clear communication of a demanding environmental policy.

As the two aforementioned case studies have shown, politics in general, and environmental politics more specifically, are shaped by competing discourses. These discourses are not static but change over time and often overlap with each other. Chapter 6 presents an overview of competing and overlapping discourses related to environmental, political, economic and cultural dimensions of complex social phenomena and processes. Four environmental meta-discourses are reconstructed which convey particular understanding of what causes environmental problems and what should be done in response. Likewise, four economic and governance discourses are synthesized, encompassing specific perspectives about how the interactions between markets, governments, civil society, and scientific bodies should be organized to achieve desired objectives. At last, the discursive profile of two neologisms that gained relative prominence in environmental debates of the 21st century, i.e. the notions of 'planetary boundaries' and 'bio-economy', are presented in this chapter.

By considering historical backgrounds, central assumptions, ideas and arguments, key concepts and metaphors, key publications and actors, and main critiques and counter-arguments of the different discourses and neologisms, the initial contours of a resonance space for environmental narratives is drawn. They serve as the basis for a 'discursive map'. As centrally argued in this report, the currency, and hence success, of narratives is influenced by the resonance and capacity of these linguistic sequences to link up with the ideas, concepts and categorizations interwoven in discourses that structure broad social debates. Accordingly, the 'discursive map' sketched out here offers valuable reference points for nuanced analyses of the success or failure of emerging environmental and sustainability narratives.

1 Einleitung

Verweise auf → Diskurse, → Narrative und → *story-lines* sind in politischen Debatten allgegenwärtig. Ebenso ist es in den Sozial- und Politikwissenschaften üblich, von der ‚Macht des Diskurses‘ und dem sprachlichen *‘framing‘* politischer Probleme zu sprechen (Benford & Snow 2000, Fischer 2003, Gadinger et al. 2014, Keller 2013). Bereits im Jahr 1989 verwies Giandomenico Majone auf die Bedeutung sprachlich vermittelter Kommunikation im politischen Prozess, indem er ein Buch zur Politikanalyse mit der prägnanten Einsicht eröffnete: „Politiker wissen nur zu gut, aber Sozialwissenschaftler vergessen dies zu oft, dass Sprache die öffentliche Ordnung schafft“ (Majone 1989; S. 1)¹. Nur wenige Jahre später proklamierten Frank Fischer und John Forester mit der Wahl eines programmatischen Titels für ihren Sammelband gar einen „*Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*“ (Fischer & Forester, (1993) 2002), der manchmal im weiteren Sinne als *‘linguistic turn‘* oder im Deutschen als ‚sprachliche Wende‘ bezeichnet wird.

Seither berücksichtigt eine wachsende Zahl empirischer Studien die Rolle von Sprache. Insbesondere in der Umweltpolitikforschung finden solche Ansätze, die sich zumeist an der Schnittstelle der Soziologie, politischen Ökologie und Politikfeldstudien bewegen (Bäckstrand & Lövbrand 2007, Carvalho 2005, Dryzek 2005, Espinosa 2013, 2014, 2015, Hajer 1995, 2003, Keller 1998, Litfin 1994, Viehöver 2006a), vermehrt Anerkennung und Anwendung. Wie erklärt sich dieser Trend? Seit den 1960er Jahren hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit bezüglich Umweltthemen erhöht (Dryzek 2005; S. 9). Die Liste von Umweltproblemen, die öffentliche Aufmerksamkeit wecken, ist lang und vielfältig. Sie umfasst lokalisierte Phänomene wie Abfallentsorgung sowie globale Herausforderungen wie Klimawandel (Hannigan 1995; S. 2). Die sichtbaren und spürbaren Veränderungen physischer Bedingungen, die durch Umweltprobleme hervorgerufen wurden, haben nicht automatisch Besorgnis ausgelöst. Darüber hinaus stammen die Interventionen, um diese Probleme zu lösen, nicht aus rationalen Definitionen der wirksamsten Mittel, die objektive und erkennbare Situationen und Probleme adressieren (Fischer 2003). Stattdessen ergeben sich Maßnahmen und Aktionen aus gesellschaftlich umstrittenen Prozessen, um Umweltprobleme zu adressieren. Akteure versuchen, ihre Interpretationen der Wirklichkeit, ihre Sorgen und die Bedeutungen, die sie verschiedenen Phänomenen zuschreiben, mit anderen Akteuren zu teilen. Sie mobilisieren Unterstützung für die Interventionen, die sie als dringend und notwendig erachten. Umweltpolitik handelt, wie Hajer und Versteeg (2005; S. 176) betonen, viel von „der Schöpfung, der Verdichtung oder dem Entsorgen von Bedeutungen“ und Definitionen der Wirklichkeit.

Umweltdiskursanalytische Ansätze gehen dabei von der Annahme aus, dass Interpretationen von Natur, Umwelt und Umweltproblemen sozial konstruiert sind. Damit wird keineswegs die ‚reale‘ physische und materielle Existenz von Umweltproblemen in Frage gestellt. Vielmehr wird der analytische Fokus auf die Verwendung von Sprache und die Kommunikation durch andere symbolische Akte gerichtet (Hannigan 1997, Jones 2002). In der Literatur finden sich zahlreiche prominente Beispiele, welche die Erklärungskraft umweltdiskursanalytischer Ansätze eindrucksvoll belegen, zum Beispiel Litfins (1994) Studie zum Montreal-Protokoll und den politischen Anstrengungen zur Bekämpfung des Ozonproblems; Hajers (1995) Untersuchungen zum Aufstieg des Konzepts der ‚ökologischen Modernisierung‘ und den damit schlüssig erklärbaren Unterschieden des Umgangs mit dem Phänomen ‚saurer Regen‘ in Großbritannien und den Niederlanden; Dryzeks (1997) typologische Untersuchung zu globalen Umweltdiskursen und Kellers (1998) vergleichende Studie zur sozialen Konstruktion von ‚Müll‘ in Frankreich und Deutschland.

¹ Zitate aus englischsprachigen Texten werden im Folgenden weitgehend ins Deutsche übersetzt; die Seitengaben beziehen sich jeweils auf das englischsprachige Original.

Der gegenständliche Bericht liefert eine anwendungsbezogene Synthese zur sozialwissenschaftlichen Frage nach der Rolle von Narrativen und Diskursen in der Umweltpolitik. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Möglichkeiten und Grenzen der strategischen Nutzung von Narrativen und Diskursen in der praktischen Umweltpolitikgestaltung gelegt. Der Bericht ist wie folgt gegliedert: Im Anschluss an diese Einleitung liefert Kapitel 2 einen kompakten Überblick über verschiedene Diskursansätze, welche entlang eines Kontinuums von akteurszentrierten (und damit eher steuerungsoptimistischen) und post-strukturalistischen (und damit eher steuerungspessimistischen) Ansätzen eingeordnet werden. Kapitel 3 ist der Klärung zentraler Begrifflichkeiten gewidmet. Dabei wird vor allem auf die Konzepte von → ‚Diskurs‘ und → ‚Narrativ‘ näher eingegangen. Kapitel 4 geht der Frage nach, welche Elemente den Erfolg oder das Scheitern umweltpolitischer Narrative bestimmen. Dazu werden sechs Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen von umweltpolitischen Narrativen expliziert und mit Beispielen bebildert. Kapitel 5 bespricht anhand von zwei Fallbeispielen, den Konzepten der ‚ökologischen Modernisierung‘ und des ‚Guten Lebens‘, wie Narrative als Kommunikationsinstrumente der Umweltpolitik eingesetzt wurden und welche praktischen Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen. Kapitel 6 versucht, die Hypothese von der Anschlussfähigkeit von Diskursen und Narrativen in Form eines diskursanalytischen Tools in Wert zu setzen: In einer sogenannten ‚umweltpolitischen Diskurslandkarte‘ können Diskurse anhand von drei Analysekrterien eingeordnet und verglichen werden. In Anhang findet sich ein → Glossar mit Schlüsselbegriffen aus der Diskurs- und Narrativforschung.

2 Diskursansätze zwischen Steuerungsoptimismus und -pessimismus

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sprachensitive und diskursive Ansätze in eine Reihe von Disziplinen und Forschungsfelder Eingang gefunden, so unter anderem Soziologie, Politische Ökologie und Politikfeldstudien. Was theoretische, ontologische, epistemologische und methodologische Annahmen und Ausrichtungen betrifft, weisen die verschiedenen Disziplinen und Felder wesentliche Unterschiede auf (Jørgensen & Phillips 2002, Angermüller Maingueneau & Wodak 2014, Keller 2013). Im Sinne der Systematisierung können die in empirischen Studien verwendeten Ansätze innerhalb eines Kontinuums von akteurszentrierten bis zu poststrukturalistischen Ansätzen eingeordnet werden. Das Kontinuum, das sich zwischen den vorher genannten Ansätzen aufspannt, basiert auf den unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen von Akteuren und Struktur. Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über die Ansätze. Ziel des Überblickes ist, der Frage nachzugehen, inwiefern Diskurse und Narrative von politischen Akteuren instrumentell genutzt werden (können), um politische Prozesse und das Verhalten von Individuen aktiv zu beeinflussen.

2.1 Akteurszentrierte, sprachensitive Ansätze

Am einen Ende des diskursanalytischen Kontinuums befinden sich Ansätze, die politische Akteure in das Zentrum der Betrachtung rücken. Diese Ansätze sehen Akteure zumeist als rational, utilitaristisch und zielorientiert an; gleichzeitig wird anerkannt, dass Sprache eine wichtige Rolle bei (politischer) Kommunikation spielt. Folglich wird Sprache als ein Werkzeug verstanden, durch das Akteure ihre Interessen und Wertvorstellungen ausdrücken können und dabei die „Politik der Bedeutungszuweisung“ (*politics of signification*) aktiv gestalten (Benford & Snow 2000, Finlayson 2007). Es wird angenommen, dass Akteure sprachliche Mittel, wie → Deutungsrahmen, bewusst und strategisch verwenden, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, zum Beispiel Anwerben neuer Mitglieder, Mobilisierung der Anhänger, Erhalt von Mitteln, etc. (Benford & Snow 2000; S. 613, 624-625). Deshalb wird Sprache als eine von materiellen Machtressourcen relativ unabhängige Machtressource betrachtet. Solche Ansätze finden sich vor allem in der Analyse politischer Rhetorik und in der Kommunikationsforschung.

Aus dieser Perspektive ist die wichtigste sprachliche Funktion in Bezug auf politische Aktivitäten die persuasive Kommunikation (lat. *persuadere* = ‚überreden‘). Dieser Kommunikationstyp umfasst schriftliche und sprachliche Praktiken, die darauf abzielen, Verhalten zu ändern oder vorhandene Ein-

stellungen zu stärken (Dedaic 2005; S. 702). Redner und Rednerinnen möchten Einstellungen des Publikums verändern und schaffen psychologische Muster, die ihren eigenen Wünschen und Programmen entgegenkommen. Sie verwenden → Argumente und rhetorische Mittel, wie Beweise, Argumentationsstränge und Appelle, die ihre Ziele unterstützen (Dedaic 2005; S. 702, Gottweis 2006). Die enge Beziehung zwischen Rhetorik und Handeln wird in den traditionellen *officia oratoris*, den Aufgaben eines klassischen Redners, verdeutlicht: beweisen (*probare*), lehren (*docere*), gefallen (*delectare*) und bewegen (*movere*). Aristoteles begründete drei Arten der Überzeugung, die von nachfolgenden Rhetorikern aufgegriffen wurden: *ethos*, *pathos* und *logos*. *Ethos* überzeugt, wenn die Rede so gehalten wird, dass sie die Aufmerksamkeit auf die Glaubwürdigkeit der Sprecher und Sprecherinnen lenkt; *pathos* ist erfolgreich, wenn die Rede Emotionen hervorruft; *logos* erscheint in der Rede selbst, wenn eine Wahrheit oder eine vermeintliche Wahrheit mittels auf den Fall anwendbarer logischer Argumente bewiesen werden kann. Lediglich der letzte Aspekt richtet sich an den Verstand der Zuhörer und Zuhörerinnen – die ersten beiden sprechen Emotionen an, die von der klassischen Rhetorik als bedeutend erachtet werden, um das Publikum zum Handeln zu bewegen (Dedaic 2005; S. 702).

Akteurszentrierte, sprachensitive Ansätze, mit ihrem Optimismus bezüglich des Potenzials eines zielgerichteten Einsatzes von Sprache, wurden in der wissenschaftlichen Literatur aus verschiedenen Gründen kritisiert. Ein Kritikpunkt ist, dass in ihnen Berechnung und Überzeugung überbetont werden und über die Einschränkungen und Grenzen hinweggesehen wird, die den Handlungsmöglichkeiten durch strukturelle Dimensionen auferlegt werden (Steinberg 1998; S. 846). Eine andere Kritik besteht darin, dass akteurszentrierte, sprachensitive Ansätze die Schwierigkeiten vernachlässigen, Inhalte überzeugender Ideen und → Argumente vorherzusagen. Diese Schwierigkeiten entstehen, da Inhalte überzeugender Ideen und Argumente immer zur Anfechtung stehen (Steinberg 1998; S. 846). Sprachliche Elemente können stets in Frage gestellt und neu definiert werden. Selbst wenn durch eine bestimmte Sprachverwendung Einigung erzielt wurde und Aussagen dementsprechend sorgfältig formuliert werden, können verschiedene Akteure diese unterschiedlich interpretieren (Payne 2001; S. 40). Zum Beispiel hat der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ in verschiedenen Kontexten und für verschiedene Akteure unterschiedliche Bedeutungen und ist sehr unterschiedlich besetzt (Redclift 2005). Handelt es sich um Diskussionen zum Thema Entwicklung, wird Nachhaltigkeit oft mit der Definition der Brundtland-Kommission gleichgesetzt: „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Brundtland 1987; S. 43). Dieses Nachhaltigkeitsverständnis betont intergenerationelle Gerechtigkeit. In forstwirtschaftlichen Diskussionen wird Nachhaltigkeit im Sinne nachhaltigen Ertrags verstanden. Dieses Verständnis betont umsichtiges Management bezogen auf die dauerhafte Nutzung einer Ressource.

Diskursive Ansätze teilen diese Kritik an akteurszentrierten, sprachsensitiven Ansätzen, da sie Sprache nicht nur als ein (politisches) Kommunikationsmittel verstehen. Stattdessen betrachten sie es als ein Mittel, um die Welt vollständig zu konstituieren auf eine Art und Weise, die die Erfahrungen der Sprachnutzer und Sprachnutzerinnen in dieser Welt reflektiert (Cienkia & Yanow 2013; S. 168). Daneben gehen diskursive Ansätze im Allgemeinen davon aus, dass Subjekte diskursiv geschaffen werden. Damit unterscheiden sie sich bezüglich ihrer Position zur Beziehung zwischen Struktur und Handlungsmöglichkeiten von akteurszentrierten Ansätzen, da sie unterschiedliche Schwerpunkte auf die ‚Handlungsfreiheit‘ des Subjektes im Diskurs legen.

2.2 Poststrukturalistische diskursive Ansätze

Am anderen Ende des Kontinuums finden sich poststrukturalistische Ansätze. Ein prominenter Ansatz ist die → poststrukturalistische Diskurstheorie, welche aus den Arbeiten von Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Aletta Norval und David Horvaath hervorging. Dieser Theorieansatz, der oft auch unter dem Titel der ‚Essex School‘ der → Diskursanalyse zu finden ist, ist von Marxismus, struktureller Linguistik,

Psychoanalyse und Poststrukturalismus beeinflusst (Jørgensen & Phillips 2002; S. 10-11). → Post-strukturalistische Diskurstheorie betrachtet die Welt als vollständig diskursiv konstituiert (Jørgensen & Phillips 2002; S. 20). Zum großen Teil auf die Thesen des französischen Philosophen Michel Foucault aufbauend, wird Diskurs als ausschlaggebend für supra-subjektive Wissensordnungen und Praktiken gedacht (Foucault 2000, Howarth 2010). Demgemäß schlägt Foucault vor, Diskurs als ein ‚Wahrheitsregime‘ zu verstehen, das in einer historischen Epoche die Möglichkeiten und Grenzen des Sagbaren und des Unsagbaren bestimmt: was wahr und was falsch ist, und wer auf welche Weise worüber sprechen kann (siehe Foucault [1970]1994; S. 348-355).

Diskurstheorie geht davon aus, dass soziale Phänomene niemals abgeschlossen oder vollständig sind und dass dementsprechend alles unvorhergesehen ist. Deshalb gibt es permanente Auseinandersetzungen um Bedeutungen. Aufgabe des Diskursanalytikers ist es, diese Auseinandersetzungen abzubilden (Jørgensen & Phillips 2002; S. 54) und zu beleuchten, wie vorherrschende Diskurse Subjekten Handlungsmöglichkeiten eröffnen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 21). Das Subjekt wird als diskursiv konstruiert, dezentralisiert und von Strukturen bestimmt verstanden. Steinar Kvale fasst dieses Verständnis zusammen, indem er feststellt, dass die Person selbst die Sprache nicht verwendet, um sich selbst zum Ausdruck zu bringen; stattdessen spricht die Sprache durch den Menschen. Das individuelle ‚Selbst‘ wird zum Mittel seiner Kultur und Sprache (Kvale 1992; S. 36). Dies stellt die Idee eines eigenständigen, souveränen Akteurs in Frage, der in der Lage ist, Sprache strategisch einzusetzen, um genaue Bedeutungen hervorzubringen und bestimmte Ziele zu erreichen. Vielmehr wird Diskurs dahingehend verstanden, dass er Rollen und Positionen zur Verfügung stellt, die von verschiedenen am Diskurs partizipierenden Subjekten ausgeführt werden können (Foucault [1968]1991; S. 61-62). Am Diskurs teilnehmende Subjekte artikulieren Bedeutungsstrukturen, die von hegemonialen Diskursen ermöglicht und eingeschränkt werden (Gadiner et al. 2014; S. 7).

Zwei Beispiele aus dem Bereich der Umweltpolitik zeigen die Argumentationsstruktur → poststrukturalistischer Diskursansätze: Die Arbeit von Epstein rekonstruierte, zu welchem Zeitpunkt der Diskurs der Wale als schützenswerte Lebewesen und nicht als Ressource entstand und damit die Auseinandersetzungen innerhalb der Internationalen Walfangkommission zu dominieren begann. Dadurch entstand die ‚Subjektposition‘ eines den Walfang ablehnenden Staates (*anti-whaling state*), die von Ländern wie Australien eingenommen wurde (Epstein 2011; S. 343). Ein anderes Beispiel ist die Entwicklung, im Zuge derer der Nachhaltigkeitsdiskurs hegemonial wurde und eine ‚Subjektposition‘ für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eröffnete. Nachhaltige Entwicklung betonte Partizipation und konstruierte NGOs als legitime Teilnehmer in Umwelt- und Entwicklungsfragen. Dieser Prozess fand seinen Höhepunkt auf der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 (Redclift 2005).

Der Diskurstheorie wurden unterschiedliche Kritiken entgegengebracht. Dem Ansatz wird aufgrund der Annahme der unüberwindlichen Kontingenz des Sozialen vorgeworfen, die Möglichkeiten für Veränderung zu überschätzen. Außerdem wird er dafür kritisiert, Diskurse zu verdinglichen und sie als starre Strukturen zu behandeln, denen Menschen hilflos unterworfen sind (Jørgensen & Phillips 2002; S. 54). Damit verbunden wird es als problematisch erachtet, dass die Theorie den Einfluss von Kategorien wie Klassenzugehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht auf den Zugang zu Subjektpositionen nicht beachtet (Jørgensen & Phillips 2002; S. 55). Eine weitere kritisierte Schwäche der Diskurstheorie ist ihre Blindheit gegenüber der Situationsbedingtheit des menschlichen Sprachgebrauchs (Jørgensen & Phillips 2002; S. 105).

2.3 Dialektische, ko-konstitutive diskursive Ansätze

Eine Zwischenposition zwischen akteurszentrierten sprachsensitiven Ansätzen und poststrukturalistischen Ansätzen nehmen diskursive Ansätze ein, die man als dialektisch oder ko-konstitutiv bezeichnen könnte. Diese fußen auf der Annahme, dass Akteure sozial und diskursiv konstruiert werden und dass „Diskurse mächtig sind, aber nicht undurchdringlich“ (Dryzek 2005; S. 22). Dialektische und ko-

konstitutive diskursive Ansätze betonen, dass Menschen Diskurse als Ressourcen verwenden, mit denen sie neue Wortkonstellationen erstellen können – Sätze, die zuvor nicht geäußert wurden. Im Sprachgebrauch wählen Sprechende Elemente verschiedener Diskurse aus, die ihnen durch mediale und zwischenmenschliche Kommunikation vermittelt werden. Dadurch können neue Diskurse entstehen. Indem neue Diskurse so produziert werden, beeinflussen Menschen aktiv diskursiven und kulturellen Wandel (Jørgensen & Phillips 2002; S. 110). Im Folgenden werden drei verschiedene Ansätze, die in die Kategorie dieser Zwischenpositionen fallen und in der Erforschung umweltpolitischer Themen angewendet wurden, skizziert. Dabei werden sowohl gemeinsame Annahmen, wie auch die Besonderheiten jedes Ansatzes betont.

2.3.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse

Die → Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) wurde von dem deutschen Soziologen Reiner Keller in den 1990er Jahren entwickelt. Keller entwickelte diesen Ansatz bei der Untersuchung der sozialen Konstruktion von ‚Müll‘ in Deutschland und in Frankreich (Keller 1998). Die WDA wurde seither bei der Untersuchung zahlreicher Umweltthemen angewandt.

Aufbauend auf Berger und Luckmanns (1967) Analyse der sozialen Produktion und des Umlaufs von Wissen, bezieht sich Wissen innerhalb der WDA auf alles, von dem angenommen wird, dass es ‚existiert‘ (einschließlich Ideen, Theorien, Alltagsannahmen, Sprache, selbstverständliche Routinen und Praktiken) (Keller 2005). Damit verbindet die → WDA kulturalistische Ansätze und → poststrukturalistische Diskurstheorie (vergleiche Keller 2013; S. 32-60). Ziel der WDA ist es, andauernde und heterogene Prozesse sozialer Konstruktion, Produktion, Umlauf und Transformation von Wissen zu analysieren (Keller 2013; S. 61). Dies schließt sowohl die Analyse symbolischer Ordnungen in institutionellen und organisatorischen Ebenen und Arenen ein, als auch die Konsequenzen solcher Ordnungen in verschiedenen Feldern sozialer Praktiken. Diese Perspektive umfasst auch die Einbindung sozialer Akteure in die Darstellung und ‚Rezeption‘ des Diskurses (Keller 2005).

Die → WDA fällt in die Kategorie ko-konstitutiver, dialektischer diskursiver Ansätze, weil sie annimmt, dass der Diskurs zwar festlegt, wer berechtigt ist zu sprechen, jedoch nicht für die Handlungsfähigkeit sozialer Akteure verantwortlich gemacht werden kann (Keller 2005). Die WDA versteht Akteure als sozial konstruiert und ihre Praktiken als vom Diskurs angewiesen. Es wird davon ausgegangen, dass die Praktiken sozialer Akteure Bedeutungsstrukturen und symbolische Ordnung erhalten oder verändern (Keller 2011; S. 52-54).

2.3.2 Argumentative Diskursanalyse

Die → Argumentative Diskursanalyse wurde in den 1990er Jahren vom niederländischen Politikwissenschaftler und Stadtplaner Marteen Hajer entwickelt. Hajer erarbeitete diesen Ansatz im Zuge einer Untersuchung der Diskussionen zum ‚sauren Regen‘ in Großbritannien und den Niederlanden und dem Aufkommen der ‚ökologischen Modernisierung‘. Sich auf Erkenntnisse aus dem Werk Foucaults, des symbolischen Interaktionismus, der diskursiven Ethik und diskursiver Psychologie berufend, war die → ADA in umweltpolitischen Analysen ausgesprochen einflussreich. ADA verfolgt die Absicht, bestimmte sprachliche Regelmäßigkeiten in Diskussionen und Debatten ausfindig zu machen. Der Ansatz erfordert die Analyse von → Argumenten und Politiken als Spiel der Positionierung auf bestimmten Seiten der diskursiven Produktion.

→ ADA fällt in die Kategorie ko-konstitutiver, dialektischer Ansätze, da Akteure als aktiv in der Auswahl und Anpassung von Gedanken aufgefasst werden sowie in ihrer Mutation und Kreation in dem andauernden Kampf um den argumentativen Sieg gegen konkurrierende Denker. Mit Bezug auf das Beispiel des ‚sauren Regens‘ (vergleiche Hajer 1995, 2008), bezeichnet Diskurs eine spezifische Tradition mit Umweltproblemen umzugehen, die sich durch bestimmte Ideen und Vorstellungen über die Rolle von Luftverschmutzungskontrollbehörden und darüber, wie Industrien mit Luftverschmutzung

umgehen sollten, ausgezeichnet. Diese Tradition macht den Diskurs der ‚ökologischen Modernisierung‘ aus.

Hajer stellt fest, dass politischer Wandel durch das Auftauchen eines bestimmten Typs neuer Wortkonstellationen ermöglicht wird, die er als → ‚story-lines‘ bezeichnet. Im Allgemeinen sind story-lines Narrative über soziale Wirklichkeit, durch die Elemente vieler verschiedener Bereiche kombiniert werden. Sie stellen Akteuren eine Reihe symbolischer Verweise zur Verfügung, die ein geteiltes Verständnis der empirischen Realität suggerieren (Hajer 1995; S. 65). Hajer argumentiert, dass die Entwicklung einer passenden story-line, die in der Lage ist, Verständnisse neu zu ordnen, eine wichtige Form von Handlungsfreiheit ist (Hajer 1995; S. 57).

2.3.3 Kritische Diskursanalyse

Die Bezeichnung → Kritische Diskursanalyse (KDA) kann auf zwei verschiedene Arten genutzt werden. Auf der einen Seite bezieht sie sich auf Norman Faircloughs Ansatz, der eine Reihe philosophischer Prämissen, theoretischer Methoden, methodologischer Richtlinien und spezieller Techniken für die linguistische Analyse bereitstellt. Auf der anderen Seite bezieht sie sich auf eine breitere Bewegung innerhalb der → Diskursanalyse, zu der einige Ansätze, einschließlich der Ansatz Faircloughs, gehören (Fairclough et al. 2011). Diese Bewegung entstand in den späten 1980er Jahren und hat ihre Wurzeln in der Frankfurter Schule, dem Werk von Jürgen Habermas und in Ansätzen des kulturellen Marxismus in der Kommunikationsforschung (Fairclough et al. 2011, Jäger 2012, Jørgensen & Phillips 2002; S. 75). Sie beruft sich außerdem auf klassische Rhetorik, Textlinguistik und Soziolinguistik, sowie angewandte Sprachwissenschaft und Pragmatik (Fairclough et al. 2011). Das Werk von Michel Foucault ist ein wichtiger Bezugspunkt für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der KDA, sowie Siegfried Jäger und die Duisburger Schule (Fairclough et al. 2011).

Im Allgemeinen bildet die → KDA keine einheitliche Theorie oder Methodologie, sondern besteht aus einer Reihe von Ansätzen, die wichtige Gemeinsamkeiten aufweisen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 61). Eine dieser Gemeinsamkeiten ist das Ziel, die Rolle von Text und Rede in der Schaffung, Aufrechterhaltung und Legitimation von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unterdrückung in der Gesellschaft zu beschreiben, zu erklären und kritisch zu beurteilen (Fairclough et al. 2011). KDA-Ansätze betrachten Diskurs als historisch gebunden, von Dominanz strukturiert und ideologisch geprägt. KDA nimmt an, dass eine der sozialen Ressourcen, auf denen Macht und Dominanz beruhen, der privilegierte Zugang zu Diskurs und Kommunikation ist (van Dijk 1993). Eine andere Gemeinsamkeit besteht darin, dass KDA politisch motiviert ist und ausdrücklich die Perspektive an den Rand gedrängter und benachteiligter Individuen einnimmt (van Dijk 1993). In diesem Sinne beabsichtigen KDA-Ansätze zu sozialem Wandel beizutragen, indem sie gleichberechtigte Machtbeziehungen in Kommunikationsprozessen und sozialen Interaktionen fördern (Jørgensen & Phillips 2002; S. 63-64). Forschung im Bereich der KDA widmete sich einer Vielzahl von Themen, die in Verbindung mit der Produktion, Nutzung und Funktion des Mediendiskurses und der Kommunikation in den Massenmedien stehen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 61). Im Umweltbereich beispielsweise untersuchte Anabela Carvalho (2005) die Darstellung des Klimawandels in den britischen Medien in Verbindung mit Veränderungen in der staatlichen Verwaltung und politischen Weltanschauungen zwischen 1985 und 2000.

→ KDA gehört zu den ko-konstitutiven, dialektischen diskursiven Ansätzen. Innerhalb der KDA wird Diskurs dahingehend verstanden, dass er soziale Identitäten, soziale Beziehungen und Wissens- und Bedeutungssysteme konstituiert (Jørgensen & Phillips 2002; S. 67). Diskurs wird als eine Form sozialer Praktik gedacht, durch die Menschen die Welt verändern können und als eine Handlungsform, die sozial und historisch verankert ist und in einer dialektischen Beziehung mit anderen sozialen Aspekten steht (Jørgensen & Phillips 2002; S. 55). Die Analyse des Diskurses bringt deshalb keine gleichzeitige Analyse des allgemeineren Sozialen mit sich, die nicht-diskursive Elemente einschließt. Daher müssen Sozial- und Kulturtheorie mit → Diskursanalyse kombiniert werden (Jørgensen & Phillips 2002; S. 69).

Laut → KDA-Ansätzen vermittelt → diskursive Praktik die Beziehung zwischen Texten und sozialen Praktiken. Unter diskursiver Praktik werden die Arten verstanden, wie sich Autoren und Autorinnen auf bereits bestehende Diskurse berufen, um einen Text zu erstellen und wie Konsumenten und Konsumentinnen von Texten sich ebenfalls bei Konsum und Interpretation der Texte auf verfügbare Diskurse beziehen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 69). → Diskursive Praktiken tragen zur Schaffung und Reproduktion ungleicher Machtbeziehungen zwischen sozialen Gruppen, beispielsweise entlang von Klassenunterschieden, Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit, bei (Jørgensen & Phillips 2002; S. 62).

2.4 Fazit

Im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen Auseinandersetzungen über die Zuweisung von Sinn und Bedeutung zu sich wandelnden physischen Bedingungen. Ergebnisse der Umweltpolitik sind nicht im Voraus bekannt. Deswegen ist es wichtig zu erforschen, wie die Welt denjenigen erscheint, die sich aktiv an diesen Auseinandersetzungen um Sinn- und Bedeutungszuweisungen beteiligen. Gleichzeitig müssen die strukturellen Zwänge, die in solchen politischen Prozessen auftreten, berücksichtigt werden. Angesichts der Fokussierung auf Entstehungsprozesse von Sinn und Bedeutung in spezifischen sozio-historischen Kontexten, bietet die Diskursforschung im Allgemeinen hilfreiche Erkenntnisse und Analysekategorien für das Verständnis der Umweltpolitik. Dieser heterogene Forschungsbereich ist von einer großen Breite an theoretischen Zugängen geprägt. In diesem Kapitel wurden sprach-sensitive und diskursive Ansätze innerhalb eines Kontinuums von akteurszentrierten bis zu poststrukturalistischen Ansätzen einzuordnen versucht. *Akteurszentrierte, sprachensitive* Ansätze sind eher optimistisch in Bezug auf die Frage, ob und inwieweit Sprache sowie Diskurse und Narrative durch politische Akteure aktiv gesteuert werden können. *Poststrukturalistische* Ansätze sind demgegenüber eher skeptisch; sie verstehen Diskurs als weitgehend nicht regulierbar. *Dialektische* oder *ko-konstitutive* Ansätze fußen auf der Annahme, dass Akteure sozial und diskursiv konstruiert werden und dass Diskurse mächtig, aber nicht ‚undurchdringlich‘ sind (Dryzek 2005). Weil diese letzten Ansätze es erlauben, sowohl die strukturellen Dimensionen eines Diskurses zu erfassen, als auch intersubjektive Prozesse des Produzierens, Reproduzierens und Transformierens von Bedeutungen und Symboliken, die sozial-physischen Realitäten zugeschrieben werden, können mit ihrer Hilfe komplexe und differenzierte Darstellungen von Umweltpolitik erzeugt werden. Dennoch weisen die in diesem Kapitel skizzierten Ansätze jeweils eigene Vorteile sowie Schwächen auf. Deshalb ist eine Entscheidung für einen spezifische Ansatz mit verschiedenen Konsequenzen verbunden, zum Beispiel bezogen auf mögliche Fragestellungen eines Forschungsprojektes.

3 Klärung zentraler Begrifflichkeiten

Die Diskursforschung bedient sich einer Reihe von – nicht immer deutlich voneinander abgegrenzten – analytischen Konzepten. Um diese begriffliche Vielfalt fassen und einordnen zu können, werden im Folgenden die beiden zentralen Konzepte der → ‚Diskurse‘ und der → ‚Narrative‘ kurz definitorisch eingeführt. Im Anhang dieses Berichts findet sich ein → Glossar zu Diskurs- und Narrativkonzepten, welches einen fundierten Einstieg in die einschlägige Literatur erlaubt.

3.1 Diskurse

Das Wort → ‚Diskurs‘ findet sich sowohl in der Alltagskommunikation wie auch in wissenschaftlichen Kontexten. Alltagssprachlich zeigen sich je nach Sprachraum unterschiedliche Akzente: Im Englischen bezieht es sich in der Regel auf Konversationen und den Austausch zwischen Menschen (Keller 2013; S. 5). Im Deutschen und Französischen wird Diskurs synonym mit Wörtern wie Vorlesung, Abhandlung, Predigt oder Vortrag verwendet. Darüber hinaus bezeichnet Diskurs auch Debatten oder öffentliche Diskussionen, argumentative Sequenzen und die Perspektiven oder Positionen politischer Akteure (Keller 2013; S. 5).

In den Sozialwissenschaften hat der Ausdruck ‚Diskurs‘ vielfältige Verwendungen und Definitionen. Im Allgemeinen wird Diskurs als die Summe kommunikativer Interaktionen verstanden (Sharp & Richardson 2001). In ähnlicher Weise wird Diskurs als eine zusammenhängende, jedoch nicht vollständig homogene Reihe von Vorstellungen und wiederkehrenden Themen konzipiert, die im schriftlichen und mündlichen kommunikativen Austausch reproduziert werden. Rein und Schön ((1993) 2002; S. 145) definieren politischen Diskurs als „die Interaktionen von Individuen, Interessensgruppen, sozialen Bewegungen und Institutionen, durch die problematische Situationen zu politischen Problemen werden. Durch sie werden politische Tagesordnungen festgesetzt, Entscheidungen getroffen und Handlungen vollzogen“.

Michel Foucault ist die zentrale Referenz für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die unter Diskurs mehr als sprachliche und kommunikative Interaktionen verstehen. Foucault ([1968]1991; S. 61) definiert Diskurs als „beschränkte praktische Bereiche, die eigenen Grenzen, Entstehungsregeln und Existenzbedingungen unterliegen“. Demgemäß schlägt Foucault vor, Diskurs als ein ‚Wahrheitsregime‘ zu verstehen, welches in einer bestimmten historischen Epoche bestimmt, was wahr und was falsch ist und wer auf welche Weise worüber spricht (siehe Foucault, [1970]1994; S. 348-355).

Keller (2005) versteht unter Diskurs „eine theoretische Einheit, um Daten zu ordnen und zu analysieren, eine notwendige hypothetische Annahme, um Forschung zu beginnen“. Er definiert Diskurs als „erkennbare Zusammensetzungen von kognitiven und normativen Einheiten. Diese Einheiten werden durch soziale Praktiken (nicht notwendigerweise, aber oft durch Praktiken des Sprachgebrauchs) in unterschiedlichen sozialen, historischen und geographischen Orten produziert, verwirklicht, durchgeführt und transformiert. Sie entfalten sich mit der Zeit und sind gleichzeitig in historischen Kontexten verankert. In diesem Sinne konstituieren Diskurse soziale Wirklichkeiten von Phänomenen. Zumindest konkurrieren sie aber in dem immerwährenden Kampf um die symbolische Ordnung.“

Im Bereich der umweltpolitischen Analyse wurde eine der meist zitierten Definitionen von Diskurs vom niederländischen Politikwissenschaftler Maarten Hajer vorgebracht. Er definiert Diskurs als „*Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und das durch ein benennbares Set von Praktiken hervorgebracht wird*“ (Hajer 2004; S. 275). Diese Definition verdeutlicht auch die Grundannahme der Diskursforschung, dass nämlich Diskurse das Denk-, Sag- und Machbare formen.

3.2 Narrative

Das Konzept der → ‚Narrative‘ findet in den zeitgenössischen Human- und Sozialwissenschaften wie auch in politischen Debatten häufig Verwendung; gleichzeitig gibt es bislang jedoch noch keine weitgehend geteilte Begriffsfassung (Gadinger et al. 2014; S. 3). Daher ist der Versuch, im nächsten Unterabschnitt eine umfassende Erklärung der Begriffe ‚Narrative‘ und ‚Erzählung‘ anzubieten, eine große Herausforderung. Aufgrund der übergreifenden Eigenschaften dieser Begriffe zwischen Disziplinen, Studienfeldern und sozialen Arenen (zum Beispiel zwischen Wissenschaft und Politik) gibt es keine eindeutigen, einfachen Definitionen von ‚Narrativen‘ und ‚Erzählungen‘. Um diese Hemmnisse zu überwinden, wird das Verständnis dieser Begriffe durch die Beschreibung der Schlüsselfunktionen von Erzählungen in der politischen Praxis im Unterabschnitt 3.2.2 ergänzt.

Danach werden sechs Schlüsselthesen zu den „Erfordernissen für den Erfolg eines Narratives“ vorgestellt. ‚Erfolg‘ wird hier in Anlehnung an Gadinger et al. (2014) als ‚*diskursive Wirkung*‘ verstanden, festgemacht an der Verbreitung eines Narratives in relevanten (Fach-)Öffentlichkeiten und der politischen Akzeptanz eines Narratives im Sinne der aktiven Einbindung in die politische Kommunikation. Diese Hypothesen wurden auf Grundlage einer Synthese zentraler theoretischer und empirischer Veröffentlichungen über die Rolle von Narrativen, Erzählungen, *framing* und politischem Diskurs im Allgemeinen, hauptsächlich aus dem Bereich der Umweltpolitik, entwickelt.

3.2.1 Konzeptverständnis

Die Studie von → ‚Narrativen‘ und ‚Erzählungen‘ in politischen Prozessen ist ein wichtiger Teil der Forschungsagenda der dialektischen und ko-konstitutiven diskursiven Ansätze wie → WDA und → ADA, wie sie unter 2.3 dargestellt wurden. Aus der Perspektive dieser Ansätze werden ‚Narrative‘ und ‚Erzählungen‘ als sprachliche Sequenzen verstanden, die der Repräsentation oder Darstellung von Ereignissen, Beziehungen, Prozessen und unterschiedlichen Phänomenen dienen (Keller 2013; S. 125). So können Narrative als ein universaler Kommunikationsmodus oder als prinzipielle Organisationsmuster verstanden werden, die für die Entstehung komplexer kultureller Bedeutungsmuster und sozialer Ordnungen zentral sind (Viehöver 2006b; S. 184-185).

→ Diskurse im Foucaultschen Verständnis des Begriffs (siehe auch Unterabschnitt 2.2), und nicht etwa einzelne Texte oder Sprechakte, sind die Quellen von Narrativen (Viehöver 2006b; S. 184). Eine sprachliche Sequenz kann als Narrativ oder Erzählung bezeichnet werden, wenn sie rekursiv in Diskussionen und Debatten eingebracht wird. Gleichzeitig sind Narrative dynamisch. Sie bestehen aus mehr als individuellen Sprechakten. In solchen Sprechakten unternimmt der Erzähler zentrale Aktivitäten, wie Kategorisierung, Identifizierung, Selbstpositionierung und stellt Verbindungen zwischen Ereignissen und Objekten her (Viehöver 2006b; S. 184). Die Rolle des Erzählers kann von verschiedenen Akteuren ausgeführt werden. Gadinger et al. (2014; S. 10) schlagen vor, Narration und Erzählung als eine politische Praktik zu verstehen, vergleichbar mit anderen politischen Praktiken, wie Verhandlung, Bedrohung, Übereinkunft oder Konfrontation. Dies hilft, die verwendeten Verfahren der Erzählung und ihre Folgen in politischen Prozessen zu beleuchten (Gadinger et al. 2014; S. 10). Daher richtet die Aufführung oder Inszenierung von Narrativen und Erzählungen bei der Untersuchung politischer Prozesse die analytische Aufmerksamkeit einerseits auf die Techniken, die der Performativität der Sprache zu Grunde liegen. Hierzu zählen zum Beispiel rationale Argumentation, Emotionalisierung und Zuspitzung. Andererseits rücken auch die linguistischen Praktiken der Produktion und Reproduktion politischer Realitäten ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Gadinger et al. 2014; S. 4). Indem aufgedeckt wird, dass Denken und Handeln mit Sprache verbunden sind, stellen Ansätze, die sich auf Narrative und Erzählungen konzentrieren, ein flexibles Vokabular bereit, um den politischen Kontext und die politischen Prozesse zu beschreiben (Gadinger et al. 2014; S. 3, 8).

Im gegenständlichen Bericht wird die ‚Narrativ‘-Eigenschaft bewusst nicht an inhaltlichen Kriterien festgemacht. Während zum Beispiel Turowski und Mikfeld (2013) in Anlehnung an Wilhelm Hofmann Narrative ex negativo definieren als „alles, was nicht argumentativ ist“ (S. 13), wird in diesem Bericht nicht streng zwischen → ‚Narrativ‘ und → ‚Argument‘ unterschieden, sondern nur zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Narrativen (im Sinne von: glaubwürdiger, schlagkräftiger, anschlussfähiger), unabhängig davon, ob diese auf ‚rationalen‘ Argumenten beruhen oder scheinbar ‚irrationalen‘ Bilder, Emotionen oder Mythen.

3.2.2 Schlüsselfunktionen von Narrativen

→ Narrative haben verschiedene, miteinander zusammenhängende Funktionen, die für politische Prozesse von Bedeutung sind. Die wichtigsten in der Literatur genannten Funktionen sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Kommunikation ermöglichen

Als sprachliche Sequenzen schaffen Narrative plausible und kohärente Erzählungen über komplexe Phänomene. Sie bringen zahlreiche sprachliche Elemente (zum Beispiel Ideen, → Argumente, → Metaphern) auf eine Weise zusammen, so dass diese in Bezug zueinander Konsistenz erhalten und Kommunikation ermöglichen. Narrative machen komplexe Situationen und Prozesse, die in einer Umgebung widersprüchlicher Werte auftreten, verständlich (Kaplan, (1993) 2002; S. 177). Diese Situationen und

Prozesse, sprechen nicht für sich selbst. Sie müssen erzählt werden. Das ‚wie‘ und ‚wer‘ eines Narratives haben wichtige Implikationen. Aus dem Blick der Narrative, bestimmt das ‚wir‘ die Grenzen zwischen ‚Wirklichkeit‘ und ‚Fiktion‘. Narrative können von Menschen als Stichwort in Diskussionen benutzt werden, wenn man annimmt, dass das Äußern eines bestimmten Elementes das Narrativ als Ganzes hervorruft.

Aufzeigen, was getan werden soll

Ein Charakterzug von Narrativen ist, dass sie eine Anzahl von Bedeutungen zusammenfassen und dadurch verständlich machen (Kaplan, (1993) 2002; S. 172). Narrative verbinden unterschiedliche Faktoren und führen zu selbstverständlichen Schlussfolgerungen bezüglich dieser Faktoren (Kaplan, (1993) 2002; S. 177). Anders gesagt machen Narrative, indem sie eine Situation auf bestimmte Weise beschreiben und Erklärungen für das, was passiert angeben, einen begrenzten Handlungsrahmen verständlich und geben vor, was getan werden sollte. Dadurch schreiben Narrative einer bestimmten Reihe von Akteuren Verantwortung zu, sodass eine Form von Wandel oder Handeln hervorgerufen wird (Stone 1989; S. 295).

Wertesysteme erhalten oder verändern

Narrative schaffen in einem gegebenen Bereich eine soziale und moralische Ordnung (Hajer 1995; S. 65). Sie kommunizieren Leitprinzipien und Werte (Stone 1989; S. 295). Deshalb geht Viehöver (2006b; S. 184) davon aus, dass zu den Schlüsselfunktionen von Narrativen (in modernen westlichen Gesellschaften) die Wiederherstellung erodierender Wertesysteme, die Versöhnung widersprüchlicher Werte, sowie die Abschaffung überholter Werte gehören. Narrative enthalten folglich ein Transformationspotenzial und können, nach Paul Ricoeur, als Geburtsorte möglicher Welten verstanden werden (Viehöver 2006b; S. 189-190). Für Viehöver ist dieses Transformationspotenzial in dem Narrativ des globalen Treibhausgaseffekts sichtbar, das zu dem Ergebnis kommt, dass vorherrschende Konsum- und Wirtschaftsmuster ersetzt werden müssen. Dementsprechend schätzt das Narrativ des globalen Treibhauseffektes, gestützt durch die Wissenschaft, das Klima als einen Teil der Natur und erstellt einen neuen Mythos reflexiver Modernität ²(Viehöver 2006a; S. 257). In diesem Sinne zeigt Carvalho für Großbritannien, dass Narrative über den Klimawandel und Politiken zu dessen Bekämpfung die zentralen ideologischen Werte des Thatcherismus in Frage stellte, nämlich jene der Wahlfreiheit sowie generell der Freiheit zu konsumieren, zu reisen etc. (Carvalho 2005; S. 5).

Bezugspunkte für soziale Akteure bieten

Narrative stellen Akteuren Mythen, Weltanschauungen, Motivationen, Bezugspunkte und kulturelle Werte zur Verfügung (Viehöver 2006b; S. 184). Durch Narrative erfahren, verstehen und interpretieren Akteure die Welt. Auch können Akteure durch Narrative ihr eigenes Verständnis und ihre diskursive Kompetenz zu verschiedenen Themen erweitern. Narrative stellen Mittel für Wissenschaftler, Umweltschützer, Anwälte, Indigene, Aktivisten oder andere bereit, die ihnen erlauben zu zeigen, wo und wie ihre Perspektiven, Erfahrungen oder Wissen in einer gegebenen Debatte relevant sind (Hajer 1995; S. 65). Daher spielen Narrative eine wichtige richtungsgebende Rolle für soziale Akteure und konstituieren deren Identität. In dieser Hinsicht betrachtet Viehöver (2006b; S. 180) Menschen als „Geschichtenerzähler“ und erklärt, dass Akteure durch Selbstpositionierung oder Positionierung durch andere zu denen werden, die sie sind. Meist geschieht das unbewusst in Narrativen, die nicht von

² Die Theorie *reflexiver Modernisierung* kann auf Ulrich Beck zurückgeführt werden. Die Theorie argumentiert, dass der Erfolg der industriellen Moderne Nebenfolgen für die Erde hervorruft, die die institutionellen Grundlagen der national-staatlichen Moderne infrage stellen, verändern oder für politisches Handeln öffnen.

ihnen selbst stammen (Viehöver 2006b; S. 183). Dies zeigt, dass die menschliche Erfahrung der Welt durch Narrative und Erzählungen konstituiert wird (Viehöver 2006b; S. 183).

Politische Allianzen und kollektives Handeln konfigurieren

Narrative können zur Schaffung von Gemeinsamkeiten und Solidarität zwischen Akteuren beitragen und gleichzeitig Bezugspunkte für sich ändernde Interaktionen zwischen ihnen bereitstellen (Viehöver 2006b; S. 187). Deshalb können Narrative eine aktive Rolle in der Konfiguration neuer politischer Allianzen, kollektiven Handlungen und für soziale Bewegungen, politische Parteien, Expertenausschüsse, etc. spielen (Hajer 1995; S. 66, Stone 1989; S. 295). Narrative sind offen für (Re-)Interpretation durch aktive Leser und Hörer. Folglich können politische Allianzen, kollektive Handlungsbestrebungen oder Koalitionen für Akteure auf individueller Ebene attraktiv sein. Denn sie interpretieren Vorstellungen, Symbole, Kategorisierungen und Narrative, die innerhalb der Ansammlung artikuliert werden, vor dem Hintergrund ihres bereits bestehenden Wissens oder Handelns (Czarniawska & Joerges 1996; S. 28). Darüber hinaus können Akteure einer Koalition beitreten, weil sie denken, dass sie bestimmte sprachliche Elemente für sich nutzen können (Czarniawska & Joerges 1996; S. 44). Dementsprechend können sich politische Allianzen, kollektive Handlungsbestrebungen und Koalitionen auf einer sprachlichen Basis versammeln, die abweichende Werte, Ziele und Interessen überwindet. Dies wird in Kapitel 4 genauer beleuchtet, wo es um die Hypothesen zu Erfolgselementen von Narrativen geht.

Politische Positionen und strategische Legitimation produzieren

In dieselbe Richtung argumentieren Gadinger et al. (2014; S. 21), wenn sie darauf hinweisen, dass Narrative und Erzählungen helfen, politischen Konsens zu erreichen und die öffentliche Meinung und Wahrnehmung zu formen. Narrative und story-telling operieren in zwei Richtungen und reflektieren damit die dialektische, ko-konstitutive Beziehung zwischen Handlungsfreiheit und Diskurs, auf die bereits eingegangen wurden. Erstens können Narrative mit den Versuchen eines Akteurs verbunden sein, Denk- und Handlungsmuster in der Gesellschaft zu verändern oder politisches Handeln zu motivieren bzw. aufzuhalten (Viehöver 2006b). Zweitens tragen sie zur Reproduktion der eher festen Bedeutungsstrukturen und des Alltagsdenkens bei (Gadinger et al. 2014; S. 21, Viehöver 2006b; S. 189-190). Innerhalb dieser Verbindung kommunizieren Narrative praktisch betrachtet Bedeutungen, die helfen, (politische) Legitimität zu definieren. Durch die Kommunikation von Logik und Emotionen können Narrative Vorstellungen von Authentizität und Glaubwürdigkeit verändern und die Ausführung von Machtbeziehungen ermöglichen (Gadinger et al. 2014; S. 21).

Zwei Annahmen stützen diese Behauptung. Erstens die Annahme, dass Politik nicht in einer bestimmten Institution oder einem bestimmten Akteur, wie der Regierung, dem Parlament, politischen Parteien oder sozialen Bewegungen verankert ist, sondern sich vollständig über soziale Praktiken verteilt, in denen unterschiedliche Legitimitätsansprüche auftreten und die in Wettbewerb miteinander stehen (Gadinger et al. 2014; S. 10). Die zweite Annahme ist, dass (mündliche oder schriftliche) sprachliche Elemente, die bei der Verarbeitung von Narrativen kommuniziert werden, mit zahlreichen Bedeutungsstrukturen verbunden sind, die unterschiedliche kognitive und praktische Schemata bei aktiven Lesern und Hörern aktivieren (Lakoff 2010; S. 72). Letztere können eine politische Position bevorzugen oder ihr widerstehen, ihr Unterstützung schenken oder verweigern. Deshalb legitimieren Narrative die Handlungen bestimmter Akteure und ihre politischen Forderungen (Viehöver 2006b; S. 188). Sie befähigen und entmachten unterschiedliche Akteure (Stone 1989; S. 295).

4 Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen von umweltpolitischen Narrativen

Die Feststellung, dass während „eines öffentlichen Konfliktes nicht alle Narrationen gleichermaßen erfolgreich sind“ (Viehöver 2006; S. 259), führt zu der Frage: Welche Elemente beeinflussen den Erfolg

oder das Scheitern bestimmter Narrative? Die Diskursforschung hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und liefert dazu eine Vielzahl von Antworten. Bevor eine Auswahl der erfolgsrelevanten Elemente in Form von sechs zentralen Hypothesen dargestellt wird, ist es hilfreich, den Begriff ‚Erfolg‘ von Narrativen oder Erzählungen nochmals zu erläutern. Wie schon in Abschnitt 3.2 erwähnt, soll hier unter Erfolg die gesellschaftliche Verbreitung und Akzeptanz von Erzählungen verstanden werden. Narrative sind erfolgreich, wenn sie öffentlich kommuniziert und akzeptiert werden sowie wenn sie positiv in die alltägliche Kommunikation eingebettet sind (Gadinger et al. 2014; S. 33). Erfolg in diesem Sinne bezieht sich also auf die ‚diskursive Wirkung‘ von Narrativen. Somit können sie strukturieren, wie gegebene Phänomene zu interpretieren oder zu verstehen sind. Ein Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie in der Bundesrepublik Deutschland die Klimaveränderung auf der Erde hauptsächlich verstanden wird. Die Massenmedien und politischen Debatten zeigen durch das Narrativ der „drohenden anthropogenen Klimakatastrophe“, dass diese auf menschliche Einflüsse zurück zu führen ist (Viehöver 2006; S. 259).

Ein Zeichen für die diskursive Wirkung eines Narratives ist es, wenn zentrale Akteure, wie zum Beispiel Politiker, gezwungen werden, die rhetorische Macht dieser Narrative anzuerkennen und nicht mehr in öffentlichen Debatten oder Diskussionen teilnehmen können, ohne Bezug auf diese Narrative zu nehmen (Hajer 2006; S. 71). Dieser Vorgang wird auch als → ‚Diskurs-Strukturierung‘ bezeichnet. Diskurs-Strukturierung geht über das *agenda setting* hinaus, da sie die Bedingungen einer Debatte und ihre Grenzen festlegt (Carvalho 2005; Hajer 1995). Wenn sich eine Reihe von Narrativen, die mit einem Diskurs assoziiert sind, in bestimmten institutionellen Arrangements oder Praktiken verfestigt, das heißt, wenn ein Politikprozess den Ideen eines bestimmten Diskurses folgt, spricht man von → ‚Diskurs-Institutionalisierung‘ (Hajer 2006; S. 71).

Eine Frage, die eng mit ‚Erfolg‘ in Zusammenhang steht, ist jene nach der Einbeziehung der *normativen* Ebene in die Beurteilung der Wirkung von Narrativen und Diskursen. Im gegenständlichen Fall könnten man verleitet sein, nur diskursive Wirkungen in den Blick zu nehmen, welche die Erreichung umweltpolitischer Ziele befördern, nicht aber solche, die der Erreichung umweltpolitischer Ziele entgegenwirken. Von dieser auf umweltpolitisch ‚wünschenswerte‘ Effekte verengten Perspektive wurde hier jedoch bewusst Abstand genommen. Einmal hätte die Einbeziehung der inhaltlichen Ebene gekoppelt mit Aussagen zur umweltpolitischen Mach- und Wünschbarkeit den Umfang des Berichts bei weitem gesprengt; zum Zweite hätte dieser aber auch einen konzeptionellen Bruch mit der in diesem Bericht gewählten Analyseperspektive bedeutet. Dem Prinzip einer ‚inhaltsneutralen‘ Analyse folgend, werden im Folgenden nur die formalen Wirkbedingungen von Narrativen und Diskursen, egal ob ihre ‚Inhalte‘ umweltpolitisch gewünscht sind oder nicht, egal ob sie auf validierten ‚Fakten‘ beruhen oder nicht, ausgeleuchtet. Der Wert einer solchen ‚inhaltsneutralen‘ Analyse liegt darin, dass sie politische Akteure sowohl dafür nutzen können, eigene Erfolgsstrategien zu planen als auch die Strategien von umweltpolitischen ‚Gegnern‘ zu erkennen, zu analysiert und gegebenenfalls zu neutralisieren.

Im Folgenden werden sechs zentrale Hypothesen für den Erfolg von Narrativen und Erzählungen abgegrenzt. Die Trennung in einzelne Hypothesen dient der argumentativen Übersichtlichkeit. Jedoch handelt es sich hierbei um eine künstliche Trennung. Denn in der Realität lassen sich vielzählige Faktoren in spezifischen Konstellationen unterscheiden, die zur Erklärung des Erfolgs von Narrativen in den jeweiligen Kontexten beitragen können und in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen.

Hypothese 1: Akteure

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es von Akteuren kommuniziert wird, die in der Öffentlichkeit als legitim und glaubwürdig anerkannt sind.

Verschiedene Studien betonen, dass Akteure auf entscheidende Weise mit dem Erfolg oder dem Scheitern von Narrativen verbunden sind, da sie diese Narrative bewusst oder unbewusst produzieren und

reproduzieren. Deswegen kann der Erfolg eines Narratives von den sozialen Eigenschaften, Inszenierungsfähigkeiten sowie dramaturgischen Kapazitäten von Akteuren abhängig gemacht werden. Unter Akteuren sind nicht nur Individuen zu verstehen, sondern auch Organisationen, die sozialen Bewegungen, politischen Parteien oder zwischenstaatlichen Kommissionen angehören (Dryzek 2005; S. 20). Als Beispiel für die letztgenannte Gruppe von Akteuren lässt sich die einflussreiche Brundtland Kommission anführen. Diese hat am Ende der 1980er Jahre zur Verbreitung eines *win-win*-Narrativs beigetragen, das die Vereinbarkeit zwischen Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Armutsbekämpfung hervorhob. So konnte der Diskurs der Nachhaltigen Entwicklung („*Sustainable Development*“) zu einem global anerkannten Referenzrahmen für umweltfreundliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit werden (Adams 2009, Redclift 2005).

Akteure stehen in einem andauernden Wettstreit miteinander und auch ihre Narrative und Erzählungen „müssen erkämpft, verteidigt und erhalten werden“ (Stone 1989; S. 293). So sind Akteure auf Dauer mit der Auswahl, der Anpassung und der Veränderung von Gedanken beschäftigt und versuchen, argumentative Siege gegen rivalisierende Denker zu erlangen (Hajer 1995; S. 54). Akteure schließen sich → Diskurs-Koalitionen oder formellen und informellen Allianzen an, die sich um einen spezifischen Diskurs bilden, um Druckmittel gegen ihre Gegner zu erlangen (Hajer 1995; S. 65). Diskurs-Koalitionen sind insbesondere dann erfolgreich, wenn die Narrative, auf die sie sich stützen, die Bedingungen und Grenzen der öffentlichen Debatten definieren. In seiner Forschung zeigt Viehöver, dass es einer Diskurs-Koalition von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die die Narrative eines anthropogenen Treibhauseffektes verfochten, gelang, das Problem des Klimawandels in dramatischer Weise darzustellen, indem der Öffentlichkeit und der Politik Motive für kollektives Handeln gegenüber der drohenden Klimakatastrophe bereitgestellt wurden (Viehöver 2006a; S. 259).

Laut Gerhards übernehmen Akteure, die bestimmte Narrative vertreten, eine wichtige Funktion in der (Selbst-)Legitimierung sozialer Bewegungen (Gerhards 1995; S. 233). Dies beinhaltet die Vermittlung einer Selbstdarstellung als glaubwürdiger Akteur und als Vertreter kollektiver oder universeller Interessen. Keller (2013) betont ebenfalls die Bedeutung der Selbstpositionierung. Solche positiven Selbstdarstellungen bauen auch auf der Rekrutierung prominenter, vertrauenswürdiger und bekannter Akteure auf, die öffentliche Glaubwürdigkeit und Legitimität besitzen (Dedaic 2005; S. 702). Nach Gerhards (1995; S. 234) umfassen solche glaubwürdigen Akteure zum Beispiel Repräsentanten der Kirche, Wissenschaftler und Künstler, weil deren berufliches und professionelles Ansehen wesentlich auf ihrer moralischen Glaubwürdigkeit beruht. So wurde zum Beispiel die Bewegung zur Anerkennung von Naturrechten zentral von der bekannten indischen Ökofeministin Vandana Shiva getragen (Espinoza 2014) und die Unterstützungsbewegung für die Rechte indigener Völker im Amazonas vom britischen Pop-Sänger Sting. Dies ist verbunden mit dem Versuch, das Charisma der Prominenten auf die Bewegung zu übertragen (Klandermans 1988; S. 185 in Gerhards 1995; S. 234). Hierdurch kommt es zu einem Transfer von Legitimität auf bisher stark benachteiligte und nicht politisch oder sozial legitimierte Gruppen. Dieser Transfer kann aber auch von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen selbst ausgehen.

Letztlich entsteht Glaubwürdigkeit auch durch die spezifische Art, mit der ein bestimmtes Problem gedeutet und eingeordnet wird oder wie ein spezifisches Thema ausgewählt und problematisiert wird (Gerhards 1995; S. 234). Akteure verfügen so insbesondere über eine gewisse Macht, die sich darin äußert, „glaubhafte und mitreißende Geschichten über Andere erzählen zu können“ (Gadinger et al. 2014; S. 23). Hierzu knüpfen Akteure an bestehende Textbestandteile oder narrative Elemente an, die sie zu einem Narrativ verbinden. Dabei ist jedoch ein gewisser dualistischer und dialektischer Charakter dieser Praktiken zu beachten. In dem Sinne, dass „[s]owohl der Sprecher als (*Re-*)Produzent des Textes, als auch der Leser als *Interpret* [...] auf solche narrativen Strukturen zurückgreifen, um die soziale und physikalische Welt beschreiben zu können“ (Viehöver 2006a; S. 247).

Hypothese 2: Anschlussfähigkeit

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es Inhalte transportiert, die Gemeinsamkeiten mit den Ideen, Konzepten und Kategorisierungen eines dominanten Diskurses aufweisen und an diese anschließen kann, sowie wenn es an kulturell geprägte Voreinstellungen einer Zielgruppe appellieren kann.

Narrative, die von Akteuren, im Sinne von Individuen oder kollektiven Akteuren, artikuliert werden, tragen vor allem dann zur → Strukturierung und Institutionalisierung von Diskursen bei, wenn diese von den Medien, der Wissenschaft und der Politik aufgenommen, verbreitet, zirkuliert und weiterentwickelt werden. Spezifische ‚Diskursordnungen‘ regulieren diese Domänen. Sie stellen verfügbare Ressourcen dar, durch welche dominante Diskurse die Grenzen des Sag- und Denkbaren und Unsag- und Undenkbaren bestimmen. Somit prägen sie wesentlich die kulturellen Voreinstellungen einer Gesellschaft, die auch als ‚Metanarrative‘ oder ‚Meta-Codes‘ verstanden werden können (Viehöver 2006a; S. 258).

Nun besteht, wie bereits in Hypothese 1 erwähnt, eine gewisse Möglichkeit zur Veränderung und Beeinflussung eines Diskurses dahingehend, dass die Nutzer von Sprache, hier sind vor allem Erzähler gemeint, Diskurse auf eine neue Art artikulieren oder diskursive Elemente aus anderen Bereichen und Diskursordnungen importieren (Jørgensen & Phillips 2002; S. 72). Jedoch hängt der Erfolg eines Narratives in entscheidendem Maße von seiner Akzeptanz durch die Gesellschaft ab. Bedeutungsgewinne werden durch die Muster und Formate bedingt, die in einer von einem dominanten Diskurs gesetzten Diskursordnung verfügbar sind (Gadinger et al. 2014; S. 33).

Als zentrale Annahme folgt daher, dass Narrative besonders wirkmächtig sind, wenn sie Inhalte transportieren, die hohe *ideelle* → Affinitäten oder Resonanzen mit einem dominanten Diskurs aufweisen und an kulturell geprägte Voreinstellungen einer Zielgruppe oder eines Publikums appellieren können (Hajer 1995, Gadinger et al. 2014, Viehöver 2006a). Damit ist die Anschlussfähigkeit gemeint, nämlich die Eignung eines Narratives, sich mit weitverbreiteten und anerkannten Ideen, Konzepten und Kategorisierungen zu verbinden. Anschlussfähigkeit wird auch mit → ‚Resonanz‘ umschrieben und betont die Ähnlichkeiten zwischen diskursiven Elementen, die nahelegen, dass diese Elemente zusammengehören, selbst wenn diese auf den ersten Blick nicht selbstverständlich oder logisch zusammenzubringen sind (Espinosa 2015, Hajer 1995; S. 67). Wenn eine Affinität so stark ist, dass diskursive Elemente sich nicht nur ähneln, sondern sich mit einander vermischen, spricht Hajer von diskursiver ‚Kontamination‘ (*contamination*) (Hajer 1995; S. 69).

In seinen Studien über ‚Sauren Regen‘ betrachtet Hajer (1995) eines der zentralen, mit dem Diskurs der Ökologischen Modernisierung assoziierten Narrative. Dabei handelt es sich um die Entkopplung von Umweltzerstörung und Wirtschaftswachstum durch technologische Innovationen. Er legt dar, dass dieses Narrativ hohe ideelle → Affinitäten mit den dominanten Diskursen der ‚Modernität‘ und der ‚Industrialisierung‘ aufwies. Dadurch wurde diesem Narrativ eine breite Akzeptanz im Kreise höchst unterschiedlicher Akteursgruppen verliehen. Des Weiteren wird der Verknüpfungsprozess zwischen einer Vielzahl von Narrativen und kulturell vermittelten Anschauungen am Beispiel der Einführung des E10-Kraftstoffes im Jahr 2011 beschrieben. Hauke (2014) arbeitet drei kritische Narrative heraus, die sich wechselseitig verstärkten: ein technikorientiertes Narrativ, ein nachhaltig-ökologieorientiertes Narrativ und ein nachhaltig-ethikorientiertes Narrativ. Borrass, Kleinschmit und Winkel beschreiben ähnliche Prozesse anhand der Entstehung und Aufrechterhaltung des Programmes zur Langfristigen ökologischen Waldentwicklung (LÖWE 1991). Dieses multifunktionale und integrative Programm wird in Niedersachsen verabschiedet und von der damaligen Regierung durch das Kabinett bestätigt. Das LÖWE-Programm wurde von unterschiedlichen Akteuren als ein prominentes Beispiel für das ‚deutsche Modell‘ der integrativen multifunktionalen Waldbewirtschaftung wahrgenommen. Borrass, Kleinschmit und Winkel merken an, dass das LÖWE-Programm zum einen aus der strategischen Kopp-

lung von unterschiedlichen Trends entwickelt wurde, die auch durch einen umfassenden ‚Gründungsmythos‘ zum Ausdruck gebracht werden, der verschiedene Narrative rund um die Geburt und Entwicklung des Programms einbezieht. Zum anderen konnte es sehr verschiedene und verschieden interpretierte soziale und politische Funktionen für den niedersächsischen Forstsektor übernehmen.

Wissenschaftliche Studien, die diskursiven Wandel analysieren und Gründe, warum bestimmte Diskurse innerhalb von bestimmten Gruppen oder im breiteren politischen Umfeld an Bedeutung gewonnen haben, betonen regelmäßig die Wichtigkeit ideeller → Affinitäten und Anschlussfähigkeiten. In Forschungen zu sozialen Bewegungen, die → frame analysis anwenden, wird das Konzept von ‚*narrative fidelity*‘ benutzt, um das Ausmaß zu betonen, mit dem bestimmte Rahmen mit Narrationen, Mythen und Unterstellungen einer geteilten Kultur harmonisieren (Benford & Snow 2000; S. 622). Da Kultur nicht statisch ist, ist der Erfolg von Narrativen auch durch Veränderungen in kulturellen Voreinstellungen einer Gesellschaft erklärbar.

Im Verlaufe der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts setzte sich die Ideologie des environmentalism, zumindest in der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit, gegenüber der bis dahin vorherrschenden Position ‚Macht Euch die Erde untertan‘ durch (Eder 1988, Keller 1995). Dies erhöht die Resonanz derjenigen Narrationen, die die anthropogene Umweltzerstörung anprangern, per se, sofern es gelingt, Verbindungen zwischen der Meta-Narration und der themenspezifischen Narration herzustellen. (Viehöver 2006a; S. 261)

Hypothese 3: Offenheit und Mehrdeutigkeit

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es offen und mehrdeutig angelegt ist.

Mehrdeutigkeit macht ein Narrativ offen für unterschiedliche Interpretationen. Akteure gewinnen damit an Flexibilität und können so neue Ereignisse in ein Narrativ einbinden, die mit den Grundaussagen des Narrativs konsistent sind. Prominente Beispiele sind die sogenannten ‚Großen Erzählungen‘ des 20. und 21. Jahrhunderts, wie zum Beispiel ‚Kalter Krieg‘, ‚Grenzen des Wachstums‘, die ‚unsichtbare Hand des Marktes‘ oder die gegenwärtig wohl wirkungsmächtigste Erzählung vom ‚Krieg gegen den Terror‘, denn sie scheinen „geradezu die Kraft des Fiktionalen herauf[zu]beschwören und das Imaginäre am Politischen erkennbar machen zu können“ (Gadinger et al. 2014; S. 11).

Hierbei wird implizit vorausgesetzt, dass Narrative in der Regel kohärent und einheitlich aufgebaut sind und einen Wettbewerb mit konkurrierenden Erzählungen unverändert überstehen können. Jedoch sind Narrative weder statische, einstimmige Sinngebilde (*formations of meaning*), noch von homogenen Erzählsträngen geformt (Gadinger et al. 2014; S. 34). Sie können sich während der Zirkulation in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verändern. Der Erfolg eines Narratives liegt in seiner innewohnenden Flexibilität und seinem Potenzial, „sich an überraschende Wendungen rasch und plausibel anpassen zu können“ (Gadinger et al. 2014; S. 34).

Diese Hypothese der Mehrdeutigkeit ist eng mit zentralen, miteinander verbundenen Annahmen verschiedener Ansätze der Diskursforschung verknüpft. Eine dieser Annahmen versteht unter Sprache ein System von Zeichen, das durch Symbole konstruiert wird, die stark abstrahierte Alltagserfahrungen verwenden. Diese werden als objektive Elemente der Wirklichkeit aufgegriffen (Berger & Luckmann, [1967] 1991; S. 55). Jedoch ist Sprache kein Spiegel der Welt, der intrinsische Bedeutungen widerspiegelt, da sie nicht in den wahrgenommenen Phänomenen verwurzelt ist (Foucault, [1970] 1994; S. 290). Worte reflektieren weder die Realität, da es sich um willkürliche Zeichen handelt, noch sind Bedeutungen eine Eigenschaft des Gesagten. Weil Sprache sowohl von den Auslegungen der Sprecher und Sprecherinnen als auch von den Interpretationen der Rezipienten und Rezipientinnen abhängt, ist sie grundsätzlich instabil (Fischer 2003; S. 41) und kein festes oder geschlossenes Regelsystem (Jørgensen & Phillips 2002; S. 6).

Die Bedeutungen, die Elementen der Sprache zugeschrieben werden, sind die Ergebnisse der Interaktionen gesellschaftlicher Akteure (Berger & Luckmann, [1967] 1991; S. 103). In diesem Sinne ist die Sprache für verschiedene Interpretationen offen. Deswegen wäre es ein Missverständnis anzunehmen, dass Akteure, obschon sie ein Vokabular teilen und Verweise auf ein bestimmtes Narrativ nehmen, dieser sprachlichen Sequenz die gleiche Bedeutung zuschreiben. Erfolgreiche Narrative sind durch eine gewisse Mehrdeutigkeit gekennzeichnet, die sie in verschiedenen Kontexten (zum Beispiel im Privaten bis hin zu globalen politischen Arenen) anpassungsfähig macht. In Diskussionen ermöglicht diese Ambiguität die Verwendung von verschiedenen Themen. Erfolgreiche Narrative sind nicht mit Bedeutungen gesättigt, die alternative Interpretationen ausschließen, sondern sind für die Aneignung und Übersetzung von verschiedenen Akteuren offen.

Narrative, die eine diskursive Wirkung erreichen, strukturieren oft den Inhalt neuer Narrative und Gegenerzählungen oder können sogar in Gegenerzählungen umgewandelt werden. Gadinger et al. (2014; S. 33) betonen, dass erzählerische Neuigkeiten wichtige Elemente sein können, um festgefahrene Krisensituationen aufzubrechen:

Innovative Narrative können gesellschaftlich favorisiert werden, weil sie auf überraschende Weise neue Perspektiven auf alte Probleme eröffnen und mit der situativen Kontingenz des Weltgeschehens besser umgehen können. Festgefahrene Diskurse und Erzählmuster könnten in bestimmten Situationen jedenfalls eher Langeweile und Resignation hervorrufen. Deshalb sind Gegenerzählungen auch so bedeutsam. Nicht nur, weil man (normativ gesprochen) stets eine Sympathie für das Ausgegrenzte pflegen sollte, sondern weil in den Gegenerzählungen gesellschaftliche Sinnüberschüsse und Kontingenzerfahrungen enthalten sind, die sich konstruktiv in die kulturelle Synthesis einbringen könnten. (Gadinger et al. 2014; S. 33)

Auch wenn das Gegenerzählen nicht immer rein konfrontativer Art sein muss (Gadinger et al. 2014; S. 33), spitzt sich der Wettbewerb zwischen Narrativen in politischen Debatten häufig auf zwei entgegengesetzte Narrative zu. Aus der globalen Umweltpolitik können viele Beispiele angeführt werden. Das neo-malthusianische Narrativ über die ‚Bevölkerungsbombe‘, das zentral für den Umweltaktivismus der 1970er Jahre war, wurde mit den Gegennarrativen des ‚exzessiven Konsums‘ und ‚nicht nachhaltigem Lebensstil‘ konfrontiert. Diese verschoben die Schuld der weltweiten Umweltzerstörung vom globalen Süden zum globalen Norden.

Hypothese 4: Historische und situative Einbettung

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es Bezüge zu Phrasen, Ausdrücken und Wörtern herstellt, die seine Einbettung in historische Ereignisse und/oder situative Gegebenheiten aufzeigen.

Ein erfolgreiches Narrativ stellt schlüssige Bezüge zu aktuellen und/oder vergangenen Ereignissen her. Im Bereich der Kritischen Diskursanalyse wird diese Einbettung in spezifische kommunikative Kontexte mit den Begriffen ‚Interdiskursivität‘ oder ‚Intertextualität‘ beschrieben. Diese Begriffe verweisen einerseits auf den Einfluss von Geschichte in einem Narrativ. Andererseits deuten sie den Einfluss an, den ein Narrativ auf Geschichte hat. Es ist nahezu unmöglich, in der Artikulation eines Narratives Phrasen, Ausdrücke oder Wörter zu verwenden, die nicht vorher schon einmal gebraucht wurden (Fairclough 1992 in Jørgensen & Phillips 2002; S. 73). So kann ein Narrativ auch als intertextuelle Kette verstanden werden, die Erzählelemente und Komponenten aus anderen Narrativen und schriftlichen sowie mündlichen Äußerungen verbindet (Jørgensen & Phillips 2002; S. 74). Mit der Rekonstruktion unterschiedlicher Narrative, die in dem Diskurs über die Rechte der Natur und die Förderung der universellen Erklärung für die Rechte der Mutter Erde verwoben sind, beleuchtet Espinosa (2014) solche intertextuellen Ketten. So zeigt sie unter anderem, dass in dem Narrativ der ‚Ausbreitung von Rechten‘ sowohl Verbindungen zu Bewegungen gegen Sklaverei, für die Wahlrechte der Frauen und

für die Zivilrechte der Schwarzen in den USA hergestellt werden als auch westlich-liberale → Argumente importiert werden (Espinosa 2014; S. 403).

Der Poststrukturalismus fasst Interdiskursivität und Intertextualität als Anzeichen der allgemeinen Veränderlichkeit und Instabilität von Sprache auf. Im Gegensatz dazu interpretieren Fairclough und andere Vertreter und Vertreterinnen der Kritischen Diskursanalyse diese Phänomene als Resultate spezifischer Machtverhältnisse, die sich in unterschiedlichen Kombinationen im Rahmen des Sag- und Denkbaren und Unsag- und Udenkbaren manifestieren. Möglichkeiten des Wandels sind aus Sicht der Kritischen Diskursanalyse durch spezifische Machtverhältnisse begrenzt. So bestimmen beispielsweise hegemoniale Beziehungen den Zugang verschiedener Akteure zu unterschiedlichen Diskursen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 74).

Bestimmte dramatische Ereignisse wie Krisen oder (Natur-)Katastrophen, die nicht unbedingt auf einem Ort lokalisiert sein müssen, beispielsweise das Seveso-Unglück (Viehöver 2006a; S. 262), eröffnen ‚diskursive Möglichkeitsfenster‘. Diese Ereignisse, über die breitflächig in den Massenmedien berichtet wird, erschüttern oder unterbrechen soziale Selbstverständlichkeiten und eröffnen somit Spielräume zur Konsolidierung und Verbreitung eines spezifischen Narratives. Als Beispiel mag die deutsche ‚Energiewende‘ dienen: In Folge des Reaktorunfalls von Fukushima hat sich ein *win-win*-Narrativ herausgebildet und verbreitet, in dem historische Atomkraftressentiments schlüssig mit Referenzen zu deutschem Erfindergeist und Ingenieurskunst zusammengeführt und in einer Positionierung als ‚globaler Champion‘ im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz gebündelt werden konnten (Hermwille 2015). Als zusätzliches Beispiel für Bedeutung der Einbettung von Narrativen in die Geschichte oder spezifische Situationen dient das Narrativ vom ‚nuklearen Winter‘. Viehöver erläutert, dass die gesellschaftliche Verbreitung und Akzeptanz dieses Narratives zu Anfang der 1980er auf situativen Faktoren gründete, nämlich der Stationierung von und Protesten gegen atomare Mittelstreckenraketen vor dem historischen Hintergrund des Ost-West-Konfliktes (Viehöver 2006a; S. 262).

Hypothese 5: Kommunizierbarkeit

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es Probleme durch konsistente und kohärente Narrativstrukturen kommunizierbar macht.

Damit ein Narrativ erfolgreich sein kann, muss es ein Problem kommunizierbar machen. Eine Situation, ein Ereignis oder ein Phänomen werden problematisiert, wenn eine Diskrepanz ausgewiesen werden kann zwischen dem „was sein sollte und dem was ist“ (Gerhards 1995; S. 228). Zum Beispiel sollte Ecuadors Yasuni Nationalpark, nationalen und internationalen Gesetzen folgend, zum Erhalt endemischer und bedrohter Tier- und Pflanzenarten dienen. Die Präsenz von Ölförderungsaktivitäten innerhalb dieses Naturschutzgebietes boten einer Reihe von Aktivisten Möglichkeiten, um diese Situation als ‚Problem‘ zu rahmen (Espinosa 2013).

Aus der Literatur der Narratologie weiß man, dass Probleme kommunizierbar gemacht werden, indem ein Narrativ entlang konsistenter und kohärenter Narrativstrukturen entfaltet wird. Von großer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang der *plot*, der in einem Narrativ das „wer, was, wie, wo und warum“ erläutert (Kaplan, (1993) 2002; S. 178). *Plots* umfassen Konfliktstrukturen, die die Ursachen eines Problems erklären und verschiedenen Akteuren zentrale Rollen (Held, Anti-Held, Helfer usw.) bezüglich dieses Problems zuschreiben (Espinosa 2015; S. 4, Keller 2013; S. 125). In seiner Analyse der Klimaverhandlungen der 1990er Jahre rekonstruiert Viehöver, wie der malaysische Premierminister als Anti-Held der Klimaverhandlungen auftrat, weil er die Befürworter von Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt als Exponenten eines ‚Neokolonialismus‘ beschrieb, während Maurice Strong als Zentralfigur des Rio-Verhandlungsprozess vor den Folgen eines Scheiterns der Umweltkonferenz

warnte und dabei Frieden als zentralen Wert des Narratives vermittelte. Deutschlands Umweltminister Töpfer wird hingegen als scheiternder Helfer und Vermittler zwischen Nord und Süd dargestellt (Viehöver 2006a; S. 246).

Gerhards (1995; S. 229) argumentiert, dass viele Beispiele der *→ framing analysis* in der Forschung zu sozialen Bewegungen zeigen, dass ‚Ungerechtigkeitsrahmungen‘ (*injustice frames*), ein großes Mobilisierungspotenzial haben, vor allem da sie auf eine zweiteilige Art formuliert werden, wodurch ‚das Gute‘ und ‚das Böse‘ klar identifiziert werden. Des Weiteren muss laut Gerhards (1995; S. 231) „die Ursache der Entstehung eines Problems nicht auf individualisierte Eigenverantwortung zurückgeführt werden, sondern auf einen externen kollektiven Akteur mit Fremdverantwortung“. Gerhards meint, dass wenn ein Individuum die persönliche Verantwortung für einen (unerwünschten) Sachverhalt erkenne, „dann gibt es keinen Grund für öffentliche Aufregung“. Deswegen ist es notwendig, in Narrativen konkrete Akteure in ihren individuellen und kollektiven Formen als ‚ursächliche Akteure‘ (*causal agents*) zu benennen (Stone 1989). Diese Personalisierung schärft die Absicht eines Kausalagenten und schreibt ihm Verantwortung zu (Gerhards 1995; S. 231). Der Aspekt der Intentionalität kann dazu dienen, den ursächlichen Akteur zu delegitimieren, wenn so die Verschaffung eines privaten Vorteils, zum Beispiel einer persönlichen Bereicherung, auf Kosten des kollektiven Wohlbefindens betont wird (Gerhards 1995; S. 231). Diese Zuweisung von Verantwortung und Schuld verläuft mit einer Strategie der ‚Moralisierung‘, die eine Stigmatisierung des ursächlichen Akteurs enthält.

Problematisierungen, Konfliktstrukturen und Rollen von Akteuren sind mit den dramaturgischen Handlungs- und Zeitstrukturen eines *plots* verbunden. Handlungsstrukturen beziehen sich auf einen begrenzten Lösungsumfang und entsprechende Verhaltensweisen und stellen ‚natürliche‘ und ‚selbstverständliche‘ Schlussfolgerungen eines Narratives dar. Kaplan ((1993) 2002; S. 182-183) erinnert uns, wie Narrative „die Zirkularität des prinzipiellen menschlichen Denkens umschließen und als mächtige Motoren dienen, um uns zu Schlussfolgerungen zu bewegen“. Zum Beispiel problematisiert das zentrale ‚Öko-Management‘ Narrativ in Earth System Science Diskussionen, dass die globalen Monitorings- und Governancemechanismen nicht ausreichen. Die ideale Handlung, laut dieses Narrativs, ist die umfassende Kartierung des Erdsystems, die als Grundlage für die fachbasierte Steuerung der Interaktionen von Natur und Gesellschaft dienen soll (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 128, Crutzen 2002).

Zeitstrukturen erläutern Bezüge auf beispielsweise Vergangenheit oder Zukunft, eine Epoche oder einen Tag. Die zuletzt in der umweltpolitischen Debatte so prominent diskutierten Konzepte der ‚*tipping points*‘ und der ‚*planetary boundaries*‘ liefern zwei Beispiele für das erfolgreiche Rekurrenieren auf dramatische Handlungs- und Zeitstrukturen. Diese Konzepte beschreiben Szenarien, die eine drohende planetare Katastrophe für die nahe Zukunft voraussagen, also in Zeiträumen, die historisch noch relevant sind, aber doch fern. Ähnlich merkt Viehöver (2006a; S. 260) in seiner Studie zu Klimawandel an, dass die Verlegung einer Katastrophe in die Gegenwart zwar kurzfristig die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht, aber das Risiko politischer und sozialer Untätigkeit beinhaltet. Analytisch gesehen können die Zeitstrukturen eines Narratives in klar abgrenzbaren Episoden rekonstruiert werden, die sich dramaturgisch in einen Anfang, einen Mittelteil und ein Ende einteilen lassen (Kaplan, (1993) 2002; S. 171).

Hypothese 6: Verständlichkeit

Ein Narrativ ist erfolgreich, wenn es in verständlicher Sprache erzählt wird, technisch-abstrakten Jargon vermeidet und damit gut an das Alltagsverständnis des Publikums anschließt.

Die Art von Sprache, in der ein Narrativ erzählt wird, beeinflusst wesentlich seine gesellschaftliche Akzeptanz und Verbreitung. Narrative, die mit Umweltproblemen verbunden sind, sind zu einem großen

Teil von wissenschaftlichen Erkenntnissen abhängig. Während konkrete Themen, zum Beispiel Wasserverschmutzung, oft auch für Laien direkt beobachtbar oder erfahrbar sind, stellen die dringlichsten gegenwärtigen Umweltherausforderungen so genannte ‚wicked problems‘ (böartige Probleme) dar. Diese Probleme werden charakterisiert durch vielfältige, eng verwobene Risiken und Unsicherheiten bezüglich ihrer Ursachen, Interaktionen mit anderen sozialen und umweltbezogenen Phänomenen und ihrer Langzeitwirkungen. Experten beschreiben diese mit wissenschaftlichen Methoden und entwickeln zu ihrer Erklärung prognosefähige Modelle. Sie generieren quantitative Daten über technische Details, Variablen und messbare Attribute zu Themen wie Klimawandel, Desertifikation und Biodiversitätsverlust (Wesselink et al. 2013; S. 2). Die Narrative von Umweltproblemen, die in der Wissenschaft produziert werden, sind häufig in ‚objektive‘ sprachliche Konstruktionen eingebettet, die so präsentiert werden, als würden sie lediglich Fakten und Tatsachen vermitteln. Nichtsdestotrotz sind technische Details, Variablen und wissenschaftliche Erkenntnisse für Laien, unter ihnen auch Politiker und Politikerinnen sowie zivilgesellschaftliche Akteure, schwierig zu verstehen und zu interpretieren. Dies führt dazu, dass eine sinnvolle und erfolgreiche Kommunikation von Umweltproblemen eine große Herausforderung darstellt (Lakoff 2010; S. 79-80).

Vor diesem Hintergrund betont die kognitive Linguistik die Bedeutung rhetorischer und figurativer sprachlicher Elemente in der Kommunikation von Umweltthemen (Lakoff 2010). Rhetorik umfasst die Fähigkeit, Sprache und Schrift effektiv und überzeugend einzusetzen, insbesondere durch die Verwendung figurativer Elemente und kompositioneller Techniken (Dedaic 2005; S. 702). Figurative Sprache umfasst Wörter oder Ausdrücke mit einer Bedeutung, die sich von wörtlichen Interpretationen absetzen. → Metaphern sind Beispiele figurativer Sprache, die in der Rhetorik Verwendung finden (Lakoff und Johnson 2008; S. 5). Sie werden häufig in umweltpolitischen Diskussionen verwendet, unter anderem bezüglich der Darstellung des Planeten Erde als ‚Raumschiff‘, die Bezeichnung der Natur als ‚Mutter Erde‘, ‚Göttin‘ (zum Beispiel Gaia), ‚Organismus‘ oder ‚Maschine‘ und die Rede von Umweltzerstörung als die ‚Tragik der Allmende‘, ‚Waldsterben‘ und viele mehr (Dryzek 2005; S. 18).

Die Analyse rhetorischer und linguistischer Komponenten wird im Bereich der Kritischen Diskursanalyse als ‚Diskursstrategie‘ dargestellt. Das Konzept der ‚Diskursstrategie‘ wird auf unterschiedliche Phänomene angewandt, zum Beispiel auf kognitive Prozesse im Zusammenhang mit dem Begreifen eines Diskurses oder auf Lösungswege, Kommunikationsprobleme zu überwinden (Carvalho 2005). Diskursstrategien sind Formen diskursiver Manipulation der ‚Realität‘ durch soziale Akteure, die ein bestimmtes Ziel verfolgen. Carvalho (2005) nutzt das Konzept zum Beispiel in ihrer Analyse der Darstellung von Klimawandeldebatten in den britischen Medien.

Der Einbau rhetorischer Figuren und die Verwendung figurativer Sprache erhöhen die Kommunizierbarkeit und die Chancen der Aufnahmefähigkeit eines Narratives in der Gesellschaft. Diese linguistischen Elemente ermöglichen ein hohes Maß an Verständlichkeit, die es auch dem Laien als Leser oder Hörer auf der Basis seines Alltagswissens erlauben, komplexe Probleme nachzuvollziehen. Daher wird in erfolgreichen Narrativen häufig auf technischen Jargon verzichtet und verständliche und alltags-sprachliche Begriffe verwendet. In Verbindung hierzu unterstreicht Viehöver die Bedeutung figurativer Sprache in der Klimadiskussion. Er betont, dass die Treibhaustheorie zum Beispiel durch Krankheitsmetaphern (‚Die Erde hat Fieber‘) erklärt wird (Viehöver 2006a; S. 261). Diese → Metapher hilft ein extrem abstraktes Phänomen beispielhaft darzustellen und es näher an die Alltagserfahrung der Menschen zu bringen. Auf ähnliche Weise merkt Gerhards (1995; S. 229) an, dass nur Probleme, die konkret und in enger Verbindung mit der Alltagsrealität präsentiert werden, in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum aufgenommen werden können. In Medienstudien wurden solche Probleme als „obtrusive issues“ (sich aufdrängenden Themen) im Gegensatz zu „non-obtrusive issues“ (sich nicht aufdrängenden Themen) bezeichnet, die nur schwer mit den Alltagserfahrungen einer Zielgruppe in Verbindung zu setzen sind (Gerhards 1995; S. 229).

Oft sind Narrative in öffentlichen Diskussionen in verdichteter Form präsent, wobei einprägsame rhetorische und figurative Elemente benutzt werden. Verschiedene erfolgreiche Narrative zirkulieren in unterschiedlichen sozialen Arenen in Form von kurzer, für sich stehender Phrasen. Zum Beispiel wurde der Slogan „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ erfolgreich konstruiert, um Diskussionen bezüglich der industriellen Kohleproduktion im Ruhrgebiet zu Beginn der 1960er Jahre anzustoßen. Häufig betonen erfolgreiche Narrative auch weit verbreitete und geteilte Werte und nehmen so Einfluss auf Emotionen (Lakoff 2010; S. 72). So kommunizierte das Narrativ „Freie Fahrt für freie Bürger“, das im Jahr 1974 als Slogan einer Kampagne des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs e.V. (ADAC) gegen ein Tempolimit auf Autobahnen und Bundesstraßen entworfen wurde, sehr erfolgreich Werte von individueller Freiheit westlicher liberaler Demokratien und sprach eine Vielzahl von Emotionen an, wie beispielsweise Stolz und Optimismus. Der Erfolg dieses Narratives ist nicht zuletzt bemerkenswert, da diese politischen und gesellschaftlichen Werte mit einer banalen Tätigkeit wie der Benutzung eines Automobils in Verbindung gesetzt wurden. Für Lakoff (2010; S. 72) sind die Möglichkeiten zur Einführung neuer Sprachmuster, die solche Verbindungen und Verdichtungen herstellen, jedoch äußerst begrenzt. Daher sollte die bewusste Verwendung rhetorischer Strategien sehr sensibel gegenüber spezifischen diskursiven Kontexten sein.

Fazit

Die Auswahl der hier vorgestellten Hypothesen deutet bereits an, dass es bedeutende Hindernisse für eine direkte Steuerbarkeit von → Narrativen gibt. Während die sozialen Attribute, Eigenschaften, Inszenierungsfähigkeiten sowie dramaturgischen Kapazitäten von Akteuren zum Erfolg eines Narratives beitragen können (Hypothese 1), lassen sich viele Faktoren, die die öffentliche Kommunikation und soziale Akzeptanz eines Narratives beeinflussen, nicht auf Akteure zurückführen. Die kontextuelle und strukturelle Einbettung und Rezeption von Narrativen kann nur selten von Akteuren direkt gesteuert werden. Daher ist es wichtig, sowohl die möglichen Inhalte, die durch Narrative transportiert werden, als auch breitere strukturelle Aspekte in Betracht zu ziehen. Die Hypothese der ‚Anschlussfähigkeit‘ (Hypothese 2) hebt hervor, dass erfolgreiche Narrative Inhalte kommunizieren, die in dominanten Diskursen verfügbare Erzählmuster aufnehmen und anklingen lassen. Diese Hypothese besagt ebenfalls, dass erfolgreiche Narrative mit den kulturell geprägten Voreinstellungen eines Publikums so weit als möglich übereinstimmen müssen. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Bedingung, dass gesellschaftlich und politisch wirkmächtige Narrative offen und mehrdeutig formuliert sind, um so unterschiedliche Interpretationen zu ermöglichen und in Folge von verschiedenen Akteure aufgegriffen werden zu können (Hypothese 3).

Des Weiteren sind Narrative erfolgreich, wenn sie sich in spezifische situative oder historische Kontexte einzubetten vermögen, etwas indem sie Referenzen zu historischen Begebenheiten, die in einer Gesellschaft mit Bedeutung aufgeladen sind, oder Bezüge zu Ereignissen, die – wie zum Beispiel Katastrophen – öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen, herstellen (Hypothese 4). Erfolgreiche Narrative sind weiterhin nicht bloße Aneinanderreihungen von erzählerischen Elementen, sondern sie stellen konsistente und kohärente Erzählstrukturen dar, die bestimmte Probleme kommunizierbar machen und Ursachen erklären, Verantwortung beschreiben und aufzeigen, was getan werden soll (Hypothese 5). Der Erfolg von Narrativen wird schließlich verstärkt durch die Art der verwendeten Sprache und die rhetorischen Mittel, die in die narrative Struktur integriert sind. Diese linguistischen Elemente unterstützen die Übersetzung komplexer und abstrakter Themen in eine verständliche Sprache, die gut an das Alltagsverständnis des Publikums anschließt (Hypothese 6).

Warum ein spezifisches Narrativ gesellschaftliche und politische Wirkungsmacht erreicht, lässt sich in den meisten Fällen wohl erst im Nachhinein erklären. Die Absicht der hier präsentierten sechs Hypothesen ist es, Impulse zur Reflektion und Entwicklung von Strategien einer sinnvollen und erfolgreichen politischen Kommunikation von Umweltproblemen zu geben. Wie des Öfteren in diesem Kapitel

betont wird, ist dies keine einfache Aufgabe. Umweltprobleme sind zumeist nicht lediglich einfache Phänomene, die rational aufgearbeitet und durch unkomplizierte, effektive und direkte Wege gelöst werden können. Im Gegenteil sind die meisten Umweltprobleme geprägt von Machtfragen und Interessenkonflikten und sind einander konkurrierenden Perspektiven ausgesetzt, die die Art und Weise beeinflussen, auf welche sie sozial verstanden und politisch verhandelt werden.

5 Narrative als Kommunikationsinstrumente der Umweltpolitik: zwei Fallbeispiele

Während in vorhergehenden Kapiteln allgemeine Hypothesen zu den Erfolgsbedingungen von Narrativen vorgestellt wurden, ist das Ziel dieses Kapitels, an zwei konkreten Beispielen vertiefend aufzuzeigen, ob und wie Narrative erfolgreich als Kommunikationsinstrumente in der Umweltpolitik eingesetzt werden können. Im Sinne eines dialektischen, ko-konstitutiven Ansatzes, wie in Abschnitt 2.3 beschrieben, wird bei der Rekonstruktion der beiden Fallbeispiele davon ausgegangen, dass Diskurse zwar mächtig sind, aber nicht undurchdringlich. Sie formen das Denken und Handeln von Akteuren, werden aber auch ihrerseits von Akteuren aktiv beeinflusst. Ein Mittel der Beeinflussung von Diskursen kann die Konstruktion und Beeinflussung von Narrativen sein. Mit der Untersuchung der Frage, wie dies gelingen kann, wird exemplarisch auf die Leitfrage eingegangen: Was kennzeichnet ein umweltpolitisch vielversprechendes Narrativ? Welche Kriterien können hierfür entworfen werden?

Unter einem ‚umweltpolitisch vielversprechenden Narrativ‘ wird dabei ein Narrativ verstanden, das diskursiven Erfolg im Sinne von 3.2 hat – also in relevanten (wissenschaftlichen oder politischen) (Fach-)Öffentlichkeiten verbreitet wird und politische Akzeptanz findet. Politische Akzeptanz lässt sich daran erkennen, dass ein Narrativ aktiv in die politische Kommunikation eingebunden wird: Politische Akteure ziehen es heran, um politische Positionen und Programme zu begründen oder zu legitimieren. An einem sehr erfolgreichen Narrativ kommen die Akteure kaum noch vorbei: Um in öffentlichen Debatten oder Diskussionen teilnehmen zu können, muss Bezug auf diese Narrative genommen werden. Auch eine kontroverse Debatte verweist auf einen gewissen diskursiven Erfolg: Zumindest ist es gelungen, einem Narrativ Aufmerksamkeit zu sichern und engagierte Vertreter zu gewinnen.

Als Untersuchungsbeispiele dienen zum einen eine Kette von Narrativen im Rahmen des Diskurses um ‚Ökologische Modernisierung‘, zum anderen drei Narrative im Rahmen des Diskurses um das ‚Gute Leben‘. (Zur Verwendung der Begrifflichkeiten siehe Kasten). Bei den Narrativen im Rahmen des ‚Guten Lebens‘ liegt der Fokus auf solchen Narrativen, die das Gute Leben mit Selbstbeschränkung im Sinne von Suffizienz in Verbindung bringen. Dieser Fokus bietet sich insofern an, als damit ein besonders markantes Vergleichspaar geschaffen werden kann (für die genaue Darstellung der Narrative vergleiche Unterkapitel 5.2.2 und 5.3.2). In inhaltlicher Hinsicht steht die ökologische Modernisierung für eine Umweltpolitik, die hauptsächlich auf technische Innovationen setzt, wohingegen das Gute Leben eine Umweltpolitik präferiert, die Veränderungen von Lebens- und Wirtschaftsweisen erreichen will. In politökonomischer Hinsicht steht ökologische Modernisierung für einen Diskurs, der im politischen Mainstream großen Anklang gefunden hat, wohingegen das Gute Leben, verstanden als Suffizienz, bislang eher auf ‚politische Nischen‘ beschränkt geblieben ist und erst allmählich in die politischen Diskurse integriert wird.

Diskurs und Narrativ:**Zur Begriffsverwendung in Bezug auf ‚Ökologische Modernisierung‘ und das ‚Gute Leben‘**

In der Literatur herrscht keine Einigkeit darüber, ob ‚Ökologische Modernisierung‘ und das ‚Gute Leben‘ als Diskurse, Narrative oder als noch andere Formen sprachlicher Konstrukte zu begreifen sind. Insbesondere zur ökologischen Modernisierung existiert ein breites Spektrum sprach- und ideologiekritischer Literatur, die danach fragt, was dieses sprachliche Konstrukt beinhaltet, wie es gebraucht wird, was damit legitimiert und was verschleiert wird. Die Terminologie ist dabei alles andere als einheitlich: ‚Ökologische Modernisierung‘ wird als Begriff, Idee, Konzept, Theorie, Diskurs, Narrativ, *story-line* oder gar Meta-Diskurs verstanden. Manchmal verbergen sich hinter diesen unterschiedlichen Bezeichnungen tatsächlich inhaltliche Unterschiede, manchmal verwenden die Autoren und Autorinnen sie austauschbar.

Im Kontext dieses Berichts werden sowohl ‚Ökologische Modernisierung‘ als auch ‚Gutes Leben‘ als → Diskurse verstanden. Sie erfüllen die Kriterien, die in Abschnitt 3.1 formuliert wurden: Es handelt sich um breitere Ensembles von „Ideen, Konzepten und Kategorien“; sie werden durch ein „benennbares Set von Praktiken hervorgebracht“ und sie formen und begrenzen das Denk-, Sag- und Machbare.

Innerhalb dieser Diskurse lassen sich verschiedene → Narrative im Sinne von 3.2 rekonstruieren, also sprachliche Sequenzen, die der Repräsentation oder Darstellung von Ereignissen, Beziehungen, Prozessen und unterschiedlichen Phänomenen dienen. Sie ermöglichen Kommunikation, verbinden (politische) Problemdefinitionen mit bestimmten Handlungsvorschlägen (also das, was *ist*, mit dem was *sein sollte*), bestätigen oder verändern Wertsysteme, bilden Bezugspunkte für soziale Akteure, konstituieren politische Allianzen und legitimieren politische Positionen. Die Narrative innerhalb eines Diskurses sind teilweise miteinander verknüpft und bauen aufeinander auf, teilweise setzen sie auch unterschiedliche Akteure.

Nach einem kurzen Überblick über die Methode, die in der Analyse der beiden Narrative verwendet wurde, werden die untersuchten Narrative der ökologischen Modernisierung und des Guten Lebens in je einem Abschnitt dargestellt (5.2 und 5.3). Diese Unterkapitel sind wie folgt aufgebaut: Zur Kontextualisierung der Narrative wird jeweils ein Überblick über den betreffenden Diskurs gegeben. Dabei wird auf die o.g. definitorischen Merkmale eines Diskurses eingegangen (Ideen, Konzepte und Kategorien; benennbare Praktiken; Strukturierung des Denk-, Sag- und Machbaren); darauf aufbauend werden verschiedene Diskursstränge und gegebenenfalls zeitliche Entwicklungen kursorisch dargestellt. In einem nächsten Schritt werden beispielhaft Narrative innerhalb dieser Diskurse rekonstruiert. Dabei wird eingeschätzt, inwieweit sie erfolgreich waren, und sie werden unter Nutzung der Hypothesen in Kapitel 4 auf ihre Erfolgsbedingungen hin untersucht. Zuletzt erfolgt ein kurzes Fazit zur strategischen Nutzbarkeit.

5.1 Methode

Da eine Primäranalyse der Rezeption von Narrativen in den Medien und der politischen Diskussion den Rahmen des Projektes gesprengt hätte, wurde hier eine vereinfachende, aber für den Zweck des Projektes geeignete Herangehensweise gewählt. Die Analyse stützt sich auf einen begrenzten Korpus von wissenschaftlichen oder wissenschaftsnahen Veröffentlichungen (zum Beispiel Kongressbeiträge, öffentliche Vorträge, Beiträge in populärwissenschaftlichen Zeitschriften), die unkompliziert über *Google Scholar*®, die Datenbank *Science Direct*® sowie die Websites von Konferenzen gefunden werden konnten.

Gesucht wurde nach Literatur aus den letzten rund zehn Jahren (seit 2005) mit den Stichworten „*ecological modernization*“, „ökologische Modernisierung“, „gutes Leben“ oder „good life“. Ergänzend wurden einige bekannte klassische Werke aus den 1980er und 1990er Jahren herangezogen. Dies ergab 63 Titel für ökologische Modernisierung und 42 für gutes Leben. Ausgewertet wurden die frei zugänglichen Abstracts. Volltexte wurden zusätzlich ausgewertet, wenn sie verfügbar waren. Bei inhaltlich besonders relevanten Veröffentlichungen wurden die Volltexte beschafft. Auf diese Weise konnten 19

Volltexte (Artikel oder Bücher) für ökologische Modernisierung und 14 Volltexte für gutes Leben ausgewertet werden. Da der Diskurs über ‚Gutes Leben‘ sich auch zu einem erheblichen Teil auf Veranstaltungen und in Blogs vollzieht, wurde zu diesem Thema zusätzlich eine Internetrecherche durchgeführt, deren Ergebnisse in die untenstehende Darstellung integriert werden.

Der Literatur kommt eine Doppelrolle als Primär- und Sekundärquelle zu. Einerseits sind die Veröffentlichungen selbst Teil eines Diskurses. Er ist vor allem wissenschaftlicher Natur, wirkt aber über Veranstaltungen, Medienbeiträge und Politikberatung stark in die politische Arena hinein. Es lässt sich analysieren, wie in diesen Beiträgen Narrative konstruiert werden und wie sie wirken, beispielsweise in welchem Umfang sie in anderen Publikationen aufgegriffen werden. Andererseits finden sich auch Publikationen, die Inhalte von Diskursen und Konnotationen von Begriffen rekonstruieren, deren Verwendung und Einfluss analysieren und somit als Sekundärquellen verwendet werden können. Nicht wenige Veröffentlichungen können auf beide Arten gelesen werden.

Um die Narrative analysieren zu können, mussten diese rekonstruiert werden. In kaum einer Publikation findet sich ein Narrativ in Reinform wieder. Vielmehr werden einzelne Begriffe, Konzepte, → Argumente oder Thesen ausgearbeitet. Für die Analyse wurden Narrative als zugespitzte idealtypische Darstellungen (re-)konstruiert, indem die (immer wieder) vorgefundenen Elemente schlüssig verknüpft und sprachlich vereinfacht wurden.

Um den Erfolg der Narrative zu beurteilen, wurden verschiedene Erfolgsindikatoren verwendet: die Breite an verschiedenen Akteuren, Kontexten und geographischen Regionen, in denen ein Narrativ aufgegriffen wird; das Aufgreifen durch mächtige oder diskursiv einflussreiche Akteure; die Behandlung in Großveranstaltungen; und die Verwendung zur Legitimierung, Analyse oder Bewertung von Politiken. Die Einschätzung erfolgt qualitative und semi-quantitativ, da eine systematische quantitative Analyse den Rahmen des Projektes gesprengt hätte.

Zur Identifikation von Erfolgsfaktoren werden die in Kapitel 4 aufgeführten Hypothesen einzeln auf die Fälle angewendet und argumentativ begründet, inwieweit der jeweils in der Hypothese genannte Erfolgsfaktor auf den Fall zutrifft.

5.2 Narrative der ökologischen Modernisierung

In der wissenschaftlichen Literatur lassen sich zwei unterschiedliche Arten des Umgangs mit dem Begriff ‚Ökologische Modernisierung‘ finden. In einer ‚positivistischen‘ Lesart wird ökologische Modernisierung als real existentes ‚Faktum‘ eingeführt, allenfalls als analytisches Konzept, um das Vorgefundene zu beschreiben. Das Konzept selbst und seine Verwendung werden aber nicht problematisiert. Dokumente, in denen das Konzept in dieser Lesart verwendet wird, dienen im gegenständlichen Fall als Primärquellen; sie bilden die empirische Grundlage für die folgende „Übersicht über den Diskurs“ (vergleiche Abschnitt 5.2.1).

In einem zweiten großen Teilkorpus wird ‚Ökologische Modernisierung‘ als → Diskurs gefasst und analysiert. Zum Teil werden auch Synonyme und sinnverwandte Begriffe wie → Narrativ, → story-line oder Meta-Diskurs verwendet. Gemeinsam ist diesen Texten, dass ökologische Modernisierung nicht als vorfindbarer Gegenstand verstanden wird, sondern als sprachlich, gedanklich und/oder kommunikativ hergestelltes Konstrukt, das dazu dient, ökologische Probleme auf eine bestimmte Weise zu definieren, bestimmte Probleminterpretationen oder politische Lösungsansätze zu legitimieren und andere zu delegitimieren bzw. zu marginalisieren. Während einige Arbeiten sich darauf beschränken, die Begriffsinhalte zu rekonstruieren (zum Beispiel Jong et al. 2015, Christoff 1996), analysiert der größte Teil dieser Literatur, meist in kritischer Absicht, wie der Begriff und zentrale damit zusammenhängende Ideen in der Politik verwendet (oder auch bewusst vermieden) werden und wie sie politische Programme geprägt haben. Diese Literatur wird – im Sinne einer sekundäranalytischen Studie – herangezogen, um den Erfolg von Narrativen der ökologischen Modernisierung zu beschreiben (vergleiche Abschnitt 5.2.3).

5.2.1 Übersicht über den Diskurs

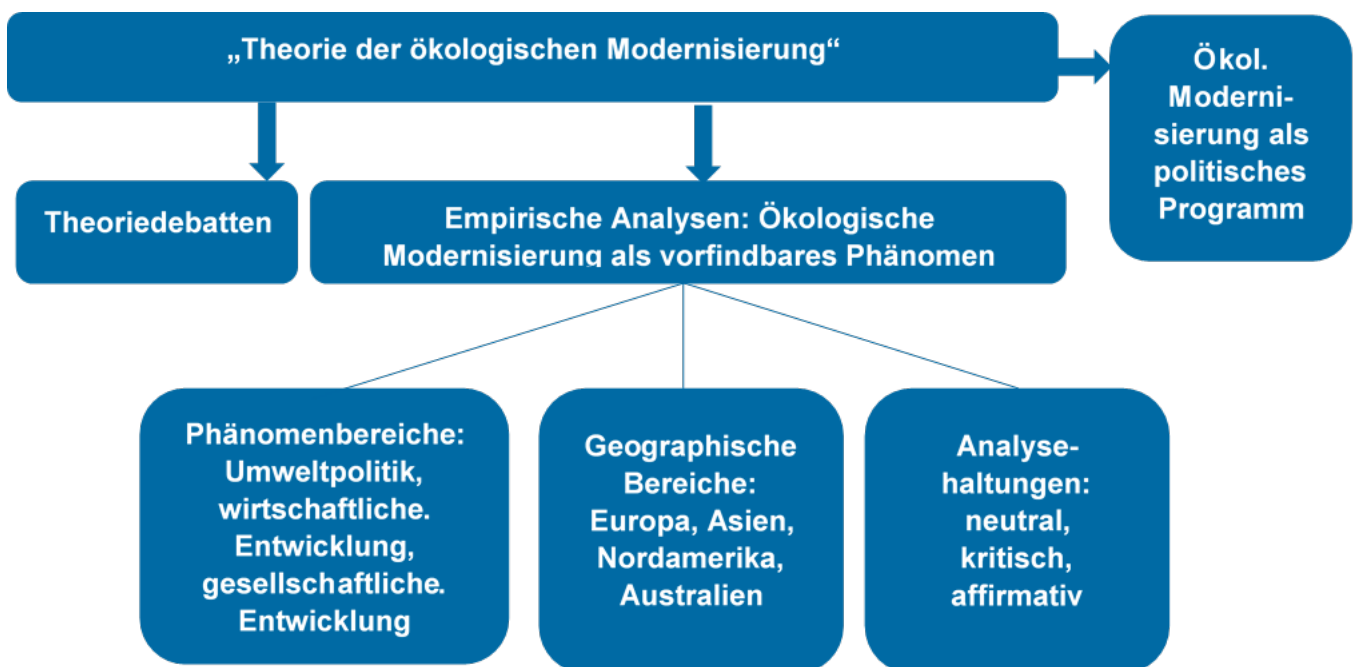
Der Diskurs wird hier übersichtsartig dargestellt, indem auf die drei definitorischen Elemente eines Diskurses im Sinne von Hajer (1995) eingegangen wird: als a) ein Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird, das b) durch benennbare Praktiken hervorgebracht wird und das c) das Denk-, Sag- und Machbare strukturiert (vergleiche Abschnitt 3.1).

Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien

Im Kern beschreibt der Diskurs der ‚Ökologischen Modernisierung‘ einen neuen Typ von Umweltpolitik und empfiehlt diesen zumeist gleichzeitig als zukunftsweisend. Dieses Ineinander von empirischen und normativen Elementen zieht sich durch den gesamten Diskurs. Eine ‚Politik der ökologischen Modernisierung‘ ist diesem Verständnis nach durch einer Reihe von Merkmalen gekennzeichnet: ein integratives, umweltmedien- und lebenszyklusübergreifendes sowie vorsorgendes Verständnis von Umweltproblemen; einen ausgeprägten Technikoptimismus; die Annahme einer Synergie von Ökologie und Ökonomie und ein polyzentrisches Verständnis politischer Steuerung, das heißt Steuerung wird von vielen gesellschaftlichen Akteuren getrieben und findet an vielen Stellen der Gesellschaft statt (vergleiche für eine Übersicht Dryzek 2005, Kapitel 8).

Als der Diskurs sich weiterentwickelte, wurde der Begriffsinhalt ausgeweitet: Nicht nur Umweltpolitiken, sondern auch bestimmte ökonomische oder gesellschaftliche Wandlungsprozesse (zum Beispiel Rationalisierung, Effizienzsteigerung oder ökologische Produktgestaltung in der Industrie; gesellschaftliche Durchsetzung ressourcen- und energieeffizienter Technologien) wurden und werden als ökologische Modernisierung gefasst. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Diskursstränge; deren Akteure und Inhalte werden im Folgenden näher erläutert.

Abbildung 1: Diskursstränge der ‚ökologischen Modernisierung‘



Quelle: eigene Darstellung

„Theorie der ökologischen Modernisierung“

Der Begriff der ‚Ökologischen Modernisierung‘ wurde zunächst als analytischer Begriff von einer kleinen Gruppe von Politikwissenschaftlern um Arthur Mol, Gert Spaargaren, David Sonnenfeld, Martin Jänicke, Joseph Huber und Maurie Cohen geprägt (zum Beispiel Mol 1997, Mol & Jänicke 2009, Mol & Sonnenfeld 2000, Mol 1999). Dabei vertreten die Autoren und (seltener) Autorinnen teilweise den Anspruch, eine ‚Theorie‘ der ökologischen Modernisierung zu entwickeln. Dies kann inhaltlich in Frage gestellt werden: Tatsächlich werden kaum Zusammenhangsannahmen formuliert, die die Ableitung von Hypothesen erlauben, womit ein wesentliches Merkmal einer Theorie nicht gegeben ist. Es handelt sich eher um ein Set von Begriffen, das eine systematische Beschreibung von Phänomenen erlaubt, mit teilweise stark normativer Färbung.

Ökologische Modernisierung als politisches Programm

In einem parallelen Prozess beginnen die Vertreter und Vertreterinnen dieses Ansatzes, den Begriff in die politische Arena zu tragen und als politisches Programm zu etablieren. Er wird von politischen Entscheidungsträgern aufgegriffen und, abgelöst von seinem theoretischen und wissenschaftlichen Anspruch, als Beschreibung des eigenen Programmes verwendet, so etwa in den rot-grünen Koalitionsverträgen 1998 und 2002.

Innerwissenschaftliche Differenzierung: Theoriedebatten und empirische Analysen

In der Wissenschaft erfolgte eine weitere Ausdifferenzierung des Diskurses. Auf der einen Seite entwickelte sich ein Korpus an Theoriedebatten. Hier wurde die ‚Theorie‘ der ökologischen Modernisierung bewertet, mit anderen Theorien und Konzepten verglichen und weiterentwickelt. Beispielsweise wurde marxistisch, postmodern oder wachstumskritisch bzw. radikalökologisch gefärbte Kritik geäußert (Überblicke bei Mol & Spaargaren 2000, Toke 2001). Inhalte und Erklärungskraft des Begriffes ‚Ökologische Modernisierung‘ wurden mit anderen Konzepten, wie zum Beispiel Nachhaltiger Entwicklung, Humanökologie oder politischer Ökologie verglichen (Zaccai 2012, Adua et al. 2015, Kopnina 2014). Weiterentwicklungen versuchten unter anderem, die Reichweite des Konzeptes von klassischen westlichen Demokratien auf andere Regierungsformen wie zum Beispiel in den Golfstaaten zu erweitern (O’Brien et al. 2007, Reiche 2010).

Neben den Theoriedebatten entwickelt sich ein Korpus von Literatur, die den Begriff der ‚ökologischen Modernisierung‘ als Instrument für *empirische Analysen* nutzt. Die empirischen Analysen decken verschiedene Anwendungsfelder ab. Nicht nur Umweltpolitik (zum Beispiel bei Jänicke & Jörgens 2006, Jänicke 2008), sondern auch verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovations-, Rationalisierungs- und Effizienzsteigerungsprozesse mit positiven ökologischen Effekten werden dabei als ‚Ökologische Modernisierung‘ gefasst (zum Beispiel Sarkis & Cordeiro 2012 zur Umgestaltung von Energieversorgungsunternehmen, Mol 1997 zur Transformation der chemischen Industrie, Huber 2008 zur Erklärung von Pionierverhalten in ökologischer Innovation, Glenna & Mitev 2009, Lenihan & Brasier 2010; Reimer 2015 zur Analyse von Veränderungen in der Landwirtschaft). Des Weiteren beziehen sich die Analysen auf eine Vielzahl von *Ländern und Regionen*; einen Schwerpunkt nehmen dabei asiatische Länder ein (Park et al. 2010; Zhu et al. 2011; Zhu et al. 2012). Schließlich werden dabei verschiedene *Analysehaltungen* eingenommen: Neben neutral-analytischen finden sich auch kritische sowie affirmative Studien. In der kritischen Variante werden vorgefundene Strategien der ökologischen Modernisierung als unzureichend problematisiert. Es wird festgestellt, dass der ökologische Nutzen begrenzt ist (Bäckstrand & Löfbrand 2006, Scott & Barnett 2009, Lorek & Spangenberg 2014, Horlings & Marsden 2011) oder dass Strategien der ökologischen Modernisierung angewendet werden, um radikalere umweltpolitische Forderungen abzuwehren (Millington & Wilson 2015). In der affirmativen Variante werden Strategien der ökologischen Modernisierung zur Lösung von ökologischen Problemen entwickelt oder empfohlen (Gray 2007, Potts 2010, Cohen 2000, Anh et al. 2011, (Wolsink 2007)).

Benennbares Set von Praktiken

Innerhalb der wissenschaftlichen Diskursstränge (Formulierung einer ‚Theorie der ökologischen Modernisierung‘, Diskussion der ‚Theorie‘ und Anwendung der Konzepte in empirischen Analysen) wurden die typischen Praktiken des Wissenschaftsbetriebes verwendet: Veröffentlichungen, Auftritte auf Konferenzen sowie die Bildung eines Netzwerks, das die Idee mit Hilfe von gegenseitigen Bezugnahmen, Zitaten und Zurverfügungstellung von Publikationsmöglichkeiten in Sammelbänden kollektiv weiterentwickelte und innerwissenschaftlich sichtbar machte. Eine besonders erfolgreiche Praktik war die Selbstbeschreibung als ‚Theorie‘. Insbesondere in Verbindung mit dem politischen Gestaltungsanspruch war dieser Anspruch geeignet, weitere wissenschaftliche Aktivitäten wie theoretische Debatten und empirische Analysen zu stimulieren.

Weiter lassen sich verschiedene Praktiken benennen, mit deren Hilfe ökologische Modernisierung als politisches Programm etabliert werden konnte: eine Rede von Martin Jänicke vor dem Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 1982, eine „alternativen Regierungserklärung“ der Zeitschrift NATUR 1983 (o.N. 1983), ein Diskussionspapier des Berliner Wissenschaftszentrums 1984 (Jänicke 1984) und schließlich die Aufnahme in die rot-grünen Koalitionsverträge.

Strukturierung des Denk-, Sag- und Machbaren

Als herrschender Diskurs definiert der Diskurs der ‚Ökologischen Modernisierung‘ in der Umweltpolitik seit den 1980er Jahren, in welchen Begriffen gedacht wird, wie Probleme definiert werden, was gefragt werden kann und welche Antworten nahe liegen. Er setzt damit einen ermöglichenden und begrenzenden Rahmen für individuelles Denken und Handeln und hilft, die politische Agenda zu definieren. Was dies im Einzelnen inhaltlich bedeutet, wird in Abschnitt 5.2.3 erläutert.

5.2.2 Narrative im Diskurs der ‚Ökologischen Modernisierung‘

Innerhalb des Diskurses um die ‚Ökologische Modernisierung‘ lässt sich eine Reihe von Narrativen identifizieren. Für die Zwecke dieser Analyse soll auf jene Varianten fokussiert werden, die eine normative Vorstellung von Umweltpolitik formulieren. Hier lässt sich eine Kette miteinander verbundener Narrative identifizieren, die sich idealtypisch wie folgt zusammenfassen lässt:

- ▶ Um erfolgreiche Umweltpolitik zu betreiben, ist ein integrierter Ansatz notwendig. Betrachtet werden müssen der gesamte Lebenszyklus von Produkten und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Umweltwirkungen statt eines Fokus auf *End-of-Pipe*-Technologien und einer Kompartimentalisierung von Umweltwirkungen.
- ▶ Unter dieser Perspektive ergibt sich eine *win-win*-Situation zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen – sowohl gesamt – als auch einzelwirtschaftlich. Die ökologische Optimierung von Produkten und Produktionsprozessen per Design ermöglicht einzelwirtschaftlich Ressourcen- und damit Kosteneinsparungen sowie die Erschließung neuer Märkte durch innovative Produkte. Gesamtwirtschaftlich steigert sie die Innovationskraft und verringert ökologische Reparaturkosten (*„pollution prevention pays“*). Daraus ergibt sich die Möglichkeit eines umweltverträglichen Wachstums.
- ▶ Technologische Innovation spielt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle.
- ▶ Um dies zu erreichen, ist ein Zusammenspiel von Marktkräften und Kontextsteuerung durch den Staat erforderlich. Während der Staat zum Beispiel durch Ressourcenbesteuerung den Rahmen setzt, sorgen die Marktkräfte für innovative Lösungen innerhalb dieses Rahmens.
- ▶ Eine solche innovationsfördernde Umweltpolitik wird am ehesten im Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Akteure (Staat, Wirtschaft, Verbände/Zivilgesellschaft) hervorgebracht. Klassisches zentralistisches *„government“* soll ersetzt werden durch verteilte *„governance“*.

Diese Kette von Aussagen lässt sich als Kette von Narrativen fassen, weil sie die in Unterabschnitt 3.2.2 genannten Funktionen erfüllt: Sie ist in sich konsistent und ermöglicht durch die Aufstellung von Thesen, denen man zustimmen oder widersprechen kann, Kommunikation. Sie verbindet Problemdefinitionen mit Handlungsvorschlägen; so wird beispielsweise die nachsorgende und medienbezogene Umweltpolitik als Problem identifiziert und eine lebenszyklusbezogene Betrachtung, das Zusammenwirken verschiedener Steuerungsebenen und technische Innovation werden als Lösungen benannt. Sie bestätigt damit ein an Modernisierung, Rationalität und Technik orientiertes Wertsystem im Großen und Ganzen, fordert aber zugleich bestimmte Aspekte desselben heraus (zum Beispiel die Idee, Probleme am besten durch Kompartimentalisierung und Spezialisierung lösen zu können). Sie bildet einen Bezugspunkt für soziale Akteure und konstituiert politische Allianzen, wie beispielsweise in der Formierung affirmativer und kritischer Wissenschaftlernetzwerke oder auch im Aufgreifen des Konzeptes durch die rot-grüne Bundesregierung deutlich wird. Schließlich legitimiert sie bestimmte politische Positionen und Programme, beispielsweise Innovationsförderung oder staatliche Rahmensetzungen wie Ökosteuer oder Emissionshandel.

5.2.3 Erfolg der Narrativkette

Die diskursanalytischen Studien sowie die eigene Analyse der in Abschnitt 5.2.1 dargestellten Primärquellen belegen einen enormen diskursiven wie politischen Erfolg dieser Narrativkette. Die Fachliteratur identifiziert zahlreiche Beispiele aus den verschiedensten Ländern, Regionen und Politikbereichen, in denen politische Programme und Strategien implementiert werden, die sich analytisch als ökologische Modernisierung fassen lassen bzw. von den wissenschaftlichen Beobachtern so gefasst werden.

Auch verwenden politische Handelnde selbst den Begriff oder damit verknüpfte Diskurselemente (zum Beispiel die Annahme eines *win-win*-Verhältnisses zwischen Ökologie und Ökonomie, das Vertrauen auf wissenschaftlich-technische Lösungen oder die Strategie der Internalisierung externer Kosten), um Probleme auf eine bestimmte Weise zu definieren und bestimmte politische Programme und Lösungsansätze zu legitimieren. So finden sich Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ in der Klimapolitik in Indien (Isaksen & Stokke 2014), in der Debatte um Wasserstofftechnologien in Schweden (Hultman & Yaras 2012), Kohleabbau-technologien in Australien (Katz & Solomon 2008) oder Windenergie in den USA (Jepson et al. 2012). Bäckstrand & Lövbrand (2006) stellen fest, dass der von ihnen so genannte ‚Meta-Diskurs‘ der ökologischen Modernisierung (gemeinsam mit dem *green governmentality*-Diskurs, siehe Unterabschnitt 6.4.2) starken Niederschlag in der Konzeptionalisierung der ‚flexiblen Mechanismen‘ von Kyoto und insbesondere in der Idee des globalen Waldmanagements gefunden habe. Dies schlage sich in den Vertragstexten und in dem Aufgreifen von Narrativen der ‚ökologischen Modernisierung‘ durch Weltbank, UNEP, FAO etc. nieder. Verschiedene Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Dominanz von Narrativen der ökologischen Modernisierung die Umweltpolitik insgesamt gestärkt habe. So untersucht Hajer (1995) in seinem klassischen Werk den Einfluss solcher Narrative auf die Wahrnehmung und Regulierung des ‚Sauren Regens‘ in Großbritannien und den Niederlanden. Er stellt fest, dass die Narrative in Großbritannien dazu beitrugen, den traditionellen, nachsorgenden Ansatz in Frage zu stellen und eine vorsorgende Perspektive zu etablieren. Melchert (2007) analysiert zustimmend, wie Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ dem ökologischen Bauen in den Niederlanden zugrunde gelegt wurden und zu einer erfolgreichen Entwicklung beitrugen. Auch für Dryzek (2005) sind Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ eine Erfolgsgeschichte, da sie in Deutschland zum kooperativen Zusammenwirken verschiedener Akteure in der Umweltpolitik beigetragen haben.

Von anderen Autoren und Autorinnen wird der starke Einfluss dieser Narrative kritisch gesehen. So wird konstatiert, dass sie in vielen Fällen zu ‚schwächeren‘ und weniger nachhaltigen umweltpolitischen Lösungen geführt hätten, indem sie dazu geführt hätten, dass politische Akteure alternative Politikoptionen systematisch ausgeblendet hätten (zum Beispiel Schwanen et al. 2011 zu Klimaschutz im Verkehr; Memon et al. 2011 zur neuseeländischen Wasserpolitik, Warren et al. 2016 zur australischen

Energie- und Klimapolitik, Bayulken & Huisingh 2015 zur nachhaltigen Stadtentwicklung, Revell 2007 sowie Berger et al. 2001 zu ökologischen Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen). Gerade der diskursive Erfolg der Narrative, so die These, verhindert hier einen weitreichenden umweltpolitischen Effekt. Ein Beispiel bietet die Analyse der neuseeländischen Wasserpolitik von Memon et al. (2011). Die Autoren identifizieren als zentrale Elemente des Narrativs der Ökologischen Modernisierung die Postulate, dass ökologische Probleme am besten durch Wissenschaft und neue Technologien, marktwirtschaftliche Instrumente und Verantwortungsübertragung an dezentrale Stakeholder gelöst werden könnten. In der neuseeländischen Wasserpolitik habe sich dies manifestiert in Form einer stark wissenschaftsbasierten Fundierung von Wassermanagement, einer Verteilung von Nutzungsrechten in Form handelbarer *water permits* (Wassernutzungsrechten) sowie einer Verantwortungsübertragung vom Zentralstaat an regionale Räte. Dieser Ansatz habe beispielsweise im Fall Canterbury versagt und eine Übernutzung knapper Wasserressourcen sowie einen Verlust an Quantität und Qualität verfügbaren Trinkwassers nicht verhindern können. Der Hauptgrund sei die Anfälligkeit der lokalen Räte für die Lobbyinteressen ansässiger Farmer, die die Verteilung und Ausgestaltung von Nutzungsrechten in ihrem Sinne beeinflusst hätten. Wissenschaftliche und technische Lösungen hätten nicht geholfen: Wissenschaftliche Gutachten, die die Basis des Wassermanagements bilden sollten, seien aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen zu widersprüchlichen Ergebnissen gekommen, was zu einer Pattsituation geführt habe. Technologien zur Reduktion der Nitratbelastung seien nicht eingesetzt worden, da es an Anreizen bzw. Zwang zum Einsatz dieser Technologien gefehlt habe; auf der anderen Seite habe die Weiterentwicklung von ökonomisch attraktiven Bewässerungstechnologien zu einer noch intensiveren Wassernutzung geführt. Kurz, ohne ein – der ökologischen Modernisierung wesensfremdes – Thematisieren und Begrenzen von ökonomischer Macht und deren Missbrauch bleibe eine solche Umweltpolitik zahnlos.

Andere Autoren kritisieren, dass der diskursive Erfolg zu einer Ausblendung anderer legitimer Anliegen geführt habe. So bewirken Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ laut Lindahl et al. (2015) eine Überbewertung der ökonomischen Nachhaltigkeitsdimension in der schwedischen Forstpolitik. Yeh (2009) stellt die These auf, dass auf solchen Narrativen beruhende Reformprojekte unter anderem Verteilungseffekte vernachlässigten. Ähnlich monieren Jeffers 2013 (für Überschwemmungsrisiken) und Buizer & Kurz (2016) (für Feuermanagement), dass Narrative der ökologischen Modernisierung beim Umgang mit Risiken dazu geführt hätten, dass die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Gruppen und der besondere Schutzbedarf vulnerabler Gruppen aus dem Blick geraten seien.

Wenn solche problematischen Effekte in die politische Debatte getragen werden und dort → Resonanz finden, dann kann dies unter Umständen auch dazu führen, dass politische Akteure die Rahmung als ‚ökologische Modernisierung‘ vermeiden. So stellt Baker (2007) fest, dass die EU sich auf den Begriff der nachhaltigen Entwicklung festlegt, obwohl ‚ökologische Modernisierung‘ ihre Politik besser beschreiben würde.

Alles in allem sind Narrative der ökologischen Modernisierung jedoch äußerst wirkmächtig geworden. Das ist nicht zuletzt daran zu erkennen, dass die Ideen in neueren, verwandten Konzepten wie der *green economy* weiterentwickelt wurden.

5.2.4 Identifikation von Erfolgsfaktoren

Im Folgenden werden die in Kapitel 4 vorgestellten Hypothesen zu Erfolgsbedingungen von umweltpolitischen Narrativen auf das Fallbeispiel der Narrative der ökologischen Modernisierung angewandt.

Laut **Hypothese 1** hängt der Erfolg von Narrativen u.a. von den *Akteuren* ab, die das Narrativ verbreiten. Wichtig sind die Glaubwürdigkeit, Ressourcen sowie die rhetorischen und Inszenierungsfähigkeiten dieser Akteure. Die Narrative der ‚Ökologischen Modernisierung‘ wurden zunächst aus dem wissenschaftlichen Raum an politische Akteure herangetragen. Wissenschaftliche Akteure verfügen über-

wiegend über ein Renommee als glaubhafte, unparteiische Diskursteilnehmer, die im öffentlichen Interesse sprechen. Dies stärkt das Ansehen der von ihnen verbreiteten Narrative. Gleichzeitig verfügen sie qua Beruf über sprachliche Kompetenz und geeignete Medien, um Narrative zu verbreiten. Die beteiligten Wissenschaftler organisierten sich durch wechselseitige Bezugnahme in einer → Diskurs-Koalition; zudem besaßen sie bereits über gute Kontakte und Netzwerke, die ihnen erlaubten, die Diskurs-Koalition in die politische Sphäre hinein auszuweiten. All dies führte dazu, dass die Narrative von politischen Akteuren leicht aufgegriffen werden konnte.

Die Resonanz in einer breiteren Öffentlichkeit kann damit jedoch nicht vollständig erklärt werden. Die Weiterverbreitung der Narrative erfolgte stark über politische Entscheidungsträger, die zwar rhetorische Fähigkeiten und Netzwerke besitzen, aber sehr viel weniger als Wissenschaftler als vertrauenswürdig erlebt werden. Hier müssen also weitere Mechanismen eine Rolle gespielt haben, die im Folgenden eruiert werden.

Laut **Hypothese 2** ist ein Narrativ erfolgreich, wenn es Gemeinsamkeiten mit den Ideen, Konzepten und Kategorisierungen eines dominanten Diskurses aufweist und an diese *anschlussfähig* ist. Damit kann es an kulturell geprägte Voreinstellungen einer Zielgruppe oder eines Publikums appellieren. Anschlussfähigkeit wird auch mit → „Resonanz“ umschrieben und betont die Ähnlichkeiten zwischen diskursiven Elementen, die nahelegen, dass diese Elemente zusammengehören.

Das ist bei ökologischer Modernisierung in besonders hohem Maß der Fall. Mit der Betonung der wissen(schaft)sbasierten Politik und technologischen Innovation besteht eine hohe → Affinität zu dominanten Diskursen der ‚Modernität‘. Die Erzählungen von der *win-win*-Situation zwischen ökologischem und ökonomischem Fortschritt, von der möglichen Entkopplung von Umweltzerstörung und Wirtschaftswachstum sowie der relevanten Rolle wirtschaftlicher Akteure fügen sich in den dominanten Diskurs um Wirtschaftswachstum als Problemlösung und zentrales politisches Ziel und unternehmerisches Handeln als Triebkraft des Wachstums. Die Erzählungen von der reduzierten Rolle des Staates, der sich hauptsächlich als Rahmensetzer versteht, und vom Erfolg marktbasierter Instrumente fügen sich in dominante liberale bzw. neoliberale Diskurse ein. Gleichzeitig bot die Erzählung vom produktionsintegrierten und medienübergreifenden Umweltschutz eine Anschlussfähigkeit an die mit den neuen sozialen Bewegungen etablierten ökologischen Diskurse. Diese multiple Anschlussfähigkeit sicherte den Narrativen der ökologischen Modernisierung eine breite Akzeptanz im Kreise höchst unterschiedlicher Akteursgruppen wie politische und wirtschaftliche Entscheider, Umweltgruppen und Politik- und Wirtschaftswissenschaft. Diese Anschlussfähigkeit ist aber nicht zuletzt auch der Tatsache geschuldet, dass diese Gruppen jeweils unterschiedliche Aspekte und Bestandteile der Narrativkette hervorheben und sie unterschiedlich interpretieren konnten, wie bei Hypothese 3 gezeigt wird.

Hypothese 3 besagt, dass ein Narrativ erfolgreich ist, wenn es *offen und mehrdeutig* angelegt ist. Gemeint ist sowohl die Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche Kontexte und sich verändernde Realitäten als auch die Möglichkeit unterschiedlicher Interpretationen, die eine Bezugnahme durch unterschiedliche Akteure mit ihren jeweils eigenen Standpunkten ermöglicht.

Die Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ erweisen sich als sehr flexibel, so dass sie auf unterschiedlichste Gegenstände, Anwendungsfelder und geographische Kontexte bezogen werden können. ‚Modernisierung‘ kann dabei Unterschiedliches bedeuten – von technischer Verbesserung von Produkten oder Produktionsprozessen über die Optimierung von Managementmethoden und Abläufen bis zu neuartigen Politikstilen.

Zum anderen lassen sich die Konsequenzen für konkrete Politikmaßnahmen unterschiedlich interpretieren. Verschiedene AutorInnen identifizieren ‚enge‘ oder ‚weite‘, ‚reflexive‘ oder ‚technokratische‘ Varianten (Christoff 1996, Hajer 1995, Memon et al. 2011, Toke 2001). Die reflexive Variante zeichnet sich dabei durch einen sehr umfassenden gesellschaftlichen Dialog und eine weitreichende Implementation des Prinzips des vorsorgenden Umweltschutzes aus, die zu umfassender gesellschaftlicher

Transformation führen kann, während die technokratische eher auf eine enge, auf wirtschaftliche und politische Eliten beschränkte Partizipation und eine Implementation inkrementeller technischer Innovationen beschränkt ist.

Schließlich lässt sich die zentrale Botschaft von der *win-win*-Situation je nach Zielgruppe verschieden lesen. Unternehmen und die ihnen nahestehenden politischen Akteure konnten lesen: „Umweltschutz schadet der Wirtschaft nicht“; umweltbewegte Akteure konnten verstehen: „Wirtschaftliches Wachstum schadet dem Umweltschutz nicht“. Diese Mehrdeutigkeit war geeignet, den potenziellen Konflikt zwischen Umweltbewegung und wirtschaftsnahen Kräften zu befrieden. In der ökologischen Modernisierung liegt das Versprechen, dass gesellschaftliche Konflikte und Verteilungskämpfe vermieden werden können und keine harten Einschnitte nötig sein werden. Radikalere Strömungen der Umweltbewegung, die zum Beispiel Wachstumskritik üben und damit Verlustängste wecken könnten, wurden so ausgegrenzt.

Bei aller Mehrdeutigkeit können erfolgreiche Narrative auch die Bildung von Gegenerzählungen stimulieren. Auch hier erwies sich ‚ökologische Modernisierung‘ als sehr wirksam; es wurden unter anderem Gegenerzählungen von Suffizienz (siehe unten) oder ökologischer Gerechtigkeit hervorgebracht.

Laut **Hypothese 4** ist ein Narrativ erfolgreich, wenn es Bezüge zu Phrasen, Ausdrücken und Wörtern herstellt, die seine Einbettung in *historische* Ereignisse und/oder *situative* Gegebenheiten aufzeigen. Es nimmt Bezug auf historische Diskurse (Interdiskursivität) oder auf aktuelle Gegebenheiten (beispielsweise Umweltkatastrophen), die ‚diskursive Möglichkeitsfenster‘ eröffnen.

Das ist bei Narrativen der ‚ökologischen Modernisierung‘ zumindest zum Teil der Fall. An sich bezieht sich die Idee der ‚Modernisierung‘ zwar auf einen relativ breiten geographischen, zeitlichen und inhaltlichen Raum, was ihr auch Offenheit und Mehrdeutigkeit verleiht. Jedoch findet zugleich eine sachliche Zuspitzung und historische Abgrenzung statt: Öko-moderne Politik wird in Abgrenzung gegenüber einer ‚traditionellen‘, als überholt angesehenen Umweltpolitik gesehen, die sich durch einen nachsorgenden und kompartmentalistischen Ansatz sowie durch staatliche Regulierung als zentrales Instrument auszeichnet (Hajer 1995). Diese Identifikation mit Moderne und Fortschritt macht es für politische Akteuren attraktiv, sich diese Narrative anzueignen, um sich selbst als fortschrittlich im Sinne des dominanten Diskurses zu inszenieren.

Hypothese 5 postuliert, dass ein Narrativ erfolgreich ist, wenn es Probleme *kommunizierbar* macht. Verschiedene Elemente können dazu beitragen. Konsistente und kohärente *plots* antworten auf die zentralen Fragen: wer, was, wie, wo, warum? Sie umfassen spezifische *Konfliktstrukturen*, die die Ursachen eines Problems erklären und verschiedenen Akteuren zentrale Rollen bezüglich dieses Problems zuschreiben (zum Beispiel Held, Anti-Held, Helfer usw.). Die Ursache der Entstehung eines Problems sollte dabei nicht auf individuelle Eigenverantwortung zurückgeführt werden, sondern auf einen externen kollektiven Akteur, so dass eine kollektive Skandalisierung und die Forderung nach kollektiver Problemlösung möglich werden. Ein weiteres erfolgversprechendes Element ist die Konstruktion *dramatischer Handlungs- und Zeitstrukturen*, die dynamische Abläufe darstellen und zum Beispiel kritische Zeitfenster für bestimmte Aktivitäten benennen.

Die oben dargestellte Kette an Narrativen zeichnet sich besonders durch einen schlüssigen, konsistenten und kohärenten *plot* aus. Als Problem wird der nachsorgende und komplementarisierende Umweltschutz benannt, der dazu führt, dass die Politik Umweltproblemen nur hinterherläuft. Dabei handelt es sich um ein kollektiv verursachtes und nur kollektiv zu lösendes Problem. Plausibel ist es, dass ein integrativer und produktionsintegrierter Ansatz das Problem lösen kann, und ebenso plausibel, dass Unternehmen und Wissenschaft wesentliche Akteure einer solchen Problemlösung sein müssen. Die Rolle des Staates als Rahmensetzer und der Umweltgruppen als Korrektiv leitet sich nachvollziehbar aus der Annahme ab, dass kurzfristige Interessen der Unternehmer einer längerfristigen Lösung

im Sinne des Gemeinwohls abträglich sein können und es daher eines Rahmens bedarf, der diese Interessen in Übereinstimmung bringt.

Dramatische Handlungs- und Zeitstrukturen spielen in dieser Narrativkette hingegen eine geringere Rolle.

Schließlich besagt **Hypothese 6**, dass ein Narrativ erfolgreich ist, wenn es in verständlicher Sprache erzählt wird, technisch-abstrakten Jargon vermeidet und damit gut an das *Alltagsverständnis* des Publikums anschließt. Da die komplexen ökologischen Zusammenhänge nur schwer zu vermitteln sind, und die wissenschaftlichen Kommunikationsmittel wie Modelle und Statistiken einem breiteren Publikum schwer begreiflich sind, sind eine eingängige, figurative Sprache wie die Verwendung von → Metaphern und rhetorischen Figuren besonders wichtig für die breitere Rezeption in der Öffentlichkeit.

Dies gelingt allerdings für die Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ nur begrenzt. Die Narrativkette wurzelt im wissenschaftlichen Diskurs und enthält eine Reihe von wissenschaftlichen Fachbegriffen und Fremdwörtern. Prägnant und griffig ist jedoch der tragende Begriff der ‚Modernisierung‘ selbst, der an ein positiv besetztes Alltagsverständnis von ‚modern‘ anknüpft. Zudem wurden im politischen Raum und in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen griffige Kurzformeln geprägt wie ‚*pollution prevention pays*‘, ‚qualitatives Wachstum‘ oder ‚ökologische Industriepolitik‘.

5.2.5 Fazit: Strategische Nutzbarkeit

Narrative der ‚ökologischen Modernisierung‘ eignen sich vergleichsweise gut für eine strategische Nutzung. Engagierte Wissenschaftler wie Martin Jänicke nutzten sie erfolgreich, um umweltpolitische Maßnahmen zu legitimieren und populär zu machen. Seine Grenzen findet dies allerdings dort, wo die Erzählung von den *win-win*-Lösungen nicht mehr glaubhaft vermittelt werden kann, wenn es etwa für Probleme wie Landschaftsverbrauch oder Biodiversitätsverlust keine umweltpolitische Lösung gibt, die wirtschaftlichen Nutzen verspricht, oder wenn technologische Strategien, wie bei den erneuerbaren Energien, an gesellschaftlichen (Nutzungs-)Konflikten scheitern – kurz, wenn die schiere Menge an Produktion und Konsum Umweltprobleme aufwirft. An diesen Stellen setzt ein Diskurs um Suffizienz an.

In Teilen dieses Suffizienzdiskurses wird versucht, Suffizienz als „Gutes Leben“ zu konzipieren und entsprechende Narrative entwickelt. Diese Teile betrachten wir im Folgenden.

5.3 Narrative des ‚Guten Lebens‘ als Suffizienz

Die hier zu betrachtenden Narrative sind in breitere Diskurse um das ‚Gute Leben‘ eingebettet. Diskurse um das ‚Gute Leben‘ reichen bis in die antike Philosophie zurück. Auch in der Gegenwart lässt sich eine Reihe von Diskurssträngen zu diesem Thema identifizieren, und es sind unterschiedliche Systematiken denkbar, um diese zu kategorisieren. In diesem Abschnitt wird erläutert, auf welchen dieser Diskurse der Fokus liegen soll. Dabei dient als Bezugspunkt die Analyse von Pissarskoi et al. (i.E.), die in dem UBA-Vorhaben „Herausforderungen und Gestaltungsansätze für Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken“ (FKZ 3714 11 100 0) verschiedene Diskurse zum ‚Guten Leben‘ analysiert und auf ihre Anschlussfähigkeit für Nachhaltigkeitspolitik hin untersucht haben.

Pissarskoi et al. identifizieren drei Diskursstränge, die sie mit ‚Beyond GDP‘, ‚Postwachstum‘ und ‚Glück‘ betiteln; darüber hinaus analysieren sie den Kanzleramtsdialog zum „Guten Leben in Deutschland“. Dabei verweisen sie zugleich darauf, dass diese Auswahl die Diskursvielfalt nicht vollständig ausschöpft.

Für die Frage einer Umweltpolitik im 21. Jahrhundert interessieren besonders jene Diskursstränge, die einen Bezug zwischen dem ‚Guten Leben‘ und ökologischer Nachhaltigkeit herstellen. Diese Verbindung erfolgt im Wesentlichen dadurch, dass materieller Konsum und wirtschaftliches Wachstum als (einzige oder wichtigste) Quelle eines guten Lebens in Frage gestellt werden. Es wird eine Lebens- und

Wirtschaftsweise empfohlen, die nicht, nicht hauptsächlich oder nicht ausschließlich auf die Maximierung des materiellen Wohlstandes abzielt, und stattdessen andere Aspekte des Wohlergehens wie Zeit, Naturbezug oder menschliche Beziehungen stärker berücksichtigt. Kurz, das Gute Leben wird als Suffizienz konzipiert. Dadurch – so die Hoffnung – werden zugleich natürliche Ressourcen und Senken geschont.

Unter den von Pissarskoi et al. beschriebenen Diskurssträngen findet sich diese Argumentationsfigur in den Diskursen 'Beyond GDP' und 'Postwachstum'. Der Diskurs um 'Glück' stellt nicht explizit eine Verbindung zur ökologischen Nachhaltigkeit her. → Argumente daraus werden allerdings von beiden anderen Diskursen aufgegriffen, er stellt damit eine Quelle dar, die diese speist. Hinzu kommen weitere Quellen, wie in Abbildung 2 dargestellt.

Die beiden Stränge 'Beyond GDP' und 'Postwachstum' unterscheiden sich vor allem darin, wie stark materieller Wohlstand relativiert bzw. in Frage gestellt wird. Bei 'Beyond GDP' werden andere Dimensionen des Wohlergehens eher additiv hinzugefügt und sollen mit materiellem Wohlstand und Wirtschaftswachstum abgewogen werden. Materieller Wohlstand ist nicht alles – aber er muss auch nicht zwingend beschränkt werden.

Bei 'Postwachstum' wird Wirtschaftswachstum generell in Frage gestellt und materieller Wohlstand stark relativiert. Der Diskurs stützt sich stark auf den Gedanken der Suffizienz – der (Selbst)beschränkung in Bezug auf Güterkonsum, -besitz und -produktion. Prägnant lässt ausgedrückt ist dieser Gedanke in dem Slogan „Gut leben statt viel haben“, wie von BUND und Misereor in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ formuliert (BUND & Misereor 1995). Diskurse und Narrative rund um diesen Gedanken sollen im Zentrum der hier vorgelegten Analyse stehen. Darüber hinaus beschränkt sich die Analyse auf Diskurse in Deutschland.

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Diskurslandschaft. In grün ist der Fokus der hier vorgelegten Analyse dargestellt. In hellblau sind weitere Diskurse gelistet, die die im Fokus stehenden mit → Argumenten und Ideen speisen. In dunkelblau sind Diskurse um das Gute Leben ohne explizite Bezugnahme auf Suffizienz aufgeführt. Unter dem 'Titel' des Diskurses sind jeweils Stichworte zu wesentlichen Inhalten (in Standardschrift) und Akteuren beziehungsweise Foren (kursiv) genannt.

Die von Pissarskoi et al. analysierten Diskurse sind schwarz umrahmt. Für die Zwecke dieses Projektes bietet es sich an, den von den Autoren als 'Postwachstumsdiskurs' bezeichneten und eher ausschnittsartig anhand von ikonischen Texten betrachteten Diskurskomplex stärker auszudifferenzieren und drei Teildiskurse zu unterscheiden. Dies wird im Folgenden inhaltlich näher erläutert.

5.3.1 Überblick über den Diskurs

Ensemble von Konzepten, Ideen und Kategorien

Es sind mehrere Diskursstränge erkennbar, die sich trotz Überschneidungen hinsichtlich ihrer Inhalte und normativen Bezüge erkennbar unterscheiden und von unterschiedlichen Akteuren getragen werden. Hierbei kann auch eine zeitliche Entwicklung ausgemacht werden.

Abbildung 2: Diskursstränge um das ‚Gute Leben‘



Grün: Diskurse, die hier im Fokus stehen. Schwarz umrandet: Bei Pissarskoi et al. (im Erscheinen) analysierte Diskurse.
Quelle: eigene Darstellung

Diskursstrang: Gut leben statt viel haben

Der Ursprung des Diskurses ‚Gut leben statt viel haben‘ liegt im Nachhaltigkeitsgedanken. Die Einführung des Konzeptes des ‚Guten Lebens‘ ist zurückzuführen auf kirchliche und umweltbewegte Akteure. Zentral ist hier der Gedanke der Selbstbeschränkung als Element zukunftsfähiger Entwicklung. Eine Vielfalt von Begriffen und Slogans versucht, die Idee auf den Punkt zu bringen: „Langsamer, weniger, besser, schöner“ (Glauber 2005); „Gut leben statt viel haben“ (BUND & Misereor 1995), „Von nichts zu viel“ (Linz et al. 2002), „Weniger ist mehr“ (Stiftung Bauhaus Dessau et al. 2001) oder das Karl Ludwig Schweisfurth zugeschriebene „Halb so viel, aber doppelt so gut“ (Zusammenstellung bei Grober 2004). Die Akteure waren bildungsbürgerlich geprägt; so verortet Grober (2004) die Ursprünge der Idee u.a. in der Weimarer Klassik. Der Auszug aus den Toblacher Thesen 1997 (zitiert bei Grober (2004)) verdeutlicht den Kern des Gedankens:

Der neue zivilisatorische Entwurf setzt auf eine neue Balance von materiellen und immateriellen Gütern, auf umfassende Lebensqualität statt auf einseitigen Güterwohlstand. Die Ökonomie des guten Lebens besteht aus einer naturverträglichen Kombination maßvollen Konsums und immaterieller Güter.

Diskursstrang: Postwachstumsgesellschaft

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND & Misereor 1995) setzt einen wichtigen Markstein und leitet zugleich eine inhaltliche Wende ein: Das Konzept des ‚Umweltraumes‘ und die verschiedenen in der Studie entwickelten Visionen machten klarer, dass ein naturverträgliches, ‚gutes Leben‘ nicht nur individuell, freiwillig und als kulturelles Phänomen gedacht werden kann. Auf der einen Seite gibt es gesellschaftspolitische Begründungen dafür – etwa die Gerechtigkeitsdimension der nachhaltigen Entwicklung. Auf der anderen Seite ist individueller Konsumverzicht in einer auf Wachstum angelegten Wirtschaftsform kaum realisierbar. Soll das gute Leben für alle möglich werden, ist eine Gesellschaft nötig, die auf materielles Wirtschaftswachstum nicht angewiesen ist und nicht darauf hindrängt.

Die Themen Postwachstum und sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft wurden auf die Tagesordnung gesetzt. Auch der Politik wurde eine klarere Rolle zugewiesen und eine ‚Suffizienzpolitik‘ gefordert (Schneidewind & Zahrnt 2013). Wichtige Akteure dieses Diskursstranges sind Lehrende an Universitäten, wie zum Beispiel Niko Paech („Befreiung vom Überfluss“, Paech 2013), Harald Welzer („Selbst denken“, Welzer 2014), Stiftungen, wie die Schweisfurth-Stiftung, die Stiftung Bauhaus Dessau sowie die Heinrich-Böll-, Friedrich-Ebert- und Hans-Böckler-Stiftung, Nichtregierungsorganisationen, wie Misereor oder der BUND (vergleiche „Postwachstumsgesellschaft“, Seidl & Zahrnt 2010), und Forschungsinstitute, wie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Manfred Linz, Wolfgang Sachs).

Der Diskurs erhielt eine Reihe von Impulsen aus verschiedenen Richtungen. So wurden im Rahmen der *Glücksforschung* in empirischen Untersuchungen zu generalisierter Lebenszufriedenheit sowie Glücksempfinden Faktoren identifiziert, die das Glück beeinflussen. Dabei wurde die Rolle materiellen Wohlstandes reduziert (Überblick bei Bok 2010 und Pissarskoi et al. 2016). Die *feministischen* Arbeiten zu Vorsorgendem Wirtschaften und Care-Ökonomie zeigten, dass die (derzeit vergeschlechtlichte) unbezahlte Für- und Vorsorgearbeit eine wesentliche, gegenüber der Erwerbsarbeit oft vernachlässigte Komponente der gesamten Ökonomie ausmacht. Darauf aufbauend empfahlen die ProponentInnen die Prinzipien ‚Vorsorge statt Nachsorgen‘, ‚Kooperation statt Konkurrenz‘ und ‚Orientierung am ‚für das gute Leben Notwendigen‘ statt an Profit und Wachstumsraten‘ (Biesecker 2010, Biesecker & Winterfeldt 2014, Gottschlich 2012, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2014). Mit Hilfe des „Fähigkeitenansatzes“ von Martha Nussbaum und Amartya Sen wurde versucht, dieses Notwendige zu bestimmen (Nussbaum 1999, Sen 1985). Schließlich stellen Forschungen zur *Zeitpolitik* in zweierlei Hinsicht einen Bezug zum guten Leben her. Zum einen wird angenommen, dass weniger Zeit für Erwerbsarbeit zu weniger Einkommen und daher weniger güterintensiven Lebensstilen führt, und zweitens wird Zeitwohlstand bzw. die Abwesenheit von (empfundener) Zeitnot als Element von Wohlbefinden bzw. Glück verstanden (Grißhammer et al. 2007, Reisch & Bietz 2016, Rosa 2005, Rosa et al. 2014).

In einer zugespitzten Variante dieses Diskurses fallen Nachhaltigkeit und ein gutes Leben ineinander, wie in dem folgenden Zitat von Beate Littig ausgedrückt. Zielkonflikte kommen hier nicht mehr vor:

Gutes Leben für alle ist zunächst einmal eine normative Forderung. Sie geht davon aus, dass wir erstens in einer ökologisch begrenzten Welt leben. Und zweitens, dass es gilt, soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, damit alle Menschen ein gutes Leben führen können. Dabei geht es um die gerechte Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen. Das sind gleichsam die beiden Leitplanken, an denen sich ein gutes Leben orientieren muss.³

Diskursstrang: Ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte

Gleichzeitig verzweigte sich der Diskurs in eine inhaltlich radikalere und personell von jüngeren, weniger etablierten Gruppen getragene Variante. Organisatorisch kann dieser Diskursstrang im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung um das Netzwerk *attac* und die entstehende *Degrowth*-Bewegung verortet werden. Über Akteure und Institutionen wie die Heinrich-Böll-, Hans-Böckler- und Friedrich-Ebert-Stiftung, Universitäten und kirchliche Entwicklungsorganisationen aber auch Blogs bleibt eine Verbindung mit dem traditionelleren Postwachstumsdiskurs bestehen. Inhaltlich werden jedoch die Aspekte der (globalen, ökologischen) Gerechtigkeit und sozialen Rechte stärker aufgegriffen und treten gegenüber der Betonung ökologischer Grenzen und (materieller) Selbstbeschränkung in den Vordergrund. Der Diskurs ist charakterisiert durch eine explizite Kritik von Kapitalismus, Herrschaft

³ Grüne Bildungswerkstatt: Interview mit Beate Littig: „Das Fazit zum Gutes Leben für alle-Kongress“. <http://www.gb.w.at/oesterreich/artikelansicht/beitrag/das-fazit-zum-gutes-leben-fuer-alle-kongress/>

und „Ökonomisierung“, eine Betonung von Basisbewegungen und direkter Aktion sowie eine stark internationalistische Ausrichtung. Ein Fokus liegt auf der Ausbeutung des „Globalen Südens“. Soziale Bewegungen aus diesen Ländern werden als wichtige Akteure verstanden. Eine Inspiration bildet beispielsweise das lateinamerikanische Konzept des „buen vivir“. Dieses auch in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens aufgegriffene Konzept ist eine ursprünglich im Kontext der Indigenenbewegung in der Andenregion geprägte Idee, die als Gegenentwurf zum westlichen, markt- und kapitalismusbezogenen Entwicklungsbegriff fungiert (Vergleiche für verschiedene Darstellungen von Buen Vivir, seiner Entwicklung und Verwendung Altmann 2013, Barloewen et al. 2013, Cortez & Wagner 2010, Magenau 2015, Weck & Landin 2014, Pissarskoi et al. (im Erscheinen)).

Ein Zitat der *attac*-Vorbereitungsgruppe zum Kongress „Jenseits des Wachstums“ 2011 illustriert die systemkritische Erweiterung des Postwachstumsdiskurses:

„Unsere Vorstellungen von Alternativen zielen nicht darauf ab, die Ökonomien innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen, wie neoliberale und neofeudalistische Spielarten der Wachstumskritik dies befürworten. Statt dessen geht es uns darum, konkrete soziale Rechte für alle Menschen zu verwirklichen – heute und in Zukunft, hier und überall. Nur durch eine Abkehr vom Wachstumswahn im globalen Norden kann globale ökologische Gerechtigkeit möglich werden. (...) Alternative Formen des solidarischen Zusammenlebens und gemeinsamen Wirtschaftens gilt es zu fördern, die darauf abzielen, mehr und mehr Lebensbereiche dem Wachstumszwang zu entziehen und die Menschen dazu ermächtigen, ein gutes Leben möglichst jenseits der Kapitalverwertungszwänge zu führen (...) woraus sich bereits sehr konkrete Perspektiven für eine Postwachstumsökonomie und ein gutes Leben für alle ergeben.“⁴

Benennbares Set von Praktiken

Die sozialen Praktiken, mit denen die verschiedenen Diskursvarianten hervorgebracht werden, lassen sich deutlich unterscheiden. Dies wiederum ist wichtig für deren unterschiedliche Anschlussfähigkeit.

Eine zentrale und initiiierende Praxis für den Diskursstrang „Gut leben statt viel haben“ waren die „Toblacher Gespräche“ 1985-1999 über kulturelle Dimensionen der Nachhaltigkeit. In dieser Veranstaltungsreihe, zu denen ausgewählte Sprecher und Sprecherinnen eingeladen waren, wurden Thesen zur ökologischen Transformation von Tourismus, Mobilität, Landwirtschaft, Energie, Regionalentwicklung, Arbeit usw. erörtert, die von Beginn an auch den Gedanken der Suffizienz beinhalteten.

Mit der Herausgabe der viel rezipierten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ erreichte der Diskurs ein breiteres Publikum; sie markiert zugleich den Übergang zum Postwachstumsdiskurs. Wichtige Kanäle für die Pflege des Postwachstumsdiskurses sind Publikationen (Blätter für deutsche und internationale Politik 2015, Paech 2013, Rudolph 2007, Schneidewind & Zahrnt 2013, Seidl & Zahrnt 2010), eine Vielzahl von Tagungen, Forschung und Lehre, Auftritte auf Veranstaltungen und in Medien sowie Blogs (degrowth.de, postwachstum.de). Außerdem formieren sich Netzwerke wie das Netzwerk Wachstumswende (wachstumswende.de) oder das Konzeptwerk Neue Ökonomie (www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org). Wissenschaftliche Studien erkunden, wie eine Wirtschaft ohne oder mit reduziertem Wachstum konkret funktionieren kann (Gebauer & Sagebiel 2015)

Der Diskurs um ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte artikuliert sich u.a. auch auf den Blogs und Tagungen des Postwachstumsdiskurses. Wichtige Kanäle sind außerdem vor allem nationale und

⁴ Auszüge aus dem Appell: „Abschied vom Wachstumszwang – Aufbruch zum guten Leben? Erklärung und Appell der Attac-Vorbereitungsgruppe zum Kongress „Jenseits des Wachstums. Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.“ am 20.-22. Mai 2011 an der TU Berlin.“ <http://www.attac.de/index.php?id=8263>

internationale Großveranstaltungen mit stark mobilisierendem Charakter, wie etwa die seit 2008 zweijährlich stattfindenden *Degrowth*-Konferenzen, der attac Kongress 2011 „Jenseits des Wachstums. Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben“, der Kongress „Gutes Leben für alle“ im Februar 2015 an der Wirtschaftsuniversität Wien, Sommeruniversitäten verschiedener Veranstalter oder das Weltsozialforum.

Strukturierung des Denk-, Sag- und Machbaren

Die Proponenten eines Diskurses des „Guten Lebens“ als Suffizienz sind von der Hoffnung getragen, die bisherigen Grenzen des Denk-, Sag- und Machbaren zu verschieben. Statt der bloßen Betonung ökologischer Grenzen und der Beschwörung katastrophischer Szenarien wie im Diskurs über die „Grenzen des Wachstums“ wurde ein Konnex zwischen Selbstbeschränkung und Lebensqualität hergestellt: „Wir müssen dabei vorweg erkennen, dass ein Gewinn an Lebensqualität ohne teilweises Verzicht nicht möglich ist.“⁵ Der angenommene Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie sollte nicht wie bei der ökologischen Modernisierung durch Vertrauen in umweltschonende Technologien aufgehoben werden, sondern durch eine Neudefinition von Wohlergehen und Wohlstand. Individuelle Selbstbegrenzung und eine nicht-wachstumsorientierte Politik sollten damit denk- und machbar werden. Inwieweit dies gelungen ist, wird im Folgenden erörtert.

5.3.2 Narrative im Diskurs des „Guten Lebens“ als Suffizienz

Im Rahmen der unterschiedlichen Diskursstränge lassen sich leicht unterschiedliche Narrative identifizieren, die sich idealtypisch wie folgt formulieren lassen:

Narrativ im Rahmen des Diskursstrangs „Gut leben statt viel haben“

Die ökologische Tragfähigkeit des Planeten ist begrenzt. Deshalb muss der Güterverbrauch sinken. Grundlegende menschliche Bedürfnisse lassen sich anders und sogar besser befriedigen als durch materiellen Konsum. Das schont nicht nur die Ressourcen, sondern verbessert letztlich auch das individuelle Leben: An die Stelle von materiellem Besitz mit seinen Begleiterscheinungen wie Arbeits- und Freizeitstress, Konkurrenz und Neid treten Zeitwohlstand, Beziehungen zu Menschen und Natur, Kreativität und Selbstbestimmung. Dies lässt sich prägnant mit Hilfe verschiedener Kurzformeln formulieren „Gut leben statt viel haben“, „Langsamer, weniger, besser, schöner“, „Halb so viel, aber doppelt so gut“, „Von nichts zu viel“ oder „Weniger ist mehr“. Jeder einzelne kann durch bewusstes Leben etwas dazu beitragen.

Narrativ im Rahmen des Diskursstrangs „Postwachstumsgesellschaft“

Um ein gutes Leben jenseits von der Maximierung materiellen Besitzes für alle Menschen möglich zu machen, muss sich die Gesellschaft grundlegend wandeln. Die Wachstumszwänge des derzeitigen Wirtschaftssystems verunmöglichen die angestrebte Form von gutem Leben. Sie bewirken auf ökonomischer Ebene eine Konkurrenzdynamik zwischen Unternehmen, die die Ausbeutung natürlicher Ressourcen anheizt, und fördern auf kultureller Ebene eine starke Konsumorientierung. Es gilt deshalb, das wirtschaftliche Überleben von Unternehmen, die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme sowie vom Wachstum des Bruttosozialproduktes unabhängig zu machen und zugleich einen kulturellen Wandel einzuleiten. Dies wird nicht von selbst geschehen. Notwendig ist eine umfassende sozial-ökologische

⁵ Toblacher Thesen 1989, „Die ökologische Wende – Für eine Zukunft mit Zukunft“, http://www.die-bonn.de/clear/thes89_d.htm

Transformation der Gesellschaft, an der verschiedene Akteure beteiligt sind, einschließlich politischer EntscheidungsträgerInnen, die Suffizienz- und Postwachstums-Politiken etablieren müssen.

Narrativ im Rahmen des Diskursstranges „Ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte“

Die im Narrativ zur Postwachstumsgesellschaft beschriebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind kein Zufall und nicht beliebig politisch steuerbar, sondern zwangsweises Ergebnis kapitalistischer Dynamiken. Im „globalen Norden“ herrscht ein ressourcenintensiver Kapitalismus, der sich nur durch Ausbeutung der Natur und der Länder des Südens und durch ständiges Wachstum und Expansion in neue Märkte halten kann. Um dieses Muster aufrechtzuerhalten, wird die neoliberale Marktlogik auf immer mehr Lebensbereiche und Weltregionen ausgedehnt. Im Widerstand dagegen müssen soziale Bewegungen in Norden und Süden solidarisch für ökologische Gerechtigkeit (ihren fairen Anteil am Umweltraum) und für soziale Rechte (Mitbestimmung und Teilhabe) kämpfen. Ein gutes Leben bedeutet: solidarische Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens finden, die unabhängig vom Wachstums- und Kapitalverwertungszwang sind, wie zum Beispiel in Genossenschaften und lokalen Gemeinschaften.

5.3.3 Erfolg der Narrative

Alle drei Narrative konnten sich jeweils in abgegrenzten Milieus in beschränktem Umfang etablieren. Institutionen wie die Postwachstums-Blogs und Veranstaltungsreihen, wie die *Degrowth*-Kongresse, zeugen von einer Stabilisierung dieser Narrative, auch wenn auf diesen Plattformen nicht ausschließlich das gute Leben, sondern verschiedenste Aspekte von Postwachstum bzw. Wachstumsrücknahme verhandelt werden.

Dabei reichen die Narrative im Rahmen der Diskurse „Gut leben statt viel haben“ und „Postwachstumsgesellschaft“ in eine etwas breitere Öffentlichkeit als das Narrativ im Rahmen des Diskurses um ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte.

An dem Narrativ im Rahmen des Diskurses „Gut leben statt viel haben“ erscheint insbesondere die persönliche Erfahrung eines guten Lebens jenseits von Konsum attraktiv. So erschien in den letzten Jahren eine Reihe von Büchern, in denen Selbstversuche mit dem Verzicht auf bestimmte Güter, und deren Effekte auf Glück und Lebenszufriedenheit beschrieben werden. Sie tragen Titel wie „No shopping“, „Konsumdiät“ oder „Besser leben ohne Plastik“, und einige von ihnen haben es auf Bestsellerlisten geschafft.

Begrenzt erfolgreich sind auch Versuche, das Narrativ der Postwachstumsgesellschaft in eine Öffentlichkeit außerhalb der Kernmilieus zu tragen. Akteure wie Niko Paech (Paech 2013) oder Harald Welzer (www.futurzwei.org) betreiben eine aktive Medienarbeit. Der BUND hat ein Vernetzungsprojekt zur Suffizienzpolitik in Kommunen durchgeführt (www.bund.net/stadtlandglueck) und entwickelt zurzeit einen strategischen Schwerpunkt „Suffizienzpolitik“. Auch politische Akteure greifen die Themen vereinzelt auf. So fördert das BMUB im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative Suffizienzkonzepte in Kommunen, die einen „Masterplan Klimaschutz“ erstellen.

Allerdings sind diese Narrative noch nicht in dominanten, meinungsprägenden Öffentlichkeiten angekommen. Von politischen Entscheidungsträgern in herausgehobenen Positionen wird keines dieser Narrative offensiv vertreten. Den Ursachen soll im folgenden Abschnitt auf den Grund gegangen werden. Hilfreich ist dabei der Vergleich mit einem benachbarten Diskurs, der ebenfalls die Frage der Lebensqualität oder des „Guten Lebens“ thematisiert und die Rolle wirtschaftlichen Wohlstandes relativiert, aber nicht ausdrücklich suffizienzbezogen ist: dem Diskurs „Beyond GDP“ (vergleiche Abschnitt 5.3.1 und Abbildung 2). Auch ohne die Verwendung expliziter Narrative hat dieser Diskurs eine deutlich höhere Prominenz gewonnen: Mit der Einsetzung der Enquête-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ und dem Aufgreifen von Inhalten im Bürgerdialog des Kanzleramtes war er pro-

minent bei politischen Entscheidungsträgern vertreten. Ein Blick auf die Hypothesen zu Erfolgsfaktoren soll verdeutlichen, warum die hier betrachteten Narrative im Vergleich dazu weniger diskursiv wirksam waren.

5.3.4 Erfolgsfaktoren

Wie beim Diskurs zur ökologischen Modernisierung werden auch hier wieder die Narrative zum Gute Leben entlang der in Kapitel 4 vorgestellten Hypothesen bewertet.

Hypothese 1 zielt auf die *Akteure* ab, die in der Öffentlichkeit als legitim und glaubwürdig anerkannt sind, sowie auf deren Ressourcen und Artikulationsfähigkeit. Die Narrative unterscheiden sich in Bezug auf die zentralen Diskursträger sowohl untereinander als auch gegenüber den Diskursträgern von „Beyond GdP“.

Die Diskursträger, die sich für ökologische Gerechtigkeit und soziale Rechte stark machen, sind zu meist jüngere, eher unbekannte Personen aus dem Umfeld sozialer Bewegungen. Sie treten unkonventionell auf und vertreten häufig, zumindest rhetorisch, dezidiert system- und kapitalismuskritische Inhalte. Da sie sich damit bewusst außerhalb des gesellschaftlichen Grundkonsenses stellen, genießen sie nur in speziellen, abgegrenzten Milieus Vertrauen und gelten dort sogar als besonders glaubwürdig. In einer breiten Öffentlichkeit erwecken sie eher Misstrauen. Des Weiteren sind sie (noch) nicht in gesellschaftliche Eliten hinein vernetzt.

Die Akteure, welche Narrative mit den Themen „Gut leben statt viel haben“ und „Postwachstumsgesellschaft“ verbreiten, sind überwiegend etablierte Personen des öffentlichen Lebens. Sie entstammen dem Wissenschaftsbetrieb, politischen Stiftungen, Kirchen, NGOs und Bildungseinrichtungen; auch immer mehr Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftsvertreterinnen zählen hinzu. Sie zeichnen sich somit durch ein hohes kulturelles Kapital in Form von Wissen und Bildung und soziales Kapital in Form von Netzwerken aus. Zudem sind sie aufgrund des Renommées der Wissenschaft als Institution und aufgrund der Annahme, dass die Organisationen, denen sie entstammen, kein eigennütziges Interesse verfolgen, in der Öffentlichkeit glaubwürdig. Wenn gar Wirtschaftsakteure als Diskursträger auftreten, wirken sie besonders glaubwürdig, da sie offenbar ihren vordergründigen Partikularinteressen widersprechen. Zudem handelt es sich bei allen diesen Akteuren um erfahrene Medienakteure.

Dasselbe gilt allerdings für den Diskurs „Beyond GdP“ noch in weit höherem Maße. Mit der hochrangigen Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission gehören zwei Nobelpreisträger zu den Diskursträgern; der Diskurs ist zudem in eine etablierte wissenschaftliche Community eingebettet, die zur Wohlstandsmessung arbeitet. Dies verlieh den Aussagen eine hohe Glaubwürdigkeit.

Hypothese 2 betont die *Anschlussfähigkeit* von Narrativen an dominante Diskurse. Diese ist bei der „Ökologischen Gerechtigkeit“ gering, da sie sich auf (post-)marxistische und feministische Diskurse stützt, die in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig sind.

Dagegen findet sich beim Narrativ zum Thema „Gut leben statt viel haben“ eine Anschlussfähigkeit an Diskurse und Narrative, die auf das individuelle Wohlergehen durch Vereinfachung des Lebens fokussieren wie Achtsamkeit, Entrümpelung, „Simplify your life“ oder „Minimalismus“. Dabei handelt es sich zwar noch nicht um dominante Diskurse, aber um einen relevanten kulturellen Trend, der mittlerweile sogar in der Werbung aufgegriffen wird: www.einfach-ist-mehr.de/sued/einfach.

Das Narrative, das sich mit der Postwachstumsgesellschaft beschäftigt, kann an etablierte Diskurse zu nachhaltiger Entwicklung anschließen. Diese Diskurse drehen sich schon fast dreißig Jahren um das Ziel, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung ins Gleichgewicht zu bringen bzw. die ökonomische und soziale Entwicklung an die ökologische Tragfähigkeit anzupassen. Ebenso passt das Narrativ zu den im Wissenschaftsbetrieb beginnenden Debatten um sozial-ökologische Transformation, wie sie sich etwa im Forschungsprogramm „Sozial-Ökologische Forschung“ des BMBF manifestieren.

Auch hier ist aber der Vergleich zum Diskurs „Beyond GDP“ instruktiv. Dieser Diskurs fügt sich in den weitaus dominanteren Diskurs um Wohlstand und Wachstum ein. Die Idee des Wohlstands wird aufgegriffen und teilweise inhaltlich anders gefüllt; die Idee des Wachstums wird nicht verworfen, aber in einen Kontext gestellt. Dies geschieht auf eine höchst plausible Art, da die in den Indikatorensätzen vorgeschlagenen Aspekte von Lebensqualität (wie Gesundheit, Sicherheit oder intakte (Nah-)Umwelt) einen starken Bezug zur Alltagserfahrung haben.

Hypothese 3 bezieht sich auf die *Offenheit und Mehrdeutigkeit* von Narrativen – einerseits im Sinn von Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an verschiedene Kontexte, andererseits im Sinne von Interpretierbarkeit durch verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen.

Diese Offenheit und Mehrdeutigkeit trifft in hohem Maße auf den Begriff des „Guten Lebens“ insgesamt zu. Er kann von unterschiedlichen Akteuren fast nach Belieben gefüllt werden. Die drei skizzierten Narrative und der Vergleichsdiskurs „Beyond GDP“ zeigen, dass die Begriffsverwendung allein schon im Zusammenhang ökologischer Nachhaltigkeit ein breites Bedeutungsspektrum abdeckt. Zudem wird der Begriff auch ohne ökologische Konnotationen verwendet. Beispielsweise verknüpfen ihn die Gewerkschaften mit „guter Arbeit“ und füllen die Doppelformel „gutes Leben – gute Arbeit“ mit Themen der Arbeitsplatzsicherheit, sicherer Rente, Begrenzung der Arbeitszeiten und auskömmlichem Lohn.⁶ Der gleiche Slogan wird auf der anderen Seite des politischen Spektrums von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ verwendet, um u.a. Kaufkraft und Beschäftigungsgrad hervorzuheben und Arbeitszeitverkürzung oder staatliche Eingriffe in den Markt zu kritisieren (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2015). Ulrich Brand weist auf dem Kongress „Gutes Leben für alle“ darauf hin, dass die Orientierung an ökologischer Nachhaltigkeit oder gar Gerechtigkeit nicht zwingend ist und macht den mehrdeutigen und umstrittenen Charakter des Begriffes klar:

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass um Begriffe und Vorstellungen von gutem Leben gerungen wird. Gutes Leben heißt heute für viele als realen Alltag oder als Wunsch: Auto, Fliegen, Fleischkonsum und High-Tech im Alltag. Das wird ja gesellschaftlich mächtig erzeugt über Werbung, wohinter Profitinteressen stehen.⁷

Dies spricht insgesamt für gute Erfolgschancen von Narrativen, die sich das „gute Leben“ zu Eigen machen. Dabei liegen jedoch bestimmte Deutungsvarianten näher als andere. Im Alltagsverständnis ist eine Verknüpfung von gutem Leben mit Freiheit, Gesundheit, Bildung oder Beschäftigung (wie im Indikatorensatz der Enquête-Kommission) naheliegender als eine Verbindung zu materieller Einschränkung, Respektierung ökologischer Grenzen oder solidarischer, nicht-kapitalistischer Ökonomie. Das legt nahe, dass der Diskurs „Beyond GDP“ (der ökologische Kriterien zwar einschließt, aber eher additiv behandelt und das Thema Selbstbeschränkung ausklammert) am anschlussfähigsten für die gängigen Deutungsvarianten „guten Lebens“ ist. Zudem ermöglicht es mit seinen zehn Indikatoren besonders viele mögliche Deutungen.

Bei den hier betrachteten Narrativen erfolgt hingegen eine Bedeutungsverschiebung, Erweiterung und teilweise Umdeutung des durch die dominanten Diskurse beeinflussten Alltagsverständnisses von „gutem Leben“. Der Begriff ist nicht mehrdeutig genug, um diese Verschiebungen gleichermaßen plausibel

⁶ Etwa auf dem Gewerkschaftstag 2015 der IG Metall (<http://www.dgb.de/themen/++co++b0c2ad6c-7642-11e5-b0c5-52540023ef1a>) oder dem Kongress „Gutes Leben für alle“ an der WU Wien (<http://www.guteslebenfuer-alle.org/index.php?id=109>)

⁷ „Das Fazit vom Gutes Leben für alle-Kongress“. Interview mit Ulrich Brand und Beate Littig. <http://www.gutes-lebenfueralle.org/index.php?id=115>

zu machen. Am stärksten ist die Abweichung bei dem Narrativ zur ökologischen Gerechtigkeit ausgeprägt, während sich beim Narrativ im Rahmen des Diskurses „Gut leben statt viel haben“ noch die deutlichsten Bezüge zum dominanten Verständnis ausmachen lassen.

Hypothese 4 verweist auf *historische und situative Bezüge*. Die Narrative des guten Lebens im Rahmen der Diskurse „Gut leben statt viel haben“ und „Postwachstumsgesellschaft“ nehmen auf eine interessante Weise Bezug auf Geschichtlichkeit: Sie verweisen nicht auf konkrete Ereignisse, sondern referieren eher auf das Zeitlose und Überindividuelle; es wird auf Traditionen und teilweise auf vormoderne Erfahrungen, Werte und Gesellschaftsformen verwiesen. Damit dürfte eine bestimmte, wertkonservative Zielgruppe erreicht werden. Das Narrativ im Rahmen der ökologischen Gerechtigkeit sowie der Diskurs „Beyond GDP“ haben hingegen einen starken Gegenwartsbezug, wenn auch auf unterschiedliche Aspekte und an ein unterschiedliches Publikum gerichtet. Es lässt sich nicht klar ausmachen, welcher Ansatz erfolversprechender ist.

Hypothese 5 hebt die *Kommunizierbarkeit* von Problemen durch Narrative hervor, u.a. durch einen schlüssigen *plot*, die Benennung von Helden und Antihelden sowie die Verknüpfung von Problemdefinitionen mit Lösungsvorschlägen. Eine Verknüpfung von Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen liefern alle drei Narrative: der materielle Konsum und in unterschiedlichem Maß auch die ihn treibenden kapitalistischen Dynamiken werden als Problemverursacher identifiziert, die Selbstbeschränkung, in unterschiedlichem Maß unterstützt durch politischen und gesellschaftlichen Umbau, als Lösungsweg. Das Narrativ im Rahmen des Diskurses „Gut leben statt viel haben“ verweist stärker auf das Individuum als Problemlöser, die anderen Narrative heben stärker die Rolle politischer und wirtschaftlicher Akteure sowie unpersönlicher gesellschaftlicher Strukturen und Dynamiken sowohl als Verursacher als auch als mögliche Problemlöser hervor. Der Diskurs „Beyond GDP“ verzichtet hingegen vollständig auf die Benennung von Akteuren; und Problem und Lösung beziehen sich nicht direkt auf die Gestaltung von Gesellschaft, sondern erst einmal nur auf die Bewertung von Zuständen als Mittel zu solcher Gestaltung. Daher kann auch nicht von einem eigentlichen Narrativ gesprochen werden. Dass der Diskurs dennoch so erfolgreich war, legt nahe, dass die erzählerische Struktur in diesem Fall eine deutlich geringere Rolle gespielt hat als die Anknüpfungsfähigkeit an dominante Diskurse und die Prominenz der Akteure.

Hypothese 6 verweist auf *verständliche Sprache*, die Anknüpfung an das Alltagsverständnis des Publikums und die Verwendung von → Metaphern und griffigen Slogans. Untersucht man die drei Narrative in dieser Hinsicht, so fällt schnell auf, dass das Narrativ im Rahmen des Diskurses um „Ökologische Gerechtigkeit“ mit einer Reihe wenig geläufiger und alltagsferner Begriffe und Theorieelemente arbeitet. Das Narrativ im Rahmen des „Postwachstums“-Diskurses hat eine gewisse Komplexität, da unterschiedliche Themen zu einer Argumentationskette verknüpft werden (Beschränkung als ökologische Notwendigkeit; Beschränkung als individueller Gewinn und gutes Leben; Notwendigkeit gesellschaftlicher Transformation). Das Narrativ im Rahmen des „Gut leben statt viel haben“-Diskurses ist das einfachste und schlüssigste der drei, und die populären Kurzformeln bringen es gut auf den Punkt. Das erklärt auch die weiteste Verbreitung in der populären Literatur.

Ebenso verwendet der Diskurs „Beyond GDP“ mit den formulierten Indikatoren einfache und nachvollziehbare Konzepte, was mit zu seiner Wirksamkeit beigetragen hat.

Zusammengefasst unterscheiden sich die drei Narrative voneinander sowie vom Diskurs „Beyond GDP“ besonders hinsichtlich der Akteure, der Anschlussfähigkeit an dominante Diskurse, der Mehrdeutigkeit und der Verständlichkeit. Diese Faktoren können hauptsächlich zur Erklärung ihres unterschiedlichen Erfolges herangezogen werden.

5.3.5 Fazit: Strategische Nutzbarkeit

Diskurse um das „Gute Lebens“ und die damit verbundenen Narrative sind ein gutes Beispiel dafür, wie politische Akteure narrative Elemente gezielt strategisch zu nutzen versuchen: Akteure aus dem

Umfeld der Umweltbewegung wählten den Begriff des Guten Lebens, um eine für notwendig gehaltene Begrenzung des Güterkonsums positiv zu besetzen und negativen Assoziationen von Verzicht und Verbot etwas entgegenzusetzen. Das ist jedoch nur begrenzt gelungen. Anschlussfähiger als diese neuen Narrative war eine Deutung im Diskurs ‚Beyond GDP‘, die dem Alltagsverständnis näher ist, an dominante Diskurse anknüpft, die Mehrdeutigkeit nicht überstrapaziert und von sehr etablierten Akteuren getragen ist und ist: ‚Gutes Leben‘ umfasst materiellen Wohlstand, erschöpft sich aber nicht darin. Es beinhaltet auch andere Komponenten wie Gesundheit, Bildung und eine intakte Nah-Umwelt.

Die in den Narrativen versuchsweise etablierten Bedeutungsvarianten der Selbstbeschränkung sowie der solidarischen Ökonomie sowie jene der Durchsetzung sozialer Rechte treten demgegenüber in den Hintergrund.

‚Gutes Leben‘ erweist sich für die Umweltbewegung also als zweischneidiges Schwert: Einerseits ermöglicht es eine breite Anschlussfähigkeit, andererseits provoziert es durch seine starke Mehrdeutigkeit ein ständiges Ringen um die genauen Inhalte – dessen Ausgang von der Diskursmacht der Akteure und damit letztlich ihren personellen, finanziellen, Kompetenz- und Legitimitätsressourcen abhängt. Dabei sind die mit den etablierten Diskursen eng verknüpften Bedeutungsvarianten tendenziell wirkmächtiger und eine Umdeutung erfordert eine hohe Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Vernetzung der Akteure.

5.4 Fazit

In Bezug auf die Leitfrage „Was kennzeichnet ein umweltpolitisch vielversprechendes → Narrativ?“ kann aus den Beispielen gefolgert werden, dass insbesondere die Anschlussfähigkeit an dominante Diskurse sowie in zweiter Linie die Glaubhaftigkeit, Ressourcen und Kompetenzen der Akteure für diskursiven Erfolg verantwortlich sind. Sprachliche Aspekte wie *plot*, rhetorische Figuren und Verständlichkeit treten dem gegenüber in den Hintergrund. Sicher sind sie notwendige Bedingungen, damit ein Narrativ überhaupt in der Öffentlichkeit etabliert werden und → Resonanz finden kann. Sie erklären jedoch nicht die großen Unterschiede im Erfolg der verschiedenen Narrative.

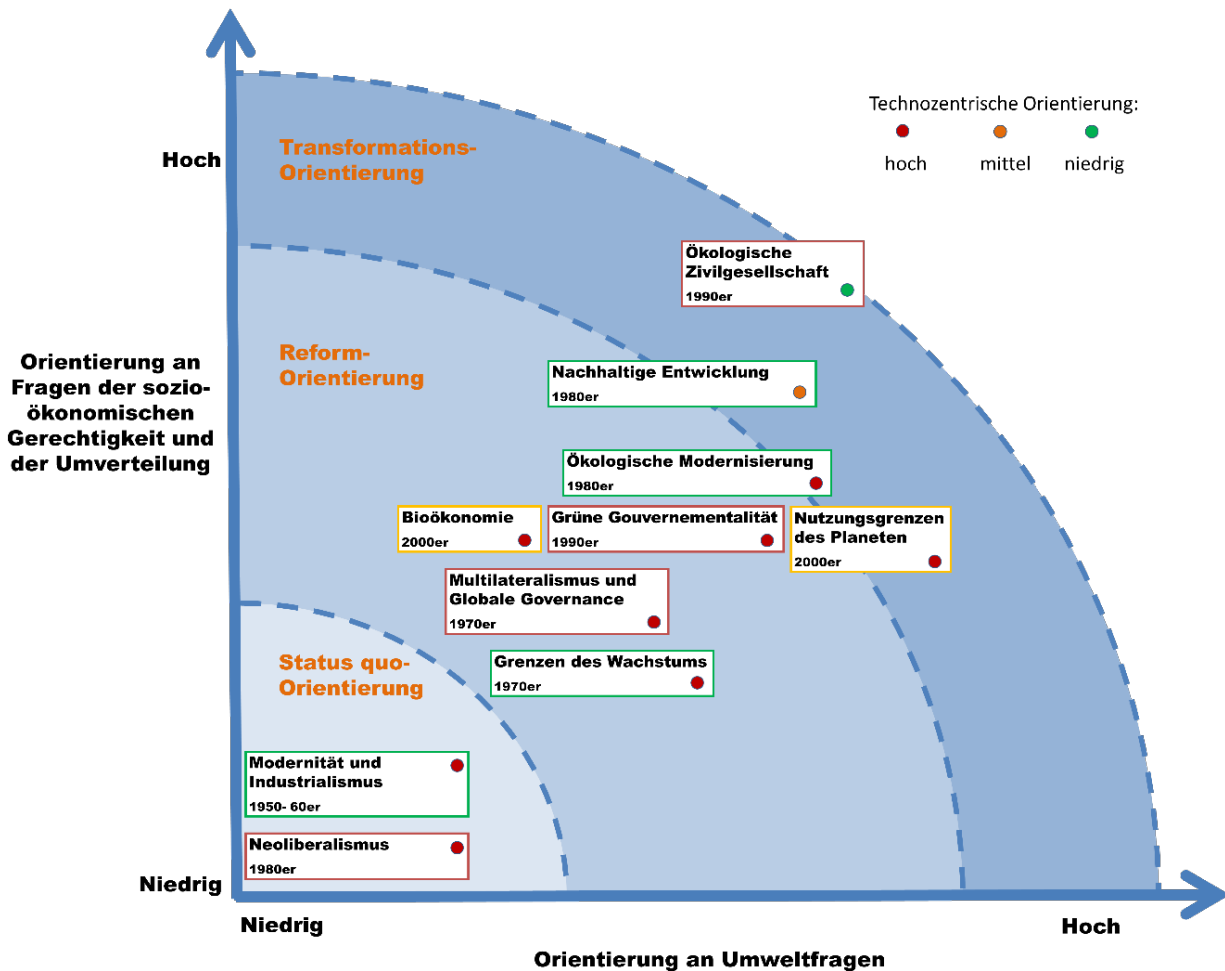
Daraus lässt sich zugleich folgern, dass die Umweltpolitik bei der Verwendung von Narrativen häufig auf einen latenten Zielkonflikt zwischen diskursivem Erfolg und inhaltlicher Prägnanz stößt. Wenn die erfolgreichsten Narrative diejenigen sind, die am besten an dominante Diskurse anschließen, zugleich aber dominante Diskurse eher nicht ökologisch geprägt sind, wird diskursiver Erfolg leicht mit inhaltlicher Mehrdeutigkeit erkaufte, die nur schwache ökologische Botschaften erlaubt. Gegensteuern können hier gegebenenfalls in begrenztem Maße Glaubhaftigkeit, Geschick und Charisma von Diskursträgern.

6 Anschlussfähigkeit von Diskursen und Narrativen: Entwurf einer umweltpolitischen Diskurslandkarte

Wie bei der Einführung des Diskurskonzepts in Kapitel 3.1 schon herausgestellt, formen → Diskurse das Denk-, Sag- und Machbare (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 124). Vor diesem Hintergrund kommt in der Diskursforschung dem Konzept der ‚Anschlussfähigkeit‘ – wie auch die Fallbeispiele im Kapitel davor gezeigt haben – eine zentrale Bedeutung zu. Ein → Narrativ ist dann wirkmächtig, wenn es Gemeinsamkeiten mit den Ideen, Konzepten und Kategorisierungen eines dominanten Diskurses aufweist und mit diesen ideelle → Affinitäten teilt. Um solche Verknüpfungsprozesse systematisch analysieren zu können, soll in diesem Kapitel versucht werden, ausgewählte Diskurse, die durch ihren Einfluss und ihre Autorität über eine längere Zeit hinweg die Umweltpolitik geprägt haben, zu beschreiben und in einer Art *umweltpolitischen Diskurslandkarte* zu verorten (siehe Abbildung 3). Im Folgenden soll die allgemeine Logik der Diskurslandkarte schrittweise vorgestellt werden: In Abschnitt 6.1

werden die in der Abbildung verorteten Diskurstypen besprochen; Abschnitt 6.2 erläutert die analytischen Dimensionen der Diskurslandkarte; in Abschnitt 6.3 wird kurz auf das methodische Vorgehen eingegangen, bevor in Abschnitt 6.4 zehn ausgewählte Diskurse steckbriefartig dargestellt werden.

Abbildung 3: Umweltpolitische Diskurslandkarte



Quelle: eigene Darstellung

6.1 Diskurstypen

In dieser Diskurslandkarte wird zunächst davon ausgegangen, dass Diskurse und Narrative unterschiedliche inhaltliche Bezüge aufweisen, sich aber auch hinsichtlich ihrer ‚Grundsätzlichkeit‘ unterscheiden. Dieser Aspekt der Reichweite beziehungsweise des Tiefgangs von Diskursen wurde bereits von anderen Autoren betont und in Form von Typologien aufgegriffen: In einer Bewertungs-Studie zu globalen Wald-Diskursen unterscheiden Arts et al. (2010) unter anderem zwischen sehr grundsätzlich verankerten Meta-Diskursen und eher instrumentell orientierten regulatorischen Diskursen. In einer Studie zu Ansatzpunkten für eine strategierorientierte → Diskursanalyse unterscheiden Turowski & Mikfeld (2013) vier Diskursebenen: a) Policy-Diskurse, die sich „an der sichtbaren Oberfläche“ (S. 43) politischer Prozesse bewegen; b) Paradigmen-Diskurse, in denen grundsätzliche Problem- und Krisenphänomene verhandelt werden; c) Narrativ-Diskurse, die sich auf „kollektive Vorstellungen und große

sinngabende Erzählungen“ (S. 44) beziehen; und d) Meta-Diskurse, in denen es „um fundamentale erkenntnistheoretische Grundannahmen, Denk- und Wahrnehmungsschemata, Perspektiven und Methoden“ (S. 46) geht.

An diese Referenzstudien angelehnt werden im gegenständlichen Bericht zwei Diskurskategorien (angedeutet über die in verschiedenen Farben gerahmten Kästchen in Abbildung 3 unterschieden: **Umwelt-Meta-Diskurse** (in der Abbildung grün gerahmt) repräsentieren maßgebliche und weit verbreitete politische Perspektiven, die ein bestimmtes Verständnis zu den Ursachen von Umweltproblemen (einschließlich deren Leugnung) und zu legitimen Handlungsrahmen (einschließlich dem Nichtstun) ermöglichen. Diese Meta-Diskurse, welche die umweltpolitische Debatte in den letzten Jahrzehnten stark geprägt haben, sind – so die Annahme unseres Modells – eingebettet in breitere **Governance-Diskurse** (in der Abbildung rot gerahmt). Diese bestimmen, was als effiziente wirtschaftliche Ordnung gesehen wird, wie spezifische Interaktionen zwischen Regierungsakteuren, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor zu gestalten sind und – auf einer mehr instrumentellen Ebene – durch welche Formen der politischen Steuerung bestimmte Ziele erreicht und politisch umgesetzt werden können. Des Weiteren sind in der Diskurslandkarte beispielhaft zwei sogenannte **Neologismen** einbezogen (gelb gerahmt). Es handelt sich dabei um Konzepte, welche erst kürzlich in der umweltpolitischen Debatte größere Aufmerksamkeit erlangt haben. Die Frage, ob diese Konzepte die Breite und Wirkstärke eines Diskurses erlangen werden, ist im Moment empirisch noch nicht zu beantworten.

6.2 Dimensionen der Diskurslandkarte

Die Verortung der beispielhaften Diskurse in der Landkarte erfolgt – in grober Anlehnung an Hopwood et al. (2005) – entlang von drei Dimensionen:

- ▶ dem **Grad der Orientierung an Umweltfragen** (auf der horizontalen Achse): Dabei sind auf der linken Seite Diskurse verortet, die wenig explizite Umweltbezüge aufweisen oder die Umwelt als ‚natürliche Ressourcen‘ rahmen; Ressourcen, die als unerschöpflich oder substituierbar wahrgenommen werden und stets im Dienste menschlicher Aktivitäten stehen. Auf der rechten Seite finden sich Diskurse, für die der Umweltbezug einen zentralen Wesenskern darstellt und in denen Schutz und Gedeih von Ökosystemen und der Biosphäre ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird.
- ▶ dem **Grad der Orientierung an Fragen der sozioökonomischen Gerechtigkeit und der Umverteilung** (auf der vertikalen Achse): Dabei sind im unteren Teil Diskurse verortet, die Fragen von Armut, Umverteilung und Lebensqualität nicht explizit aufgreifen, im oberen Teil solche, die sich zentral mit Fragen des Ausgleichs sozioökonomischer Ungleichheiten beschäftigen.
- ▶ dem **Grad der technozentrischen Orientierung** (abgebildet über farbige Punkte): In Anlehnung an O’Riordan (1989, zitiert nach Hopwood et al. 2005; S. 40) werden Diskurse dahingehend klassifiziert, welche Rolle sie Wissenschaft und Technologie zuschreiben und auf welchen Annahmen zur Fähigkeit sozialer Akteure, die Umwelt zu beeinflussen, zu kontrollieren und zu beschützen, sie gründen. Diskurse werden als technozentrisch bezeichnet (mit rotem Punkt), wenn sie postulieren, dass Menschen Natur mittels Wissenschaft und Technologie beliebig kontrollieren können; Umweltprobleme werden demnach auch grundsätzlich als technisch lösbar angesehen. Am anderen Ende des Spektrums stehen Diskurse, die technischen Lösungen und den damit verbundenen Institutionen skeptisch gegenüberstehen (mit grünem Punkt). Hier wird davon ausgegangen, dass Menschen von der Natur abhängig oder integrativer Teil von ihr sind; Umweltproblemlösung wird dementsprechend in Strategien der Überzeugung und des (radikalen) Wertewandels gesehen. Dazwischen finden sich Diskurse (mit gelbem Punkt), die zwar die Relevanz von Wissenschaft und Technik für umweltbezogene Problemlösungen anerkennt, gleichzeitig aber die Grenzen des technozentrischen Ansatzes hervorheben. Sie bauen argumentativ häufig ergänzend auf politischen, kulturellen und ethischen Wandel.

Auf die drei vorgenannten, unabhängigen Bewertungsdimensionen aufbauend lassen sich – quasi ‚summarisch‘ – Diskurse schließlich auch noch grob danach einteilen, welchen Grad und welche Form der **gesellschaftlichen Veränderung** sie anstreben beziehungsweise für notwendig erachten. Auf Dryzeks (2005) Typologie umweltbezogener Diskurse Bezug nehmend lassen sich drei Typen unterscheiden, welche in der Abbildung durch konzentrische Kreissegmente angedeutet sind (vergleiche Hopwood et al. 2005; S. 42): Status-quo-orientierte Diskurse erkennen die Notwendigkeit von Wandel bedingt an, sehen bestehende wirtschaftliche und politische Strukturen aber in Lage, mit aktuellen Problemen umzugehen. Transformations-orientierte Diskurs prangern demgegenüber an, dass die charakteristischen Merkmale moderner (kapitalistischer) Gesellschaften und die damit verbundenen Mensch-Umwelt-Beziehungen zu schwerwiegenden sozio-ökologischen Problemen führen, die nur durch radikale Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Strukturen gelöst werden können. Zwischen Status-quo-Orientierung und Transformationsorientierung finden sich intermediäre Diskurse, die hier mit dem Label ‚Reform-Orientierung‘ versehen werden soll.

6.3 Methodisches Vorgehen und Darstellungsweise

Methodisch liegt dem Entwurf der Diskurslandkarte kein umfassendes und systematisches Review zugrunde. Vielmehr wurden gängige wissenschaftliche Datenbanken, wie zum Beispiel Science Direct® und Ebsco® aber auch Google Scholar®, nach zentralen Schlüsselworten durchsucht. Aus dem so identifizierten Literaturkorpus wurden Einführungs- und Überblickswerke ausgewählt und synthetisiert. Daneben wurden auch breitere, diskursübergreifende Synthesebeiträge einbezogen, wie beispielsweise die oben schon zitierte Studie von Arts et al. (2010), aber auch andere diskursanalytische Überblicksarbeiten wie jene von Hopwood et al. (2005), Dryzek (2005) oder Bäckstrand und Lövbrand (2007).

In der Diskurslandkarte in Abbildung 3 sind 10 beispielhaft ausgewählte Diskurse beziehungsweise Neologismen verortet. Damit kann keineswegs das gesamte Spektrum an umweltpolitisch relevanten Diskursen abgedeckt werden. Der vorliegende Entwurf erhebt jedoch explizit nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. An dieser Stelle wird die Diskurslandkarte vielmehr als Analyse- und Kommunikationsinstrument gesehen und eingeführt. Sie dient dazu, Diskurse und Narrative entlang einer überschaubaren Zahl an Analysedimensionen einzuordnen, und sie hilft damit: a) die Genese umweltpolitischer Diskurse (einschließlich umweltpolitischer ‚Gegnerdiskurse‘) vor dem Hintergrund ihrer Anschlussfähigkeit an dominante Diskurse zu verstehen und zu bewerten; b) das ‚Entwicklungspotenzial‘ und die ‚Robustheit‘ neuer umweltpolitischer Diskurse und Narrative im Vergleich zu etablierten Diskursen abzuschätzen; c) umweltpolitische Narrative (und Diskurse) durch die Identifizierung und gezielte Aktivierung → ‚diskursiver Affinitäten‘ in ihrer Wirkmächtigkeit zu stärken; und d) die Bildung strategischer → Diskurs-Koalitionen zu ermöglichen.

Im Folgenden werden die 10 beispielhaften Diskurse und Neologismen gegliedert in Umwelt-Meta-Diskurse, Governance-Diskurse und Neologismen kurz steckbriefartig vorgestellt. Diese steckbriefartigen Kurzcharakterisierungen sind durchgehend in folgende inhaltliche Abschnitte gegliedert: a) geschichtlicher Hintergrund zur Entwicklung eines Diskurses; b) wesentliche Annahmen, Ideen und → Argumente, auf die ein Diskurs aufbaut, und zentrale Schlüsselkonzepte und → Metaphern, derer er sich bedient; c) Schlüsselpublikationen und mit dem Diskurs verbundene Akteure und Ereignisse; und d) Hauptkritikpunkte und Gegenargumente.

Bei den Steckbriefen ist zu beachten, dass die vorgestellten Diskurse einerseits – je nach Akteursposition und Analyseperspektive – vielfältig interpretiert werden können und dass sie andererseits auch kontinuierlichen Veränderungen unterliegen (vergleiche Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 124). Die gegenständliche Kurzdarstellung orientiert sich an den *dominanten* Interpretationen und gibt diskursive Vielfalt und Dynamiken nur eingeschränkt wieder. Hinzu kommt, dass die Diskurse, die hier aus analytischen Gründen separat dargestellt werden, sich realiter natürlich teilweise überschneiden, gleichzeitig stattfinden und in komplexen umweltpolitischen Prozessen ineinander verwoben sind. Am

Ende des Kapitels werden die vorgestellten Diskurse und Neologismen noch einmal zusammenfassend in einer Tabelle dargestellt (vergleiche Tabelle 1) und der praktische Nutzen der Diskurslandkarte als Heuristik noch einmal diskutiert.

6.4 Steckbriefe ausgewählter Diskurse und Neologismen

6.4.1 Umwelt-Meta-Diskurse

Umweltbezogene Meta-Diskurse sollen im Folgenden als Ansammlungen von Ideen, Konzepten und Kategorisierungen verstanden werden, die sich auf das Verhältnis zwischen Menschen und der Umwelt beziehen (Mühlhäusler & Peace 2006; S. 458). Umweltbezogene Meta-Diskurse sind maßgebliche und weit verbreitete Weltanschauungen, die ein bestimmtes Verständnis der Ursachen von Umweltproblemen (einschließlich deren Leugnung) und legitimer Handlungsrahmen (einschließlich eines umweltpolitischen Nichtstuns) ermöglichen. Beispielhaft für diese Diskursart werden im Folgenden die Diskurse über ‚Modernisierung und Industrialisierung‘; die ‚Grenzen des Wachstums‘; ‚Ökologische Modernisierung‘ und ‚Nachhaltige Entwicklung‘ steckbriefartig vorgestellt.

Modernisierung und Industrialisierung

Der Modernisierungs-Diskurs war vor allem in der Mitte des 20. Jahrhunderts verbreitet. Er wurde vor allem von amerikanischen Eliten angestoßen (Arts et al. 2010; S. 60). Dieser Diskurs basiert auf der Leitvorstellung, dass die Menschheit physische Beschränkungen durch Technik und wissenschaftlichen Fortschritt weitgehend überwinden kann. Die Natur kommt dabei zum Teil als Hindernis in den Blick (zum Beispiel in Kontext von sogenannten ‚Naturgefahren‘), wird vorwiegend jedoch als eine Ressource gesehen, die durch menschliche Fähigkeiten angeeignet und genutzt werden kann (Merchant 2003). Die Vorstellung von Natur als Ressource ist zentral für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften (Gephart 1998). Demnach geht es im Modernisierungs-Diskurs um die Überwindung eines Naturzustandes. Die Beschränkungen traditioneller Gesellschaften sollen durch die Schaffung einer rationalen und modernen Gesellschaftsordnung überwunden werden. Traditionelle Vorstellungen von Natur, die durch Religion, Spiritualität oder Magie gekennzeichnet sind, werden verdrängt. Die moderne Wissenschaft wird in moralischer, kognitiver und ästhetischer Hinsicht als getrennt von der Natur aufgefasst. Folglich wird sie als objektiv und fortschrittlich dargestellt und dient der Verwandlung von ‚Natur‘ in ‚Kulturlandschaften‘, die von Menschen optimal verwaltet werden können (Sieferle 1997, Gephart 1998).

In der Diskurslandkarte (vergleiche Abbildung 3) ist der Modernisierungs-Diskurs im Bereich der Status-quo-Orientierung verortet, weil er mit seiner Betonung des Fortschrittgedankens keinen Bruch mit der Vergangenheit anstrebt, sondern – eng verbunden mit dem Entwicklungsdiskurs (Adams 2009) – auf Wirtschaftswachstum, Kontrolle über natürliche und soziale Ressourcen und sozialen Wandel setzt. Diese Vorstellungen bestimmen auch den Industrialisierungs-Diskurs, der eng mit dem Modernisierungs-Diskurs verbunden ist. Der Industrialisierungs-Diskurs war bis in die 1960er Jahre hegemonial (Dryzek 2005; S. 22). Er zeichnet sich durch Nachdruck auf Wachstum der Produktion von Waren und Dienstleistungen und damit verbundenen materiellen Wohlstand aus (Dryzek 2005; S. 22). Er postuliert, dass ein wachsender Wohlstand auch ärmeren Schichten der Gesellschaft zu Gute kommen wird; jedoch spielen Gerechtigkeits Themen keine zentrale Rolle.

Die Kritik am Modernisierungs- bzw. Industrialisierungs-Diskurs ist vielfältig. Einerseits heben Kritiker hervor, dass dieser Diskurs westliche Werte verallgemeinern und traditionelle Werte als hinderlich für Fortschritt ansehen würde. Andererseits wird der Modernisierungsperspektive vorgehalten, durch einen instrumentellen Blick auf Natur als Ressource Umweltzerstörung zu legitimieren. In seiner bekannten Studie zu Umweltdiskursen argumentiert John Dryzek (2005; S. 20) schlüssig, dass umweltbezogene Diskurse sehr stark als Reaktion auf den Industrialisierungs-Diskurs, oft auch aus Ablehnung ihm gegenüber, entstanden sind.

Grenzen des Wachstums (*Limits to Growth*)

Die Grenzen des Wachstums sind ein Beispiel für einen explizit gegen Industrialisierungs- und Modernisierungsdiskurse gerichteten Diskurs. Er entstand in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren und damit einer Zeit, die von der Ölkrise und in den Industrieländern von Rezession und Inflation geprägt war (Adams 2009; S. 51). Die miteinander verbundenen Themen der zunehmenden Umweltverschmutzung und -zerstörung und des Bevölkerungswachstums bilden den Kern des Diskurses von den Grenzen des Wachstums (Adams 2009; S. 51).

Der Diskurs präsentiert die Erde als einen Planeten mit endlichen Ressourcen und verdeutlicht dies durch → Metaphern wie ‚Only One Earth‘ (Ward & Dubos 1972) und ‚Spaceship Earth‘ (Boulding 1966). Demnach setzt die Endlichkeit der Ressourcen menschlichen Aktivitäten – und damit auch dem Wirtschaftswachstum – physische Grenzen. Die Ausbeutung und Erschöpfung natürlicher Ressourcen, zum Beispiel von Fisch- und Waldbeständen, fossilen Brennstoffen, Mineralien und Ackerland, wird als Signal für deren Endlichkeit gesehen (Dryzek 2005; S. 25). Gegenüber den Modernisierungs- und Industrialisierungsdiskursen, die natürliche Ressourcen als unerschöpflich betrachten, führt diese Interpretation eine wichtige konzeptionelle Neuerung ein: In Anbetracht der Endlichkeit wird der Grund irreversibler Störungen natürlicher Systeme in menschlichen Aktivitäten, wie industriellen Prozessen, Landwirtschaft und Handel, gesehen. Aufgrund der Übernutzung und Erschöpfung von Ressourcen, sieht der Diskurs der Grenzen des Wachstums menschliche Zivilisationen Risiken wie Knappheit, Hunger, Entbehrung, zunehmender Gewalt und Krieg ausgesetzt (Adams 2009; S. 51).

Im Diskurs der Grenzen des Wachstums kommt der → Metapher der ‚ökologischen Tragfähigkeit‘ zentrale Bedeutung zu. In der Populationsbiologie und Ökologie wird dieses Konzept verwendet, um die maximale Populationsgröße zu beschreiben, die ein Ökosystem nachhaltig versorgen kann (Dryzek 2005; S. 27). Überschreitet das Populationswachstum die ökologische Tragfähigkeit, beeinträchtigt dies das Ökosystem und die Population bricht zusammen. Sie kann sich nur erholen, wenn natürliche Prozesse das Ökosystem mit seiner ökologischen Tragfähigkeit wiederherstellen (Dryzek 2005; S. 27). Die Metapher der ‚ökologischen Tragfähigkeit‘ verleiht dem Diskurs der Grenzen des Wachstums einen katastrophalen und apokalyptischen Charakter. Dies spiegelt sich auch in den Titeln von Leitpublikationen dieser Ära, wie zum Beispiel dem Buch „*The Population Bomb*“ von Paul und Anne Ehrlich aus dem Jahr 1970. Der Einfluss neo-malthusianischer → Argumente in der Umweltschutzbewegung der 1960er und 1970er Jahre wird damit offensichtlich.

Im Jahr 1972 wurde das Buch „*The Limits to Growth*“ (Meadows, Meadows, Randers, & Behrens III 1972) veröffentlicht. Es präsentiert die Ergebnisse globaler Computermodelle des sogenannten ‚Welt-systems‘, die von einer Expertengruppe des Massachusetts Institute of Technology (MIT) für den *Club of Rome* entwickelt wurden. Die Studie gab dem Diskurs bedeutenden Aufwind, und sie stellt bis heute eine der meist zitierten Abhandlungen der Umweltschutzbewegung der 1970er Jahre dar (Dryzek 2005; S. 25). Zu weiteren wichtigen Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Diskurs zu den Grenzen des Wachstums gehören „*Silent Spring*“ (Carson 1962) und „*Small is Beautiful*“ (Schumacher 1973) (Arts et al. 2010; S. 60). Darüber hinaus stand der Diskurs in Verbindung mit globalen Ereignissen, wie der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (Stockholm 1972) und der Einrichtung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), aber auch mit Aktivitäten auf nationaler Ebene, wie der Gründung von Umweltagenturen und Umweltministerien (Pülzl 2010 in Arts et al. 2010; S. 60).

Der Diskurs zu den Grenzen des Wachstums setzt sich für eine weitreichende Neuverhandlung gesellschaftlicher Ziele und Machtstrukturen ein (Dryzek 2005; S. 39). Daher wird dieser Diskurs auch in der Diskurslandkarte (vergleiche Abbildung 3) als reformorientiert angesehen. Die von ihm angestrebten Reformen zielen auf eine Wirtschaft mit Nullwachstum, die sich in einem Gleichgewichtszustand befin-

det (*steady economy*) (Adams 2009; S. 51). Dabei nimmt der Diskurs jedoch eine eher technozentrische Perspektive ein. Seine Lösungsvorschläge sind in eine „industrielle Disziplinierungs- und Kontrollstruktur“ (Dryzek 2005; S. 39-40) eingebettet, die strenge Regierungskontrolle und technische Vorgaben präferiert. Politische Eliten, nicht die allgemeine Bevölkerung, werden als treibende Kräfte des Wandels gesehen.

Kritik am Diskurs zu den Grenzen des Wachstums knüpft stark am Konzept der ‚Umwelttragfähigkeit‘ an. So wird einmal argumentiert, dass das Konzept insofern irreführend sei, als es suggeriere, dass Umweltzerstörung (allein) eine Folge des globalen Bevölkerungswachstums sei (Robbins 2011). Dem halten Kritiker entgegen, dass die Grenzen der Tragfähigkeit weniger durch die Zahl der Menschen als vielmehr durch deren Wohlstandsniveaus bestimmt würden: Auf dem Niveau existenzsichernder Lebensstandards könnte die Erde weit mehr Menschen versorgen als auf dem Niveau hoher (westlicher) Lebensstandards (Dryzek 2005; S. 27). Vor diesem Hintergrund wird dem Diskurs zu den Grenzen des Wachstums vorgeworfen, dass er sozio-ökonomische Ungleichheiten und Verteilungskonflikte nicht genug in Betracht ziehen würde, da er Umweltdegradation, Umweltverschmutzung und Ressourcenknappheit vornehmlich der wachsenden Bevölkerung zuschreiben und nicht mit Fragen nach Wohlstand und Gerechtigkeit verknüpfen würde (Robbins 2011). Hinzu kommen zwei konzeptuelle Kritiken am Konzept der ‚Umwelttragfähigkeit‘: Erstens ermöglichten Handel und Entwicklungshilfe menschlichen Gesellschaften, aus den Beschränkungen auszubrechen, die aus der Umwelttragfähigkeit geographisch begrenzter Ökosysteme erwachsen (Dryzek 2005; S. 27). Zweitens könnten zerstörte oder erschöpfte natürliche Ressourcen durch menschengemachte Ressourcen ersetzt werden. Auf das letztgenannte → Argument baut insbesondere das Konzept der sogenannten ‚schwachen Nachhaltigkeit‘ auf.

Ökologische Modernisierung

Das Konzept der ‚Ökologischen Modernisierung‘ hat historisch betrachtet in den 1980er Jahren in Westeuropa, besonders in den Niederlanden, Deutschland und dem Vereinigten Königreich, seine Wurzeln (Adams 2009; S. 126, Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53). Als Paradebeispiel für ‚ökologische Modernisierung‘ wird häufig die Reaktion der deutschen Politik auf die Folgen des durch komplexe Faktoren verursachte Waldsterben in den 1980er Jahren angeführt (Hajer 1995). Ähnlich wie der Diskurs zu den Grenzen des Wachstums weist jener der ökologischen Modernisierung jedenfalls einen expliziten Umweltbezug auf; gleichzeitig unterscheiden sich die beiden Diskurse auch deutlich voneinander (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53): Der Diskurs der ökologischen Modernisierung gründet auf einem optimistischen Verständnis der umweltpolitischen Lage und betont ausdrücklich die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz (Dryzek 2005; S. 169).

Obwohl der Diskurs der ökologischen Modernisierung zu keiner fundamentalen Infragestellung des Status-Quo tendiert, wird die Notwendigkeit bestimmter Reformen anerkannt (Hopwood et al. 2005; S. 42): Umweltzerstörung wird als ein strukturelles Problem gerahmt. Es ist somit ein Strukturwandel notwendig, um Umweltbelastungen zu reduzieren und das natürliche Gleichgewicht zu erhalten (Hajer 1995; S. 25). Gleichzeitig wird die Umwelt, so wie im klassischen Modernisierungsdiskurs, weiterhin als Quelle für Ressourcen und als Ort des Recyclings von Schadstoffen verstanden (Dryzek 2005; S. 170). In Anbetracht der gemeinsamen etymologischen Wurzel der Wörter ‚Ökonomie‘ und ‚Ökologie‘ ruft dieser Diskurs implizit die → Metapher eines ‚ordentlichen Haushalts‘ hervor, der nach der Maximierung seines Wohlstandes strebt (Dryzek 2005; S. 171). So kann dieser Diskurs auch als technozentrisch beschrieben werden, da er Konzepte des Fortschritts, der technologischen Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit eng zueinander in Beziehung setzt (Dryzek 2005; S. 171). Er wurzelt in dem Glauben, dass Modernisierungsprozesse weitgehend autokorrektiv sind (Adams 2009; S. 125-127). Ein zentrales Narrativ des Diskurses entkoppelt Umweltzerstörung vom Wirtschaftswachstum und eröff-

net so die Möglichkeit, Kapitalismus und Industrialisierung als umweltfreundlich zu konzeptionalisieren (Hajer 1995). Die in diesem Narrativ dargestellte *win-win*-Situation gründet wesentlich auf den Erfahrungen fortschrittlicher Industrieländer (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53).

Im Diskurs der ökologischen Modernisierung werden drei miteinander verbundene Handlungswege aufgezeigt: Erstens können Investitionen und technologische Innovationen ökologische Effizienz fördern, zum Beispiel durch integrierte Abgasreinigung. In diesem Zusammenhang setzen Unternehmen auf die Einführung und Implementierung sich rentierender umweltfreundlicherer Produktionsprozesse (Hajer 1995, Dryzek 2005; S. 167). Zweitens werden flexible, marktorientierte und kostenoptimale Lösungen für Umweltprobleme gesucht, welche die Internalisierung umweltbezogener Externalitäten versprechen und welche am besten in weitgehend freien, nicht regulierten Märkten funktionieren (Arts et al. 2010; S. 60). Schließlich schreibt dieser Diskurs, drittens, staatlichen Akteuren eine neue Rolle zu. Staatliche Steuerung soll sich durch Flexibilität, Dezentralisierung und kooperative Politikgestaltung auszeichnen (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53). Es werden neue Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Akteuren ausgemacht (Dryzek 2005; S. 171) und freiwillige bzw. selbstverwaltete Ansätze bevorzugt (Adams 2009; S. 127).

Der Diskurs der ökologischen Modernisierung wird mit den Arbeiten von Sozialwissenschaftlern, wie den Deutschen Joseph Huber und Martin Jänicke und den Niederländern Arthur Mol und Gert Spaargaren, in Verbindung gebracht (Mol et al. 2009). Darüber hinaus hat die Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes *Our Common Future* im Jahr 1987 einen wichtigen Beitrag zur Institutionalisierung dieses Diskurses geleistet (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53). In den 1990er Jahren wird der Diskurs mit führenden politischen Akteuren, wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder der Weltbank, in Verbindung gebracht (Arts et al. 2010; S. 60). Zudem nehmen auch etablierte Naturschutzorganisationen, wie die Weltnaturschutzunion (IUCN), das World Resources Institute (WRI) und der World Wide Fund For Nature (WWF), sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und umweltpolitische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen stark auf ökologische Modernisierung Bezug.

Insgesamt war und ist der Diskurs der ökologischen Modernisierung damit äußerst einflussreich. So wurde das allgemeine Verständnis von nachhaltiger Entwicklung nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 weitgehend von Ideen der ökologischen Modernisierung geprägt (Adams 2009; S. 125-126). Gleichzeitig wurde dieser Diskurs aus verschiedenen Richtungen und von unterschiedlichen Akteuren kritisiert. Im Zusammenhang mit Debatten zur Entwicklungszusammenarbeit wurde ihm vorgeworfen, Erfahrungen von Entwicklungsländern zu vernachlässigen und Gerechtigkeitsansprüche und Armutsprobleme zu vernachlässigen (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 53). Darüber hinaus wird argumentiert, dass der Diskurs der ökologischen Modernisierung den Ländern des globalen Südens kontraproduktive Entwicklungsideale aufzeige. Durch weitestgehend unkontrollierte ausländische Investitionen setze diese Entwicklung eine ausgedehnte Phase intensiver Industrialisierung voraus, mit der Umweltzerstörung einherginge. Erst wenn ausreichend wirtschaftliches Wachstum erreicht sei, seien die Voraussetzungen für eine ‚grüne‘ Wende hin zu ökologischer Modernisierung geschaffen (Adams 2009; S. 127).

Nachhaltige Entwicklung

Der Diskurs der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ umfasst ein breites Spektrum an Bedeutungen, ein Faktum, das mitunter Anlass zur Kritik bietet, das zum Teil aber auch als Stärke gedeutet wird und zweifellos die beträchtliche Reichweite dieses Diskurses zu erklären vermag (Adams 2009; S. 23). Die gängige Lesart von nachhaltiger Entwicklung geht auf eine Reihe von politischen Dokumenten aus den 1980er und frühen 1990er Jahren zurück, insbesondere die Weltnaturschutzstrategie (IUCN 1980) sowie die Berichte *Unsere gemeinsame Zukunft* (Brundtland 1987) und *Caring for the Earth* (IUCN 1991) (Adams 2009; S. 6, Haque 2000; S. 4, Redclift 2005; S. 213). Eine weit verbreitete Definition

nachhaltiger Entwicklung stammt aus dem Brundtland-Bericht (Brundtland 1987; S. 43), und sie besagt im Kern:

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.

Hinsichtlich seiner historischen Genese war der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung von Beginn an stark durch internationale Konferenzen geprägt: So wurden zum Beispiel auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 1972 in Stockholm die Begriffe von Entwicklung und Umwelt erstmals prominent konzeptionell verknüpft. Zwei Jahrzehnte später fanden sich die beiden Konzepte auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro im Leitkonzept der „*sustainable development*“ auch begrifflich vereint. In den 27 Prinzipien der Rio-Erklärung sind Entwicklungs- und Umweltschutzansätze eng miteinander verzahnt. Auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg und der Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung 2012 (UNCSD), auch als Rio+20 bekannt, verfestigte sich der Diskurs weiter (Adams 2009; S. 2).

Der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung greift Formulierungen des klassischen Entwicklungsdiskurses auf und entwickelt diese weiter. Letzterer formierte sich im 19. Jahrhundert aus Vorstellungen von naturgegebenem Wandel, Wachstum und Fortschritt. Der Entwicklungsdiskurs basierte auf Ideen eines linearen Fortschritts, die mit Kapitalismus sowie kultureller Hegemonie des Westens verbunden sind und durch Merkantilismus und kolonialen Imperialismus befördert wurden (Adams 2009; S. 8). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wiedererstarkte der Entwicklungsdiskurs, was sich beispielsweise im Erfolg des Marshall-Plans für Westeuropa widerspiegelt, der ein einheitliches Modell zur Industrialisierung und Modernisierung durch Auslandsinvestitionen in Infrastruktur legitimierte (Adams 2009; S. 3-9).

Bereits in den frühen 1980er Jahren beschäftigten sich einige Autoren, beeinflusst vom Diskurs der Grenzen des Wachstums, mit „*ökologischer Entwicklung*“ (Lélé 1991). Sie betrachteten Ressourcenknappheit als Ursache für die schwerwiegenden Umweltprobleme der 1970er Jahre und wiesen darauf hin, dass die damals favorisierten Ansätze zur Lösung dieser Probleme, beispielsweise die sogenannte „Grüne Revolution“ in der Landwirtschaft, die auf verbesserten agronomischen Technologien basierte, zu neuen Umweltproblemen führten wie z.B. Wasserverschmutzung durch Pestizide (Redclift 2005; S. 213). Vor diesem Hintergrund könnten nicht industrialisierte Länder nicht denselben Weg wirtschaftlichen Wachstums einschlagen, wie reiche Länder, da dies zu einer Überlastung globaler Ökosysteme führen würde (Dryzek 2005; S. 155). Die Bezeichnung „*ökologische Entwicklung*“ wurde von der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ verdrängt, ein Begriff, der die Existenz von Belastungsgrenzen der Umwelt offen lässt (Dryzek 2005; S. 156). Diese Mehrdeutigkeit eröffnet Spielraum für ein *win-win*-Narrativ, laut dem globale Ungleichheit und Armut bekämpft und gleichzeitig Umweltschutz und Wirtschaftswachstum gewährleistet werden können (Adams 2009; S. 2). Daher griff der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung einige Sprachelemente der Umweltschutzbewegung der 1970er Jahre auf, ohne jedoch die Notwendigkeit von Wachstum und technologischem Fortschritt in Frage zu stellen oder einen katastrophalen und apokalyptischen Tonfall zu verwenden (Adams 2009; S. 23). Dies steht in engem Zusammenhang mit einem grundsätzlichen Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit moderner politischer und ökonomischer Strukturen. Der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung kann daher als reformistischer Diskurs charakterisiert und verortet werden (vergleiche Abbildung 3).

Der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ an sich stammt aus den Bereichen des Ressourcenmanagements und der Ökonomie; er bezeichnet das Prinzip der Maximierung von Einkommensströmen bei gleichzeitigem Erhalt von Vermögens- oder Kapitalbeständen, aus denen diese hervorgehen (Adams 2009; S. 141).

Wirtschaftliche Nachhaltigkeitsverständnisse können in starke und schwache Ansätze unterteilt werden. Bei einem starken Nachhaltigkeitsverständnis wird davon ausgegangen, dass menschliches Kapital (zum Beispiel Infrastruktur, Arbeit und Wissen) und natürliches Kapital (zum Beispiel fossile Brennstoffe, Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen) komplementär, jedoch nicht austauschbar sind. Dagegen wird beim schwachen Verständnis von Nachhaltigkeit angenommen, dass menschliches und natürliches Kapital austauschbar sind und dementsprechend keine absoluten Grenzen der Umweltkapazität existieren. Da der geläufige Diskurs der nachhaltigen Entwicklung lange Zeit keine solchen Grenzen anerkannte und diese nur langsam Eingang in den Diskurs finden, kann man ihn als eine Ausdrucksform des schwachen Nachhaltigkeitsverständnisses betrachten. Dies steht im Einklang mit der Förderung von Wirtschaftswachstum, welches im Diskurs nachhaltiger Entwicklung vorausgesetzt wird, da es unter anderem die Bekämpfung der weltweiten Armut erlaube (Redclift 2005; S. 213).

Im geläufigen Diskurs der nachhaltigen Entwicklung werden die Bedürfnisse armer Menschen als legitim anerkannt und Armut als die Hauptursache von Umweltproblemen dargestellt. Dies beruht auf der Annahme, dass arme Menschen lokale Ökosysteme übernutzen und ihren Zustand verschlechtern, um ihr Überleben zu sichern (Adams 2009; S. 23). Folglich wird erwartet, dass Wirtschaftswachstum eine umweltfreundliche Entwicklung und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit hervorrufen (Dryzek 2005; S. 156). Unter Gerechtigkeit wird dabei sowohl intragenerationelle Gerechtigkeit, also Verteilungsgerechtigkeit zwischen Arm und Reich, als auch intergenerationelle Gerechtigkeit, also zwischen heutigen und zukünftigen Generationen, gefasst (Adams 2009; S. 5-6, Dryzek 2005; S. 156). Intragenerationelle Gerechtigkeit wird als das Leitprinzip der globalen Nord-Süd-Beziehungen ausgelegt. Von industrialisierten Ländern wird eine ‚Wiedergutmachung‘ der negativen Umweltfolgen ihrer Industrialisierungsprozesse erwartet, sowie der Transfer von Umwelttechnologien, die Wirtschaftswachstum, Umweltfreundlichkeit und den Schutz natürlicher Ressourcen fördern (Arts & Buizer 2009; S. 344). Dies unterstreicht ein technozentrisches Vertrauen in Technologie und Wissenschaft, welches für den Diskurs der nachhaltigen Entwicklung charakteristisch ist. Der Diskurs ist anthropozentrisch, da das Wohlbefinden der menschlichen Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht etwa der Zustand der Umwelt (Dryzek 2005; S. 158). Diesem Verständnis nach bieten die Erde oder Ökosysteme der menschlichen Bevölkerung wichtige Ressourcen und Dienstleistungen an. Ein Hauptaugenmerk liegt auf den Belastungen, die der Erde auferlegt werden. Gleichzeitig verwendet dieser Diskurs eine Mehrebenen-Perspektive, die regionale und lokale Prozesse einschließt. Dementsprechend argumentiert Dryzek (2005; S. 156), dass der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung sich auf die → Metapher von ‚verschachtelten Systemen‘ (*nested systems*) beruft, die sich auf globalen und lokalen Ebenen entfalten und sowohl soziale als auch Umweltdimensionen umfassen. Der Diskurs wurde häufig als der „Diskurs der und für die globale Zivilgesellschaft“ (Dryzek 2005; S. 158) bezeichnet; dennoch erkennt er die Vielfältigkeit von Akteuren verschiedener Ebenen an, die von dem Motto „global denken, lokal handeln“ geleitet werden.

Nationale Regierungen sind in diesem Diskurs weniger bedeutend als in staatszentrierten Diskursen. Von staatlichen Akteuren wird verlangt, internationale Partnerschaften mit Unternehmen und Nicht-regierungsorganisationen aufzubauen (Dryzek 2005; S. 158, Arts & Buizer 2009; S. 344). Dies ist eines der Hauptmerkmale der Agenda 21, des auf dem Erdgipfel 1992 vorgeschlagenen Aktionsrahmens. Die Agenda 21 strebt darüber hinaus partizipative Prozesse als Teil fristgerechter Entwicklungsplanung an (Redclift 2005; S. 216). Ebenso werden intergouvernementale Organisationen und Graswurzelbewegungen im Diskurs als relevante Akteure anerkannt (Dryzek 2005; S. 158). Dies verdeutlicht, dass zwischen den Diskursen der ökologischen Modernisierung und der nachhaltigen Entwicklung zahlreiche Schnittstellen bestehen (Arts et al. 2010; S. 61). Jedoch bezieht der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung Bemühungen zur Reduzierung von Armut stärker mit ein und bringt diese mit Umweltschutz in Einklang. Dadurch spricht er explizit Akteure nicht-industrialisierter Länder an (Dryzek 2005; S. 172).

Ungeachtet seiner Reichweite und seines politischen Einflusses wurde der Diskurs der nachhaltigen Entwicklung von verschiedenen Seiten kritisiert. Ein Hauptkritikpunkt betrifft das *win-win*-Narrativ, welches übermäßig optimistisch, unrealistisch und fehlerhaft sei, da es weiterhin Gewinner und Verlierer gibt, die in asymmetrischen Machtbedingungen eingebettet sind. Lélé kritisiert den Wissenschaft und Technologie entgegengebrachten Glauben an die Möglichkeit umweltfreundlichen Wachstums. Dies verschweige, dass Umweltschutz Entwicklungsmöglichkeiten einschränken und dass Entwicklung zur Verschlechterung der Umwelt führen könne (Lélé 1991; S. 613).

Die gängige Interpretation von nachhaltiger Entwicklung als ‚Wohlstandserhaltung und -vermehrung‘ legt das Hauptaugenmerk auf Marktmechanismen bei der Bereitstellung von sozialen und Umweltgütern (Adams 2009; S. 7). Dabei werden strukturelle Ursachen für Armut und Umweltbelastungen vernachlässigt. Übermäßiger Ressourcenverbrauch und das vorherrschende Wirtschaftssystem werden ebenfalls kaum in Frage gestellt. Darüber hinaus werden alternative Auffassungen von ‚gutem Leben‘ und kulturspezifische Definitionen von Nachhaltigkeit durch den starken Nachdruck auf Fortschritt und Modernität ausgeschlossen (Adams 2009; S. 7-8, Redclift 2005; S. 214).

Eine andere Kritik verweist auf die Ambiguität des Diskurses. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wird häufig unkritisch verwendet, um bereits bestehende politische Programme und Praktiken neu zu vermarkten (Adams 2009; S. 7, Redclift 2005; S. 218). Zum Beispiel merkt Lélé an, dass im Diskurs der nachhaltigen Entwicklung der Begriff ‚Partizipation‘ synonym mit Begriffen wie ‚Dezentralisierung‘ verwendet werden kann. Dieser hat eine neo-liberale Konnotation und wird mit dem Rückzug staatlicher Aktivitäten und der damit einhergehenden Aufgabe staatlicher Verantwortung in Verbindung gebracht (Lélé 1991; S. 612). Weiterhin weist er darauf hin, dass oft zu selbstverständlich angenommen wird, dass Partizipation automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung führe.

6.4.2 Governance-Diskurse

Der zweite Typus der sogenannten Governance-Diskurse steht für sprachliche Rahmungen, die sich auf die Frage beziehen, wie gesellschaftliche Ziele erreicht werden sollen. Sie skizzieren spezifische Interaktionsformen zwischen Regierungsakteuren, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor. Dazu werden im Folgenden beispielhaft die Diskurse des ‚Neoliberalismus‘, der ‚grünen Gouvernementalität‘, der ‚multilateralen, globalen Governance‘ und der ‚ökologischen Zivilgesellschaft‘ kurz beschrieben.

Neoliberalismus

Der Neoliberalismus-Diskurs, der auf den klassischen Ideen des Liberalismus aufbaut, findet seit den 1980er Jahren breite → Resonanz (Adams 2009; S. 8). Er kann als Meta-Diskurs bezeichnet werden, da er eine ganze Reihe anderer Diskurse beeinflusst hat (Arts et al. 2010; S. 61), so unter anderem jene von Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Entpolitisierung und Monetarismus (Humphreys 2009; S. 320). Da solche Prozesse oft auf wissenschaftlichem und technischem Fortschritt beruhen, wird diesem Diskurs eine technozentrische Perspektive zugeschrieben. Ein zentrales Narrativ des Diskurses lautet: „Überlasse es dem Markt, Gewinner und Verlierer ausfindig zu machen“ (Petersen & Krisjansen 2015; S. 33). Diese Aussage verknüpft drei zentrale Annahmen: Erstens, dass Märkte die geeignetsten Orte sind, auf denen Akteure ihre Interessen frei verfolgen können; zweitens, dass der Privatsektor eine zentrale Rolle spielen sollte; und drittens, dass Deregulierung und freiwillige Vereinbarungen effektiv sind (Humphreys 2009; S. 320). Der Natur und ihren Bestandteilen wird ein instrumenteller Wert zugeschrieben. Sie sind Ressourcen, die kommodifiziert und somit auf expandierenden Märkten gehandelt werden können (Büscher, Sullivan, Neves, Igoe, & Brockington 2012, Dryzek 2005; S. 134).

Essentieller Bestandteil des Neoliberalismus-Diskurses sind Reformbestrebungen, die die Ausbreitung und Liberalisierung von Märkten und die Übertragung öffentlicher oder staatlicher Ressourcen an den privaten oder Unternehmenssektor einfordern (Springer 2012; S. 136). Dem Staat obliegt es, Reformen zur Effizienzsteigerung und zuverlässige Leistungen in seinen Kernbereichen bereit zu stellen (Adams 2001; S. 8). Die Rolle des Staates im Governance-Prozess wird weniger als handlungstragend betrachtet, sondern vielmehr als unterstützend. Dies umfasst beispielsweise die Bereitstellung von Infrastruktur und finanzielle Anreize sowie günstiger Bedingungen für Marktexpansion (Petersen & Krisjansen 2015; S. 33). Diese Veränderungsprozesse werden als notwendige Bedingung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Staaten im transnationalen Umfeld angesehen (Springer 2012; S. 136). Parallel dazu kommt nichtstaatlichen, privatwirtschaftlichen Akteuren eine wichtige Rolle zu. Obwohl sie um knappe Ressourcen konkurrieren, wird erwartet, dass sie miteinander kooperieren und sich auf effektive Normen, Regeln und Verhaltenskodizes für ihre Tätigkeiten einigen (Dryzek 2005; S. 134, Humphreys 2009; S. 320). Gleichermaßen werden lokale Verwaltungen und nichtstaatliche Akteure, wie Nichtregierungsorganisationen als wichtige Akteure in dezentralisierten Governance-Systemen anerkannt (Kamat 2004).

Der Neoliberalismus-Diskurs war in internationalen Verhandlungen zu einer Reihe von Themen äußerst einflussreich, darunter Klimawandel, Biodiversität und Waldbewirtschaftung (Arts et al. 2010, Bäckstrand & Lövbrand 2007, Fletcher 2010, Humphreys 2009). Er tritt unter anderem für die internationale Vereinheitlichung von Regulierungen und die Einführung von Standards ein, die häufig multinationalen Unternehmen umgesetzt werden (Arts et al. 2010; S. 61). Daneben wird dieser Diskurs auf die Institutionen des Bretton-Woods-Abkommens zurückgeführt: die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie die Welthandelsorganisation (WTO) (Adams 2009; S. 10). Außerdem wird er auch von internationalen Umwelt-NGOs, wie *Conservation International* und *The Nature Conservancy*, getragen und verbreitet (Fletcher 2010).

Der neoliberale Diskurs hat zahlreiche Kritiken auf sich gezogen. Diese werfen ihm sein zugrunde liegendes Verhaltensmodell vor, das Individuen als eigennützige, rein zweckrationale Akteure beschreibt, die an vorderster Stelle wirtschaftlichen Anreiz berücksichtigen (Fletcher 2010). Eine weitere häufige Kritik besteht darin, dass der neoliberale Diskurs zur Verdrängung des demokratischen Staates durch nichtstaatliche Akteure und Marktteilnehmer geführt hat (Kamat 2004). Letzteren werden fehlende Rechenschaftspflicht und Rechenschaftsfähigkeit vorgeworfen. Außerdem repräsentieren sie private Interessen und nicht das Gemeinwohl. Nicht zuletzt wird angenommen, dass die Ausbreitung von Märkten und der Rückzug des Staates vor allem für die Armen und an den Rand gedrängte Teile der Bevölkerung negative Folgen hat (Kamat 2004; S. 156). Der Nachdruck auf marktbaasierten Strategien als geeignete Mittel zur Lösung von Armutsproblemen, konterkariert dabei oft eine Stärkung sozialer Rechte und grundlegende Versuche, die strukturellen Ursachen von Ungleichheit zu bekämpfen. Dieser letzte Kritikpunkt wurde vor allem von kritischen SozialwissenschaftlerInnen und Vertreter und Vertreterinnen der politischen Ökologie ausgeführt, die sich mit Ressourcenmanagement und dem Diskurs über den Schutz der Biodiversität befasst haben (Bryant 1998, Büscher et al. 2012, Robbins 2012). Sie betonen, dass die Dezentralisierung von Ressourcenmanagement durch die Eingliederung in expandierende Märkte, wie sie der neoliberale Diskurs befürwortet, für Unternehmen vorteilhaft ist; dahingegen verliert die lokale Bevölkerung oft Einfluss über Ressourcen (Bryant 1998, Büscher et al. 2012; Fletcher 2010). Dementsprechend entstehen soziale, politische und wirtschaftliche Ungleichheiten, oder sie verschärfen sich.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Kommodifizierung der Natur und ihrer Bestandteile. So wird argumentiert, dass Initiativen wie TEEB (*The Economics of Ecosystems and Biodiversity*) und REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*), dadurch, dass sie Natur monetäre Werte zuschreiben, die lokale Bedeutung von Ressourcen und deren Wertzuschreibungen gravie-

rend verändern und Folgen für die umfassende soziale und kulturelle Dynamik in diesen Gemeinschaften haben (Bryant 1998, Fletcher 2010). Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Kommodifizierung die Umweltzerstörung in einigen Fällen beschleunigt, anstatt vermindert hat (Fletcher 2010).

Multilaterale und globale Governance

Bis in die 1970er Jahre hinein waren internationale Beziehungen stark vom sogenannten Westfälischen Staatsmodell geprägt. In ihm werden Nationalstaaten als die wesentlichen Akteure in internationalen Problemlösungs- und Entscheidungsprozessen gesehen (Agnew 2005; S. 437, Mason 2001; S. 409, Lemos & Agrawal 2006; S. 302). Staaten werden als souverän aufgefasst; sie verfügen über die zentrale öffentliche Autorität, üben die höchste, uneingeschränkte und exklusive Gerichtsbarkeit über ein bestimmtes Gebiet und seine Einwohner und Einwohnerinnen aus (Scholte 2001). Internationale Politik kann demnach als das Wechselspiel von Nationalstaaten verstanden werden, welche ihr Eigeninteresse in einem anarchischen Umfeld ohne ‚Weltregierung‘ verfolgen (Mason 2001; S. 409).

Diese staatszentrierte Auffassung politischer und internationaler Prozesse wurde in den 1980er Jahren durch verschiedene Entwicklungen, unter anderem die Aufmerksamkeit für globale Umweltprobleme, in Frage gestellt (Lemos & Agrawal 2006; S. 299). Ausgehend von der Annahme, dass globale Umweltprobleme, wie die Schädigung der Ozonschicht, der Klimawandel, der Verlust von Biodiversität, saurer Regen, Wasserverschmutzung usw., nicht an formal definierte Staatsgrenzen gebunden sind und damit enge Abhängigkeiten zwischen Staaten entstehen, erschien das Konzept souveräner Territorialgrenzen zunehmend unpassend (Rosenau 1995; S. 19, Mason 2001; S. 411). Hinzu kommt, dass die wahrgenommene Komplexität globaler Umweltprobleme die Reaktionsfähigkeit zentralisierter öffentlicher Verwaltungen vor beträchtliche Herausforderungen stellte (Scholte 2001). Eine erste Antwort auf diese Fragen stellt die Einrichtung internationaler Umweltregime dar.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem Feld der internationalen Beziehungen definieren internationale Regime als ein Set von voneinander abhängigen Normen, Regeln, Prinzipien, Werten und Entscheidungsprozessen, auf die sich Akteure auf globaler Ebene einigen und an die sie sich bei der Bearbeitung bestimmter Themen der Weltpolitik, wie der Umwelt, halten (Haggard & Simons 1987; S. 495). Dies umfasst Verträge, Normen sowie multilaterale und bilaterale Vereinbarungen. Ein zentraler Bestandteil umweltpolitischer Regime, wie der Stockholm-Erklärung (1972), ist das Zugeständnis des souveränen Rechtes von Staaten, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen. Dieses Recht wird durch das unverbindliche Prinzip der ‚ökologischen Verantwortung‘ eingeschränkt. Es verpflichtet Staaten allgemein dazu, Sorge zu tragen, dass innerhalb ihres Staates oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Gebiete kein Schaden an der Umwelt mit schädlichen Folgen für andere Staaten oder Gebiete außerhalb ihrer Zuständigkeit entsteht (Mason 2001; S. 414). Obwohl dieses Prinzip das Verhalten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure beeinflusst, fallen dieses und andere Prinzipien bzw. Mechanismen umweltpolitischer Regime nicht in die Kategorie zwingender Normen. Zwingende Normen, wie das Verbot von Genozid, Folter, Zwangsarbeit und Verbrechen gegen die Menschheit, sind die höchsten internationalen Regeln, nach denen staatliche und nichtstaatliche Akteure rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können (Mason 2001; S. 410-415).

Lemos und Agrawal (2006; S. 308) stellen fest, dass sich umweltpolitische Verträge, Normen sowie multilaterale und bilaterale Vereinbarungen seit den 1980er Jahren weit verbreitet haben. Jedoch ging ihre Verbreitung mit zunehmender Kritik an internationalen Regimen einher. Diese hob ihre eingeschränkte Effizienz bei der Lösung der dringendsten globalen Probleme hervor und wies außerdem auf ihr Demokratiedefizit hin (Lemos & Agrawal 2006; S. 301). Diese Kritik führte zur Einrichtung einer Reihe von Institutionen, Partnerschaften und Problemlösungsmechanismen, wie der Rio-Deklaration (1992) und der Agenda 21. Diese stellten den Versuch dar, eine effektivere Bearbeitung umweltpolitischer Probleme zu ermöglichen (Lemos & Agrawal 2006; S. 301, Redclift 2005; S. 219).

Im Kontext multilateraler, globaler Governance nimmt die Rolle des Staates als Hauptakteur politischer und internationaler Prozesse tendenziell ab (Lemos & Agrawal 2006; S. 303). Supranationale Organisationen, wie die *Global Environmental Facility* (GEF), von denen erwartet wird, dass sie ‚im weltweiten Interesse‘ handeln, rücken in den Vordergrund (Redclift 2005; S. 221). Dementsprechend entstanden auf zahlreichen Ebenen nicht-hierarchische, lose Institutionennetzwerke, in denen verschiedene Akteure unterschiedliche Informationen halten und über unterschiedliche Einflussmöglichkeiten verfügen (Lemos & Agrawal 2006; S. 301, Keck & Sikkink 1998). Diese Netzwerke verbinden Nichtregierungsorganisationen, transnationale Umweltorganisationen, intergouvernementale und multilaterale Organisationen und marktorientierte Akteure (zum Beispiel trans- oder multinationale Unternehmen) sowie Expertennetzwerke (sogenannte ‚epistemische Gemeinschaften‘ (Haas 1990)).

In Zusammenhang mit diesen institutionellen Veränderungsprozessen etablierte sich ein selbständiger Diskurs zu ‚Governance‘ (Chester & Moomaw 2008; S. 188). Das Konzept der Governance findet sich dabei in drei unterschiedlichen Lesarten: als normatives Leitbild, als Ensemble zielgerichteter, politischer Aktivitäten und als theoretischer Analyserahmen (Hogl et al. 2012). Dem normativen Verständnis nach – oft ergänzt um das Adjektiv ‚good‘, d.h. ‚Good Governance‘ – wird Governance als ein zu erreichender (vor allem prozedurales) Ziel betrachtet. Zu den Merkmalen von *Good Governance* gehören u.a. Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz, Partizipation sowie Effektivität und Effizienz (Arts et al. 2010; S. 62).

Governance als zielgerichtete Aktivität bezieht sich auf Regelungsverfahren auf allen Ebenen menschlichen Handelns, die mit der Verfolgung bestimmter Ziele verbunden sind (Rosenau 1995; S. 13). Folglich wird Governance oft als die „Gesamtheit an Instrumenten und Mechanismen zur kollektiven Steuerung einer Gesellschaft“ (Bäckstrand et al. 2010; S. 8) definiert. Diesem Verständnis liegt die Annahme zugrunde, dass Autorität stark gespalten und über einen globalisierten Raum verteilt ist (Chester & Moomaw 2008; S. 188).

Die dritte Lesart sieht Governance als einen Analyserahmen. Demnach beruht Macht mehr auf Einfluss als auf Zwang. Governance als Analyserahmen zeigt die Existenz verschiedener Governance-Mechanismen auf, die nicht notwendigerweise formal oder hierarchisch organisiert sind (Rosenau 1995; S. 14). Diese Mechanismen wurden auch als ‚neue‘ Formen von Governance (*new modes of governance*) bezeichnet (Hogl et al. 2012). Beispiele dafür sind positive Anreize, Verhandlung und nicht-manipulative Überzeugung (Bäckstrand et al. 2010; S. 13). Die Betonung von Einfluss im Gegensatz zu Zwang hebt außerdem die wichtige Rolle nichtstaatlicher Akteure und zivilgesellschaftlicher Organisationen hervor (Finnemore & Sikkink 2001; S. 409, Khagram et al. 2002; S. 4). Letztere werden als „auf Freiwilligkeit basierende Verbünde oberhalb des Individuums und unterhalb des Staates und quer zu staatlichen Territorialgrenzen“ (Lemos & Agrawal 2006; S. 309) aufgefasst. Daher besteht ein Hauptunterschied zwischen der traditionellen Konzeption internationaler Regime und dem neuen Governance-Diskurs in der Rolle, welche der Zivilgesellschaft eingeräumt und zuerkannt wird (Lemos & Agrawal 2006; S. 309).

Der Governance-Diskurs ist stark von der Motivation getrieben, durch die Anpassung von existierenden politischen Strukturen effektive Problemlösungsprozesse zu etablieren. Der Diskurs lässt sich deshalb in der Diskurslandkarte (vergleiche Abbildung 3) eindeutig als reformorientiert verorten. Gleichzeitig zeigt der Diskurs einen stark technozentrischen Optimismus bezüglich der menschlichen Fähigkeiten, Umwelt zu beeinflussen, zu kontrollieren und zu schützen.

Der Governance-Diskurs mit seinem Bezug auf multilaterale und globale Prozesse wurde aus verschiedenen Gründen kritisiert. So wurde zum Beispiel aufgezeigt, dass die nunmehr eingebundenen nicht-staatlichen Akteure keine fundamentalen Veränderungen hervorgebracht haben, sondern im Gegenteil eher bestehende, in neoliberale Hegemonie eingebettete Machtbeziehungen widerspiegeln (Lemos &

Agrawal 2006; S. 312). Deshalb sollten, so die Kritiker, Annahmen über ihren Beitrag zur Demokratisierung von Governance kritisch hinterfragt und weiter untersucht werden (Lemos & Agrawal 2006; S. 313).

Von anderer Seite wurde der Governance-Diskurs dafür kritisiert, dass er ein Modell schwacher Staaten und nicht gebietsgebundenem Handeln legitimiert. Dies sei mit der Machtkonzentration in Unternehmen verbunden, die multilaterale Organisationen beeinflussen (Lemos & Agrawal 2006; S. 313). In einem solchen Kontext würden das Thematisieren von Armut und die Auflösung ungerechter Machtbeziehungen vernachlässigt. Für Lemos und Agrawal ist insbesondere die Umstrukturierung von Regierungskompetenzen problematisch. Diese geschehe auf eine Weise, die die Fähigkeit des Staates unterminiert, bei Themen einzuschreiten, die redistributive Politik erfordern, so zum Beispiel die Anpassung an den Klimawandel (Lemos & Agrawal 2006; S. 313).

Grüne Gouvernamentalität

Der Diskurs der ‚grünen Gouvernamentalität‘ ist weniger an einem (Leit-)Begriff, wie der Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung, oder an distinkten Steuerungsmustern, wie der Diskurs der multilateralen, globalen Governance, aufgehängt als vielmehr an einer spezifischen analytischen Perspektive, die vor allem auf Arbeiten von Michel Foucault zurückgeht. Im Diskurs der grünen Gouvernamentalität kommen vor allem globale Governance-Prozesse in den Blick, die im Schnittbereich des modernen Verwaltungsstaats, globaler wissenschaftlicher Netzwerke und des transnationalen Unternehmensbereichs verortet sind (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 126). Das Konzept der Gouvernamentalität wurde von Michel Foucault eingeführt, um das Prinzip der Selbstregulation und Selbstregierung (*conduct of conduct*) zu beschreiben (Dean 1999; S. 20). Foucault (1980; S. 141) zeigt auf, wie die Entstehung liberaler Gouvernamentalität mit dem Aufstreben moderner kapitalistischer Gesellschaften einhergeht. Das auf ‚souveräner Macht‘ beruhende, zentralisierte rechtlich-institutionelle Modell wurde mit Foucault durch die sogenannte ‚Bio-Macht‘ liberaler Gouvernamentalität ersetzt, die selbst in den Körper des Subjektes eingeschrieben ist und alle Aspekte menschlichen Lebens umfasst (Petersen & Krisjansen 2015; S. 30). Damit entfernt sich der Ort der Macht vom Staat (Rutherford 2007; S. 293). Im Fokus der liberalen Gouvernamentalität stehen die Messung und Kontrolle von Bevölkerungstrends mit Bezug auf Gesundheit, Hygiene, Geburtenrate, Lebenserwartung usw. Regieren bedeutet, bestimmte Wahrheiten zu konstruieren und zu verbreiten. Die Verbreitung erfolgt mithilfe vielfältiger Normalisierungs- und Disziplinierungstechniken, Methoden und Praktiken, die sich über zahlreiche Ebenen ausbreiten: das Subjekt, (Staats-)Gebiete, Nationen, die Bevölkerung und die Welt (Rutherford 2007; S. 293, Petersen & Krisjansen 2015; S. 30).

‚Grüne Gouvernamentalität‘ verweist nun darauf, dass die oben beschriebenen Prinzipien und Mechanismen auch im Feld der Umweltregulierung Platz gegriffen haben. Seit Mitte der 1990er Jahre verweisen Sozialwissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darauf, dass in der globalen Umweltpolitik ein neues gouvernementales Repertoire an Wissen und Instrumenten entwickelt wurde (Rutherford 2007; S. 298). So ist in den Diskurs der nachhaltigen Entwicklung stark die Vorstellung von der ‚Verwaltung‘ der Natur durch den Menschen eingeschrieben (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 127). Anknüpfend an Konzepte wie ‚Umweltkapazität‘ haben Experten in den vergangenen Jahrzehnten Programme und Initiativen gestartet, um die Natur sowie umweltschädliche menschliche Aktivitäten zu vermessen, zu beobachten und zu managen (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 127, Rutherford 2007; S. 298). Mit der Einbindung von Expertise und wissenschaftlichen Kenntnissen unterschiedlicher Akteure in internationale Beratungsgremien und Expertennetzwerke, wie das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), wurde neues ‚Öko-Wissen‘ erzeugt (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 127, Oels 2005). Andere wichtige Akteure im Diskurs der grünen Gouvernamentalität sind Hybridorganisationen wie das *Worldwatch Institut*, das Messungen und Statistiken über globale Bevölkerungstrends,

Verlust von Biodiversität, Umweltzerstörung, Klimawandel und viele mehr sammelt (Rutherford 2007; S. 295).

Luke (1999) zufolge klassifizieren und legitimieren diese Praktiken bestimmte für angemessen gehaltene Arten und Weisen, mit der Umwelt umzugehen. Das zuletzt stark propagierte Konzept der ‚Erdsystemwissenschaften‘ (*Earth System Sciences*) (Steffen et al. 2004) liefert ein gutes Beispiel für die weitreichenden Ansprüche dieser von der Wissenschaft vorangetriebenen ‚Verwaltung‘ des globalen Umweltwandels. Internationale Forschungsprogramme, wie *Future Earth*, verstehen – und konstruieren – die Natur als ein kohärentes System im Sinne einer ‚planetary machinery‘ (Steffen et al. 2004; S. 9), das die Voraussetzungen für Leben schafft und daher Beobachtung und Management erfordert. Grundsätzlich wird angenommen, dass eine umfangreiche Darstellung des ‚Systems Erde‘ es der Wissenschaft erlaubt, Interaktionen zwischen Natur und Gesellschaft entlang nachhaltiger Leitplanken zu steuern (Crutzen 2002, Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 128). Insgesamt weist der Diskurs der grünen Gouvernamentalität damit stark technozentrische Züge auf.

Wie der Diskurs der ökologischen Modernisierung ist auch jener der grünen Gouvernamentalität vor allem in Industriegesellschaften vorherrschend (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 128, Oels 2005). Diese Dominanz ist ein Anknüpfungspunkt für (zum Teil weitreichende) Kritik. So wurde beispielsweise der dem Diskurs zugrundeliegende *Top-Down*-Ansatz mit dem → Argument kritisiert, dass er alternative Verständnisse von Natur marginalisieren würde. Durch einen abstrakten und machtzentrierten globalen Ansatz (*global gaze*), würde die Natur als ‚globale Infrastruktur‘ aufgefasst, die staatlichem Schutz und Management aber auch staatlicher Beherrschung unterworfen wird (Litfin 1997). Die Messungen, die diesen ‚globalen Blick‘ untermauern, übergehen – so die Kritik – lokale soziale und wirtschaftliche Unterschiede und Besonderheiten. Dieser technokratische und instrumentelle Ansatz stützt Experten aus der Wissenschaft und globale politische Eliten, wohingegen er Frauen und andere benachteiligte Gruppen durch ethnische oder soziale Zuschreibungen als ‚Fremde‘ und ‚Minderheiten‘ marginalisiert (Rutherford 2007; S. 301).

Diesem hierarchischen Modell von grüner Gouvernamentalität wird in der Literatur zunehmend auch eine reflexive Lesart entgegengehalten. Diese versucht, das vorherrschende Narrativ weltweiten Managements durch eine Narrativ der Bescheidenheit und Selbst-Reflexion zu ersetzen (Litfin 1997). In der reflexiven Version des Diskurses erkennen globale Eliten die Komplexität lokaler Situationen an und laden lokale Akteure ein, sich an der Schaffung gerechter und glaubwürdiger Institutionen zu beteiligen (Bäckstrand & Lövbrand 2007; S. 129).

Ökologische Zivilgesellschaft (*civic environmentalism*)

In den letzten Jahren stellten verschiedene Gegendiskurse die dominanten Diskurse des Neoliberalismus und der grünen Gouvernamentalität zunehmend in Frage. Einer der bedeutendsten unter ihnen ist der Diskurs über die ‚ökologische Zivilgesellschaft‘ (Dürbeck & Feindt 2010) (engl. *civic environmentalism*). Seine Wurzeln gehen auf globaler Ebene auf die Rio-Konferenz 1992 zurück (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 55). Im Zentrum des Diskurses steht die Annahme, dass Umweltproblemen aufgrund ihrer Komplexität mit holistischen, adaptiven *bottom-up*-Ansätzen begegnet werden muss (Layzer 2002; S. 193). Diese Ansätze sollen lokalen Akteuren, die direkt von Umweltproblemen betroffen sind oder ein legitimes Interesse in Lösungsprozessen haben, die Möglichkeit der Partizipation eröffnen (Abel & Stephan 2000; S. 614, John 1994, Layzer 2002; S. 193). Lokale Akteure und Gruppen sollten über Umweltprobleme informiert werden und ein Mitspracherecht darüber erhalten, wenn es um die Entwicklung von Lösungen für diese Probleme geht (Nielsen 2014; S. 265). Diese Annahmen charakterisieren den Diskurs als transformativ und problemlösungsorientiert.

Partizipation und die Beteiligung von werden somit als zentrale Elemente einer effektiveren umweltpolitischen Multilateralität gesehen, welche auch Alternativen zu dem Demokratiedefizit globaler Um-

weltpolitik klassischer Prägung aufzeigen sollen (Lemos & Agrawal 2006; S. 309). Zusammengefasst führen diese Elemente zu einem Narrativ der ‚demokratischen Effizienz‘, das für Löwbrand und Bäckstrand (2006; S. 55) den Kern des Diskurses zur ökologischen Zivilgesellschaft ausmacht. Dass dieses Narrativ auch realpolitisch Einfluss gewinnt, wird unter anderem dadurch verdeutlicht, dass zuletzt eher marginalisierte Bevölkerungsgruppen, wie Frauen, Jugendliche oder indigene Völker, in Multilateralität und globale Umweltpolitik vermehrt einbezogen werden (Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 55). Das ‚Zivilgesellschaftliche Forum‘ der Rio-Konferenz 1992 wurde zum Vorbild für spätere Umwelt-, Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsgipfel (Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 55). Obwohl die Souveränität und legale Rolle von Staaten als die Akteure mit Entscheidungsautorität in internationalen Verhandlungen bestehen bleibt, entstehen durch die aktive Beteiligung wichtiger Gruppen und nichtstaatlicher Akteure, zum Beispiel Unternehmen und NGOs, polyzentrische, komplexe Governance-Arrangements auf mehreren Ebenen (Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 55, Lemos & Agrawal 2006; S. 301).

Zusätzlich zu partizipativen *bottom-up*-Prozessen und demokratischer Effizienz betont der Diskurs der ökologischen Zivilgesellschaft auch Themen wie Umweltgerechtigkeit, lokales Wissen und alternative Wertesysteme als wichtige Elemente ökologischer Nachhaltigkeit (Arts et al. 2010, Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 56, Nielsen 2014; S. 265). Damit ist der Diskurs von einem hohen Grad an Mehrdimensionalität beziehungsweise Fragmentierung geprägt. Bäckstrand und Löwbrand (2006; S. 56) unterscheiden eine eher reformistische und eine eher radikale Lesart, die sich aufgrund ihrer Annahmen zum souveränen Staat und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unterscheiden.

Für die moderate, reformorientierte Form von ökologischer Zivilgesellschaft ist Stakeholder-Partizipation ein komplementäres Element zu staatszentrierten Steuerungspraktiken, zentralisierten Entscheidungsprozessen und internationalen Verhandlungen souveräner Staaten (John 1994). Partizipation wird als ein Mittel der Legitimierung bzw. Herstellung öffentlicher Rechenschaft bestehender supranationaler Institutionen betrachtet. Dies steht im Einklang mit dem Prinzip ‚Guter Regierungsführung‘ (*good governance*), das oben vorgestellt wurde. Dementsprechend wird die reformistische Lesart mitunter auch als ‚partizipative Multilateralität‘ beschrieben (Bäckstrand & Löwbrand 2007; S. 134). Im Gegensatz zum oben beschriebenen Diskurs der multilateralen, globalen Governance steht dieser Diskurs rein markt-basierten Ansätzen zur Lösung umweltpolitischer Probleme eher kritisch gegenüber. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass der Diskurs der ökologischen Zivilgesellschaft Fragen der Umweltgerechtigkeit ein größeres Gewicht einräumt. Befürworter und Befürworterinnen des Diskurses argumentieren, dass direkte Partizipation bei Entscheidungsprozessen und Integration in den institutionellen Rahmen neo-liberale Einflüsse ausgleichen könnten (Nielsen 2014; S. 265).

Die radikalere, transformationsorientierte Lesart des Diskurses steht markt-basierten Ansätzen und von Experten entwickelten Lösungsansätzen ausgesprochen kritisch gegenüber. Diskursträger sehen vielmehr die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen von Konsummustern und bestehender Institutionen, um eine umweltfreundliche und gerechte Weltordnung zu schaffen (Dryzek 2005, Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 56, Nielsen 2014). Diese → Argumente sind Teil von gegen den Neoliberalismus gerichteten Narrativen über Mächtige und Machtlose. Vorherrschende Souveränitäts-, Kapitalismus-, Wissenschafts-, Patriarchats- und sogar Modernitätsstrukturen werden als Verursacher und Verstärker von Umweltkrisen ausgemacht. Auch werden häufig Überschneidungen zwischen Umweltkrisen und Mustern struktureller Ungleichheiten zwischen Entwicklungs- und Industrienationen konstatiert (Bäckstrand & Löwbrand 2006; S. 56). Darüber hinaus werden multilaterale Finanzinstitutionen, wie die Weltbank, und die Vereinten Nationen für einen neo-liberalen Ansatz kritisiert, der sich im Streben nach marktorientierter Politikgestaltung, Privatisierung und Deregulierung zeigt und einem effektiven Umweltschutz entgegensteht.

Die radikale Form des Diskurses zur ökologischen Zivilgesellschaft wird vorwiegend von kritischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Nichtregierungsorganisationen und transnationalen

Netzwerken artikuliert. Sie rufen die Zivilgesellschaft dazu auf, die Gerechtigkeit vorherrschender Machtstrukturen, die das globale Institutionengefüge derzeit ausmachen, zu hinterfragen und Widerstand gegen sie zu leisten. Als Beispiele für solche Machtstrukturen werden Partnerschaftsvereinbarungen und freiwillige Umweltschutzvereinbarungen angeführt. Diese stehen für die Proponenten des Diskurses für den Rückzug des Staates und die zunehmende Macht transnationaler Unternehmen und Kapitalakkumulation und verbergen globaler Umweltpolitik zugrunde liegende Macht- und Herrschaftsbeziehungen (Bäckstrand & Lövbrand 2006; S. 56). So werden viele aktuelle umweltpolitische Ansätze grundsätzlich in Frage gestellt: Das Programm zur „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung“ (REDD+) wird zum Beispiel ob seiner starken Marktorientierung kritisiert, seiner Fokussierung auf (monetarisierbare) Ökosystemdienstleistungen und seiner technokratischen Verengung auf Fragen des CO₂-Ausstoßes (Nielsen 2014; S. 265). Die Diskursträger distanzieren sich dementsprechend oft sowohl von Regierungen als auch vom ‚korporativen Kapitalismus‘; sie sind u.a. bestrebt, alternative, auf Selbstversorgung beruhende Nationalökonomien zu entwickeln.

Beide Varianten des Diskurses zur ökologischen Zivilgesellschaft wurden dafür kritisiert, zivilgesellschaftlicher Beteiligung (in allen Formen) zu viel Vertrauen entgegenzubringen. Abel und Stephan (2000; S. 614) argumentieren, dass in umweltpolitischen Governance-Prozessen die postulierten positiven Einflüsse nichtstaatlicher Akteure empirisch oft nicht nachzuweisen sind. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass gerade lokale Gemeinschaften häufig nicht effektiv in umweltpolitische Prozesse integriert sind. Barrieren für Partizipation müssen deshalb erkannt und überwunden werden (Abel & Stephan 2000; S. 614). Dieser Befund deckt sich auch mit der Beobachtung von Lemos und Agrawal (2006), dass nämlich Außenseiter und marginalisierte Gruppen weiterhin wenig Partizipationsmöglichkeiten haben. Umweltpolitische Basisorganisationen würden von ‚moderaten‘ Umwelt-NGOs (wie beispielsweise WWF und IUCN) und großen transnationalen Institutionen, die vornehmlich westlich-liberale Werte vertreten, verdrängt (Pieck & Moog 2009). Dies könnte dazu führen, dass kritischere Perspektiven systematisch ausgeschlossen werden oder sich kein Gehör verschaffen können (Visseren-Hamakers 2009). Zusätzlich kann die Beteiligung von NGOs an Governance-Prozessen problematisch werden, wenn sich die Rolle und Identität von NGOs als nichtstaatliche Akteure verändert und sie möglicherweise kooptiert werden oder ihren kritischen Standpunkt verlieren (Yamin 2001, Arts et al. 2010; S. 61).

6.4.3 Neologismen

Obwohl Diskurse relativ stabile Formationen sind, so sind sie doch nicht statisch, sondern erfahren regelmäßige Neuinterpretationen und Transformationen. Des Weiteren kommt es im Verlauf eines Diskurses mitunter zur Entwicklung neuer Ideen und Konzepte, wodurch sich gesellschaftlich verankerte symbolische Ordnungen neu arrangieren. Um solche Uminterpretationen, Transformationen und Neudeutungen aufzuzeigen, werden hier zwei Neologismen vorgestellt und rekonstruiert, die in Umweltdebatten der letzten Jahre eine wesentliche Rolle spielten: das Konzept der ‚Nutzungsgrenzen des Planeten‘ (*planetary boundaries*) und das Konzept der ‚Bioökonomie‘. Für diese beiden Konzepte wird bewusst der Begriff des Neologismus und nicht jener des Diskurses verwendet, da im Moment noch nicht abschätzbar ist, welche Reichweite, Breite und Tiefe diese Konzepte in der umweltpolitischen Debatte erreichen werden. Der Nachweis, ob ein Neologismus in der Lage ist, weitere politische und soziale Debatten zu beeinflussen vermag, kann wohl erst in ein paar Jahren erbracht werden.

Nutzungsgrenzen des Planeten (*planetary boundaries*)

Seit seiner Entstehung in den 1970er Jahren wurde der Diskurs zu den Grenzen des Wachstums mehrfach neu interpretiert und aktualisiert (Dryzek 2005; S. 19). Zuletzt wurde dem Diskurs durch das Konzept der ‚Nutzungsgrenzen des Planeten‘ neue Bedeutung verliehen (Dryzek 2013). Das Konzept der ‚*planetary boundaries*‘ wurde auf einem Workshop des *Stockholm Resilience Centres*, des *Stockholm Environment Institute* und der *Tällber Foundation* 2008 durch eine Gruppe von Wissenschaftlern und

Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen vorgestellt. Diese beschäftigte dabei die Frage, welche globalen Dynamiken nötig sind, um die Erde in dem als Holozän bezeichneten Erdzeitabschnitt, dessen stabiles Klima menschlichen Fortschritt ermöglicht und vorangetrieben hat, zu erhalten (Pisano & Berger 2013; S. 5). In einem nächsten Schritt der Operationalisierung wurden neun planetare Grenzen, mit welchen ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit umrissen werden kann, vorgeschlagen und empirisch ausgeleuchtet (Rockström et al. 2009). Das vorgeschlagene Konzept basiert auf der Annahme, dass nur innerhalb der planetaren Grenzen, das Wohlergehen zukünftiger Generationen gewährleistet werden kann. In diesem Sinne entwirft die Erarbeitung eines sicheren Handlungsrahmens Obergrenzen für Umweltverschmutzung und setzt Mindestwerte für soziale Standards.

Konzeptionell sind die Nutzungsgrenzen des Planeten an eine Reihe von umweltpolitischen Perspektiven und Prinzipien angelehnt: Sie stehen vor allem im Zusammenhang mit Konzeptionen von ‚Risiko‘, Vorsorgeprinzip und Warnungen vor irreversiblen Veränderungen der Umwelt (Pisano & Berger 2013; S. 5). Rockström et al. (2009; S. 5) definieren das Konzept planetarer Nutzungsgrenzen *“human determined values of the control variable set at a ‘safe’ distance from a dangerous level (for processes without known thresholds at the continental to global scales) or from its global threshold”*. Grenzen werden auf Grundlage normativer Urteile festgelegt, die zwar von wissenschaftlichen Erkenntnissen beeinflusst werden, jedoch größtenteils auf menschlicher Risikowahrnehmung beruhen (Steffen, Rockström, & Constanza 2011; S. 61). Sowohl die Ausgangsstudie aus 2009 (Rockström et al. 2009) als auch das Update aus 2015 (Steffen et al. 2015) weisen drei planetare Grenzen als überschritten auf: Klimawandel, Verlust von Biodiversität und Stickstoffkreislauf.

Anschließend an diese empirischen Einsichten argumentieren einige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, dass die Erde in das neue geologische Zeitalter des ‚Anthropozäns‘ eingetreten ist. Die Debatten darüber, ob es für die Hypothese eines Anthropozäns genügend Beweise gibt, dauert noch an. Auch unter den Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, welche die Hypothese des Anthropozäns vertreten, gibt es Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Beginns dieser Epoche. Zumeist wird argumentiert, dass das Anthropozän mit der Industriellen Revolution begann, als die Nutzung fossiler Brennstoffe sich verbreitete und sich menschliche Aktivitäten und Einflüsse drastisch verstärkten (Pisano & Berger 2013; S. 6).

In den Konzepten der planetaren Grenzen und des Anthropozäns nimmt der Begriff der Reflexivität eine zentrale Rolle ein. Die eher technozentrische Perspektive der Konzepte widerspiegelnd wird ‚Reflexivität‘ durch die Annahme eingegrenzt, dass Wissenschaft und bessere Kenntnisse zu den globalen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen der Entwurf und die Umsetzung einer besseren aktiven Governance des Erdsystems ermöglichen (Pisano & Berger 2013; S. 7). Wenn Rockström et al. die Erde als ‚komplexes System‘ darstellen, dann nehmen sie dabei interessanterweise explizit auf eine Reihe umweltpolitischer Konzepte der letzten vier bis fünf Jahrzehnte Bezug, u.a. die ‚Grenzen des Wachstums‘ (Meadows et al. 1972), das Konzept der ‚Safe Minimum Standards‘ (Ciriacy-Wantrup 1952, Bishop 1978, Crowards 1998), das Vorsorgeprinzip (Rafensperger & Tickner 1999) und das Konzept der ‚Toleranzfenster‘ (WBGU 1995, Petschel-Held et al. 1999) (alle zitiert in Rockström et al. 2009; S. 6). Dryzek (2013) weist auf zahlreiche Parallelen zwischen dem Konzept der ‚Nutzungsgrenzen des Planeten‘ und dem Diskurs zu den Grenzen des Wachstums hin, er betont jedoch auch, dass die beiden nicht vollständig analog sind: Während der frühe Debatte um die Grenzen des Wachstums noch vorwiegend auf natürliche Ressourcen fokussiert war, nehmen die Nutzungsgrenzen in einer breiteren Perspektive Ökosysteme in den Blick; letztere werden im Grenzen-Diskurs lediglich als Quelle von Ressourcen berücksichtigt.

Andere Konzepte, die mit den Nutzungsgrenzen des Planeten diskursiv verknüpft sind, sind jene der ‚Kipp-Punkte‘ (*tipping points*) und der ‚kritischen Übergänge‘ (*critical transitions*). Beide Konzepte

spiegeln die Vorstellung wider, dass kleine Störungen bestimmter Teile des Erdsystems unter bestimmten Bedingungen zum Übergang in einen neuen Zustand und damit einen neuen Stabilitätsbereich führen (Biermann 2012; S. 5, Rockström et al. 2009; S. 4).

Die Forschungsergebnisse von Rockström et al. aus dem Jahr 2009 erweckten große Aufmerksamkeit von Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen, Staatschefs und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon beispielsweise hat bei Diskussionen über nachhaltige Entwicklung mehrfach auf die ‚Nutzungsgrenzen des Planeten‘ Bezug genommen. Zudem enthalten bereits viele Berichte und Dokumente der UN das Konzept (Global Sustainable Development Report 2014; UN High-Level Report ‘Resilient People, resilient planet. A future worth choosing’, 2012). Im Jahr 2013 wurde das sogenannte ‚Sustainable Development Solutions Network‘ initiiert, für das Rockström und Sachs (2013) ein Hintergrund- und Strategiepapier für die Entwicklungsagenda nach 2015 entwarfen. In diesem Hintergrundpapier wird eine Neudefinition des Begriffs ‚Nachhaltige Entwicklung‘ vorgeschlagen, welche die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Nutzungsgrenzen der planetaren Lebensgrundlagen erhält und trotzdem eine sichere Grundlage für Innovation und menschlichen Wohlstand ermöglicht (Rockström, Sachs, Öhman, & Schmidt-Traub 2013; S. 3).

In den Debatten zu den Nutzungsgrenzen des Planeten wird häufig die sogenannte ‚Governance des Erdsystems‘ als Lösungsansatz für Umweltprobleme vorgebracht. Bezugnehmend auf das Konzept des ‚Anthropozäns‘ als neuer geologischer Epoche wird die Menschheit als ‚geologische Kraft‘ anerkannt, ihr gleichzeitig aber auch die Verantwortung auferlegt, Governance-Mechanismen zu schaffen, die es ermöglichen, menschliche Aktivitäten bewusst so zu steuern, dass die langfristige Stabilität geobiophysischer Systeme erhalten bleibt. Diese Steuerungsprozesse ermöglichen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen zu planetaren Nutzungsgrenzen aufbauend die Entwicklung von ‚Wegweisern‘, welche helfen sollen, umweltbezogene Ziele zu setzen und zu erreichen. Solche Wegweiser beschränken die Wahlmöglichkeiten für umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungen. Dementsprechend werden die Nutzungsgrenzen des Planeten als ein zusätzliches Element nachhaltiger Entwicklung betrachtet, das dem Einfluss menschlicher Aktivitäten auf das Erdsystem Grenzen setzt (Biermann 2012; S. 5).

Das Konzept der Nutzungsgrenzen des Planeten findet durchaus auch im Kreise der (kritischen) Sozialwissenschaft Anklang und Unterstützung. So argumentieren zum Beispiel Hajer et al. (2015), dass das Konzept der Nutzungsgrenzen gut dafür geeignet ist, die Dringlichkeit umweltpolitischer Probleme hervorzuheben und damit Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in die Programme und Praktiken zentraler politischer und wirtschaftlicher Handlungsträger und Handlungsträgerinnen einzubringen. Diese Einschätzung wird damit begründet, dass der Fokus der Nutzungsgrenzen auf jenen umweltbezogenen Bedingungen liegt, die nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Hajer et al. (2015) argumentieren, dass die neun Bedingungen durch die Definition als ‚Nutzungsgrenzen‘ soziale und politische Aufmerksamkeit generieren und die Bedeutung eines alternativen Entwicklungspfades, der auf global vereinbarten Nachhaltigkeitszielen beruht, hervorheben können (Hajer et al. 2015; S. 1654). Vor diesem Hintergrund wird das Konzept in der Diskurslandkarte (vergleiche Abbildung 3) im Feld der reformorientierten Diskurse verortet. Die Notwendigkeit, neue Governance-Strategien zu entwickeln, die in der Lage sind, umfassendem Umweltwandel zu begegnen, wird hierbei allgemein anerkannt, auch wenn die Ursache für Umweltprobleme nicht ausschließlich ökonomischen oder politischen Strukturen moderner Industriegesellschaften zugeordnet wird. Stattdessen wird argumentiert, dass eine Umkehr ökologischer Trends, die die Menschheit bedrohen, (auch) durch eine Stärkung von Wissenschaft und Technik erreicht werden kann.

Dem Konzept der Nutzungsgrenzen des Planeten wurden gleichzeitig auch verschiedene Kritiken entgegengebracht. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass das Konzept in sich nicht schlüssig sei. Es übergehe die hohe Unsicherheit und die begrenzte wissenschaftliche Kenntnis über Funktionsweisen und Dynamiken biophysischer Systemen und deren Grenzen (Biermann 2012; S. 4, Rockström et al.

2009; S. 5, Galaz et al. 2012; S. 1). Galaz et al. sind darüber hinaus der Meinung, dass richtungsweisende politische Entscheidungen, die auf der Basis von Schwellenwerten und Kipp-Punkten getroffen werden, Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen dazu verleiten könnten, einfachen und kurzfristigen Entscheidungen gegenüber längerfristig wirkenden Minderungsmaßnahmen den Vorzug zu geben (Galaz et al. 2012; S. 1). Eine andere Kritik argumentiert, dass das Konzept der Nutzungsgrenzen zur Verlagerung von Problemen führen könne. Eine Verbesserung mit Bezug auf eine Nutzungsgrenze könnte zur Verschlechterung mit Bezug auf eine andere Grenze führen (Galaz et al. 2012; S. 2). Eine weitere Kritik richtet sich gegen die ‚globale Perspektive‘, welche zu einer Homogenisierung der Menschheit führe. Die unterschiedlichen Ansprüche, Interessen und Fähigkeiten von Ländern und gesellschaftlichen Gruppen würden ignoriert (Palsson et al. 2013; S. 7) und Gerechtigkeit und Fairness im Zusammenhang mit dem globalen Umweltwandel übergangen. Darüber hinaus fokussiert das Konzept ausschließlich auf die Umweltbedingungen, die menschliches Leben ermöglichen und nicht auf andere Lebensformen und nicht-lebendige Bestandteile des Planeten.

Bioökonomie

Während das Konzept der Nutzungsgrenzen des Planeten anfangs vor allem von wissenschaftlichen Akteuren geprägt war und bis heute stark expertisegetrieben ist, ist das Konzept der ‚Bioökonomie‘ stärker mit politischen und ökonomischen Akteuren und deren Agenden verknüpft. Der Begriff ‚Bioökonomie‘ erlangte im Jahr 2005 im Rahmen einer breit angelegten Konsultation der Europäischen Union (EU) größere Bekanntheit. Als Ergebnis dieses Konsultationsprozesses wurde im Jahr 2007 auf einer Konferenz der deutschen Ratspräsidentschaft ein Bericht mit dem Titel *En route to the Knowledge-based Bioeconomy* veröffentlicht (Braun 2013; S. 3). Auf nationaler Ebene veröffentlichte das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2010 die ‚Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030‘ und initiierte zusammen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Forschungs- und Technologierat ‚Bioökonomie‘. Seitdem wird der Begriff Bioökonomie in politischen Dokumenten, zum Beispiel der Strategie der Europäischen Kommission *Innovation für nachhaltiges Wachstum: eine Bioökonomie für Europa*, prominent (Staffas, Gustavsson & McCormick 2013). Viele Staaten haben seitdem eigene Strategien und Programme zur Biotechnologie und zu biobasierten Produkten und Industrien entwickelt (Pülzl, Kleinschmit & Arts 2014; S. 386). Eine größere Anzahl von Länder entwickelte Strategien, welche die Bereiche Biotechnologie und biobasierte Industrien unter dem Konzept der ‚Bioökonomie‘ zusammenfassen und zu integrieren versuchen (Staffas, Gustavsson & McCormick 2013; S. 2752).

Allgemein bezieht sich der Begriff ‚Bioökonomie‘ auf die ‚Biologisierung‘ der Wirtschaft als Industriestrategie, die vor dem Hintergrund von Ressourcenverknappung und Klimawandel entstanden ist (Braun 2013; S. 5). Jedoch findet sich nicht in allen Strategien eine allgemeine Definition des Konzeptes, da dieses noch sehr neu ist. Mit der zunehmenden Forschung zu biobasierten Produkten hat sich die Verwendung der Begriffe ‚Bioökonomie‘ und biobasierte Wirtschaft entwickelt, wobei beide Begriffe häufig synonym verwendet werden. Staffas et al. (2013; S. 2755) verweisen dennoch auf Bedeutungsunterschiede und andere Verwendungen: Der Begriff ‚Bioökonomie‘ stammt ursprünglich aus dem Bereich biomedizinischer Technologien. Aufgrund des Potentials oder Versprechens ökonomischer Wertschöpfung wird er jedoch auch in anderen Technologien gerechtfertigt. Hinzu kommt die Möglichkeit, individuelle Lebenssituationen durch eine bessere Verfügbarkeit von Gesundheitsdienstleistungen zu verbessern. Folglich haben viele Regierungen begonnen, Bioforschung, Biotechnologie und Biomedizin zu fördern, indem bestimmte Regionen oder Städte zu bioökonomischen Zentren ausgebaut wurden (Petersen & Krisjansen 2015; S. 30).

Mit dem Versprechen, die Verbesserung individueller Lebenssituationen zu ermöglichen, ist dieser Wirtschaftszweig stark von Innovationen getrieben; dementsprechend ist auch der verknüpfte Diskurs

stark technozentrisch geprägt. Die Schaffung und die ökonomische Verwertung von Ideen insbesondere über das Patentsystem sind heute wesentliche Bestandteile der Bioökonomie. Es werden häufig nicht Produkte verkauft, sondern vielmehr sind es die Eigentumsrechte an den Ideen, die Überschüsse für Investitionen abwerfen sollen (Petersen & Krisjansen 2015; S. 34). Brown (2003) weist jedoch darauf hin, dass technologische Innovationsprozesse Zyklen unterworfen sind, sodass frühe Hoffnung selten im Verhältnis mit tatsächlichen Ergebnissen stehen (2003; S. 3). Bioökonomischen Projekten gelingt es mitunter nicht, ausreichend Risikokapital anzuziehen, weil das Risiko von Gerichtsverhandlungen und behördlicher Zustimmung vor der Marktzulassung auf diesem Markt sehr hoch eingestuft wird.

Die OECD verwendet das Bioökonomie-Konzept, um die Umwandlung von biowissenschaftlichem Wissen in nachhaltige, öko-effiziente und wettbewerbsfähige Produkte zu beschreiben. Die deutsche Bioökonomie-Strategie verwendet das Konzept umgekehrt schwerpunktmäßig mit Bezug auf Rohstoffe und nicht deren Umwandlung (Staffas, Gustavsson & McCormick 2013; S. 2755). Dennoch heben Staffas et al. (2013) hervor, dass drei Hauptproblematiken in beiden Konzepten und den dazugehörigen Strategien auftreten. Dies sind: a) das Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Ambitionen; b) die begrenzte Berücksichtigung der Messung von Fortschritten beim Erreichen der Ziele von Bioökonomie-Strategien und -Programmen; c) die Herausforderungen einer begrenzten Ressourcenversorgung (2013; S. 2755). Interessant ist, dass die Problematik der Ressourcenknappheit häufiger in Strategien für eine biobasierte Wirtschaft angesprochen wird, als in Bioökonomie-Strategien im eigentlichen Sinne. Im Allgemeinen konzentrieren sich Bioökonomie-Strategien stärker auf Biowissenschaften und Biotechnologie, für die Ressourcenknappheit und Rohstoffe keine relevanten Faktoren sind. Im Gegensatz dazu bildet bei der biobasierten Wirtschaft die Umwandlung von Ressourcen in Produkte die Grundlage der Wirtschaft. Die Frage nach Ressourcenknappheit ist daher von höchster Relevanz und taucht in den entsprechenden Strategien häufiger auf (Staffas, Gustavsson & McCormick 2013; S. 2765).

Befürworter und Befürworterinnen der Bioökonomie argumentieren, dass diese einen zentralen Beitrag zum Umgang mit Problemen des zunehmenden Bevölkerungswachstums, höherer Lebensstandards und abnehmender Ressourcenvorkommen leisten kann. Außerdem können bio-basierte erneuerbare Ressourcen zur notwendigen Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe beitragen (Braun 2013; S. 5). Die Europäische Strategie definiert ‚Bioökonomie‘ als “die Produktion erneuerbarer biologischer Ressourcen sowie deren Umwandlung in Lebensmittel, Futter und Produkte auf biologischer Basis.“ Sie umfasst die Sektoren Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Lebensmittel und Papier sowie Teile der chemischen, biotechnologischen und energieproduzierenden Sektoren (Braun 2013; S. 3). Aus dieser Perspektive steht ‚Bioökonomie‘ für Wandel hin zur nachhaltigen Nutzung Ressourcen, einschließlich Abfall und Nebenprodukte, die neue Marktchancen eröffnen und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit von Umweltbelastungen reduzieren (Braun 2013; S. 3). Für die OECD erfordert wirtschaftliches Wachstum innerhalb einer ‚Bioökonomie‘ die Entkopplung des wirtschaftlichen Wachstums von der Umweltverschmutzung und gewährleistet daher Nachhaltigkeit. Auch die deutsche Strategie nahm eine eher weit gefasste Definition des Begriffes an, indem sie ‚Bioökonomie‘ als “wissensbasierte Erzeugung und Nutzung biologischer Ressourcen, um Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in allen wirtschaftlichen Sektoren im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems bereitzustellen” (Bioökonomierat 2013) definierte. Die zentralen Handlungsfelder sind die Sicherstellung globaler Lebensmittelversorgung; die Sicherung nachhaltiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse; die Produktion gesunder und sicherer Lebensmittel; die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in der Industrie; und die Entwicklung erneuerbarer Energieträger (Staffas, Gustavsson & McCormick 2013; S. 2761).

Wie oben bereits festgehalten, entstand das Konzept der ‚Bioökonomie‘ erst Mitte der 2000er-Jahre, einer Zeit, die an sich von den Diskursen in der nachhaltigen Entwicklung, des Neoliberalismus, der ökologischen Zivilgesellschaft und der ‚Global Governance‘ bestimmt waren (Pülzl, Kleinschmit & Arts

2014; S. 389). Dementsprechend Patchwork-artig stellt sich auch die Begründungsstruktur der Bioökonomie dar: In ihr verbinden sich Ideen und → Argumente aus dem Diskurs zu den Grenzen des Wachstums, zur ökologischen Modernisierung und zum Neoliberalismus. Insgesamt weist das Konzept deutlich reformorientierte Züge auf, obwohl Reformen natürlich vor allem auf die Entwicklung wirtschaftlicher Perspektiven beziehen. Das Ziel der Bioökonomie sollte es sein, nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, wobei jedoch in der realweltlichen Umsetzung regelmäßig soziale und ökologische Aspekte gegenüber ökonomischen Aspekten vernachlässigt werden (Pülzl et al. 2014; S. 390). Bio-basierte Produkte werden häufig unabhängig von ihren natürlichen und sozialen Kontexten betrachtet und als Produkte technologischer Prozesse angesehen. Für Kitchen und Marsden (2011; S. 758) steht Bioökonomie für ein kapitalistisch geprägtes Regime, das sich der Umwelt- und Lebenswissenschaften bedient, um in Zeiten steigender Ressourcenknappheit und wachsender Bevölkerungszahlen komparative (ökonomische) Vorteile zu erlangen. Michel Foucault beschrieb diesen Prozess bereits mit dem Begriff der ‚Biopolitik‘, den er einführte, um eine neue liberale Rationalität der Regierung in Bezug auf die Kontrolle biologischer Merkmale der Bevölkerung zu erklären (Petersen & Krisjansen 2015; S. 30). Jüngere Veröffentlichungen zu diesem Begriff setzen diese Rationalität in Bezug zum Wirtschaftssystem. Bioökonomie wird als das Ergebnis der Schaffung eines neuen Wirtschaftsraums gesehen, der sich an die Wirtschaftlichkeit der Lebenskraft richtet und medizinische und politische Wahrnehmungen bzw. Praktiken verändert. Darüber hinaus definiert dieser neue Wirtschaftsraum die Rolle der Wissenschaft und der Aktienmärkte und kreiert eng verflochtene Netzwerke aus Industrie, NGOs, Verwaltungen und Betrieben. So argumentieren Gottwald und Krätzer (2014), dass Bioökonomie totalitäre Züge habe, da der Begriff „nicht etwa eine Ökologisierung der Ökonomie, sondern eine Ökonomisierung des Biologischen, also des Lebendigen“ anstrebe (ibid; S. 12). Es wird also auf die Erzeugung von ‚Biowert‘ und die Nachfrage von Investoren abgezielt und folglich sind Biopolitik und Bioökonomie heute eng miteinander verbunden (Petersen & Krisjansen 2015; S. 30).

Kritiker und Kritikerinnen bemängeln, dass es sich bei Bioökonomie um kein innovatives Konzept, sondern nur um einen neuen Slogan für alte Ideen handelt (Pülzl, Kleinschmit & Arts 2014; S. 386). Während die Bioökonomie zwar hohe Erwartungen in Bezug auf die Lösung zahlreicher Nachhaltigkeitsprobleme (von Klimakrise über Ressourcenmangel bis Energieknappheit) evoziert, bleiben realweltliche Problemlösungen bislang weitgehend aus. Dies zeigt sich am Beispiel gentechnisch veränderter Organismen (GMOs), deren Ziel, die Herstellung von Ernährungssicherheit, nicht erreicht wurde (Sodano 2013; S. 5). Zudem wird, so ein weiterer Kritikpunkt, die optimistische Stimme, die an die Lösung der aktuellen Probleme durch die Bioökonomie glaubt, von einem Wiederaufleben der Vormachtstellung des Privatsektors und ‚neutraler‘ Wissenschaft bei der Bestimmung von sozialer Wohlfahrt begleitet. Dabei wird die Möglichkeit sozialer Konflikte ignoriert (Sodano 2013; S. 6). Im Jahr 2012 veröffentlichte die technologiekritische *ETC Group* einen Bericht, in dem argumentiert wird, dass die Umsetzung bioökonomischer Prinzipien und Ziele die Gefahr berge, einer zunehmenden Aneignung der Ressourcen der Länder des globalen Südens durch die Länder des globalen Nordens Vorschub zu leisten (ETC Group 2011; S. 1). Dieser Befund deckt sich auch mit der Kritik, dass in der Bioökonomie soziale und ökologische Aspekte hinter den Interessen transnationaler Unternehmen sowie den Ländern und Wirtschaften des globalen Nordens zurückstehen (Petersen & Krisjansen 2015, Sodano 2013; S. 8). Als Antwort darauf entstand zuletzt ein Gegendiskurs, der Gleichheit sowie Menschen- und Naturrechte zu den zentralen Pfeilern moderner Gesellschaften macht und einen kulturellen Wandel in Bezug auf den Umgang mit Natur fordert. Staffas et al. (2013; S. 2764) gehen davon aus, dass mit der Nutzung und Abhängigkeit von biobasierten Ressourcen ernsthafte Konsequenzen verbunden sind, die beim Entwerfen der Strategien und Programme in der Regel nicht berücksichtigt werden. In vielen Strategien fehlt jedoch eine klare Definition der ‚Bioökonomie‘, das heißt konkreter Ziele, die einen Bewertungsprozess ermöglichen.

6.5 Fazit

Politik im Allgemeinen und Umweltpolitik im Speziellen sind durchwegs von konkurrierenden Diskursen geprägt. Diese Diskurse sind nicht statisch, sondern verändern sich mit der Zeit und überschneiden sich häufig. Dieses Kapitel lieferte einen Überblick zu unterschiedlichen, zum Teil konkurrierenden, zum Teil überlappenden, Diskursen vermittels derer in den letzten Jahrzehnten komplexe ökologische, politische, ökonomische und kulturelle Phänomene und Prozesse gerahmt wurden. Dadurch wurden konkurrierende und sich überschneidende Diskurse entflochten. Es wurden vier umweltbezogene Meta-Diskurse vorgestellt, die ein spezifisches Verständnis von den Ursachen von Umweltproblemen und ‚angemessenen‘ Lösungsansätzen vermitteln. Daneben wurden vier Governance-Diskurse beschrieben, die spezifische normative Perspektiven auf die Rolle von und die Interaktionen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft sowie wissenschaftlichen Organisationen einbringen. Schließlich wurde das diskursive Profil zweier Neologismen nachgezeichnet, die in umweltpolitischen Debatten des 21. Jahrhunderts einige Bedeutung erlangt haben. Die folgende Tabelle 1 fasst die in der Diskurslandkarte (vergleiche Abbildung 3) verorteten und oben steckbriefartig beschriebenen Diskurse kompakt zusammen.

Tabelle 1: Zusammenfassung der steckbriefartig beschriebenen Diskurse und Neologismen

Diskurse <i>Zeitliche Einordnung</i>	Zentrale Annahmen, Argumente, Begriffe und Metaphern
Umwelt-(Meta-) Diskurse	
Modernisierung und Industrialisierung <i>1950/60er</i>	Menschen können sich von der Natur ‚befreien‘; Natur wird als ‚Resource‘ verstanden → Umwandlung von ‚Natur‘ in ‚(Kultur-)Landschaft‘, die von Menschen mittels Technologie und Wissenschaft gestaltet und verwaltet werden kann. Betonung des linearen Fortschrittsgedankens und der Förderung materiellen Wohlstands.
Grenzen des Wachstums <i>1960/70er</i>	Sorge über Umweltverschmutzung, Ressourcenübernutzung und Bevölkerungswachstum, die in Verbindung mit industriellen Prozessen stehen → Dramatische, teilweise apokalyptische Rahmungen entlang der Schlüsselbegriffe: ‚Bevölkerungsexplosion‘, ‚Raumschiff Erde‘, Umwelttragfähigkeit etc.
Ökologische Modernisierung <i>1980er</i>	Entkopplung von Umweltzerstörung und Wirtschaftswachstum durch technologische Innovationen; Marktwirtschaft und Industrialisierung als umweltfreundliche Treiber des Wandels → Optimistische Schlüsselkonzepte: Fortschritt, technologische Innovation, Wettbewerbsfähigkeit etc.
Nachhaltige Entwicklung <i>1980/90er</i>	Einklang zwischen Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Armutsbekämpfung als <i>win-win</i> Narrativ; Wirtschaftswachstum führt zu einer umweltfreundlichen Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit (intragenerationell und intergenerationell) → schwache Nachhaltigkeit; Anerkennung der Interessen des Globalen Südens.
Governance-Diskurse	
(Neo-) Liberalismus <i>1980er</i>	Der Markt sortiert effektiv Gewinner und Verlierer aus → Förderung von Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Entpolitisierung etc. Reform des Staates von richtungsgebender zu unterstützender Rolle.
Multilaterale und globale Governance <i>1970er</i>	Globale Umweltprobleme sind nicht an formal definierte Staatsgrenzen gebunden; somit entstehen unauflösbare Abhängigkeiten zwischen Staaten, Autorität ist jedoch stark heterogen und über globalisierten Raum verteilt → Errichtung internationaler Umweltregime; Macht als Einfluss und nicht als Zwang; wichtige Rolle nichtstaatlicher Akteure und zivilgesellschaftlicher Organisationen.
Grüne Gouvernmentalität <i>1990er</i>	Globale Umweltprobleme lassen sich wissenschaftsbasiert erklären und ‚verwalten‘ → Politische Regulierung – gestützt auf Experten und Expertinnen und globale politische Eliten – vermittelt vielfältiger Normalisierungs- und Disziplinierungstechniken bezogen auf Individuen, (Staats-)Gebiete, Bevölkerungsgruppen und die Umwelt („ <i>Earth System Governance</i> “; „ <i>global gaze</i> “).
Ökologische Zivilgesellschaft <i>1990er</i>	Personen (v.a. auf lokaler Ebene), die von Umweltproblemen betroffen sind, haben ein Recht auf Beteiligung; Demokratiedefizite und Umweltprobleme haben gemeinsame Wurzeln, die durch umweltpolitischen Multilateralismus, wie sie sich v.a. in den vielen internationalen Umweltabkommen spiegeln, gelöst werden können → adaptive Prozesse und <i>bottom-up</i> -Ansätze; polyzentrische Governance im Mehrebenensystem (von lokaler bis globaler Ebene)

Diskurse Zeitliche Einordnung	Zentrale Annahmen, Argumente, Begriffe und Metaphern
Neologismen	
Nutzungsgrenzen des Planeten 2000er	Unter Bezug auf das Konzept der ‚Grenzen des Wachstums‘ Notwendigkeit der Identifizierung planetarer Nutzungsgrenzen, unterhalb derer ein ‚sicherer Handlungsraum für die Menschheit‘ umrissen wird → wissenschaftlich definierte Obergrenzen für Umweltverschmutzung und Mindestwerte für soziale Standards; Risiko- und Vorsorgeprinzipien; Warnungen vor irreversiblen Veränderung der Umwelt; Schlüsselbegriff: ‚Anthropozän‘
Bioökonomie 2000er	‚Biologisierung‘ der Wirtschaft als industrielle Strategie; Betonung von technischen und wissenschaftlichen Innovationen, um menschliches Leben zu verbessern und Ressourcenknappheit angesichts wachsender Bevölkerungszahlen und ressourcenintensiver Lebensstile zu überwinden; Ersatz fossiler Brennstoffe durch biobasierte erneuerbare Ressourcen

Quelle: eigene Darstellung

In die Rekonstruktion der beispielhaft vorgestellten und in der Diskurslandkarte verorteten Diskurse und Neologismen wurden zahlreiche Dimensionen einbezogen, u.a. zu historischen Hintergründen, zentralen Annahmen, Ideen und → Argumenten, Schlüsselkonzepten und → Metaphern, Leitpublikationen und Schlüsselakteuren sowie zentralen Kritiken und Gegenargumenten. Damit war es möglich, erste Konturen eines Resonanzraums für umweltpolitische Narrative aufzuzeigen. Diese dienten als Grundlage für den Entwurf der ‚umweltpolitischen Diskurslandkarte‘. Wie oben durchgehend argumentiert, ist die Geltung, und damit der Erfolg, von Narrativen stark davon abhängig, wie anschlussfähig diese linguistischen Sequenzen zu Ideen, Konzepten und Kategorisierungen in breiteren gesellschaftlichen Debatten sind. Dementsprechend lieferte die hier vorgestellte Diskurslandkarte wertvolle Ausgangspunkte für detailliertere Analysen des Erfolgs oder Scheiterns aufstrebender Narrative zu Umwelt oder Nachhaltigkeit.

7 Quellenverzeichnis

- Abel, Troy D. and Mark Stephan, The Limits of Civic Environmentalism, *American Behavioral Scientist* December 2000 44: 614-628.
- Adams, W. M. (2009). *Green Development: Environment and Sustainability in the Third World* (3rd ed.). London and New York: Routledge.
- Adua, L.; York, R. & Schuelke-Leech, B.-A. (2015). The human dimensions of climate change: A micro-level assessment of views from the ecological modernization, political economy and human ecology perspectives. *Social Science Research*.
- Altmann, P. (2013). Das Gute Leben als Alternative zum Wachstum? : der Fall Ecuador. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 36(1), pp. 101–111.
- Anh, P.; My Dieu, Tran Thi; Mol, A.; Kroeze, C. & Bush, S. (2011). Towards eco-agro industrial clusters in aquatic production: the case of shrimp processing industry in Vietnam. *Journal of Cleaner Production*, 19(17-18), pp. 2107–2118.
- Arts, B., Appelstrand, M., Kleinschmit, D., Pülzl, H., Visseren-Hamakers, I., Atyi, R. E. a., et al. (2010). Discourses, actors and instruments in international forest governance (Vol. 28): IUFRO (International Union of Forestry Research Organizations) Secretariat.
- Bäckstrand, K. & Lövbrand, E. (2006). Planting Trees to Mitigate Climate Change: Contested Discourses of Ecological Modernization, Green Governmentality and Civic Environmentalism. *Global Environmental Politics*, 6(1), pp. 50–75.
- Bäckstrand, K., & Lövbrand, E. (2007). Climate governance beyond 2012: competing discourses of green governmentality, ecological modernization and civic environmentalism. In M. E. Pettenger (Ed.), *The social construction of climate change: Power, knowledge, norms, discourses* (S. 123-147): Ashgate Publishing.
- Bäckstrand, Karin, and Eva Lövbrand. "Planting trees to mitigate climate change: Contested discourses of ecological modernization, green governmentality and civic environmentalism." *Global Environmental Politics* 6.1 (2006): 50-75.

- Baker, S. (2007). Sustainable development as symbolic commitment: Declaratory politics and the seductive appeal of ecological modernisation in the European Union. *Environmental Politics*, 16(2), pp. 297–317.
- Barloewen, C. et al. Rivera, M. (eds.) (2013). *Nachhaltige Entwicklung in einer pluralen Moderne: Lateinamerikanische Perspektiven*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Bayulken, B. & Huisingh, D. (2015). A literature review of historical trends and emerging theoretical approaches for developing sustainable cities (part 1). *Journal of Cleaner Production*, 109, pp. 11–24.
- Benford, R. D., & Snow, D. A. (2000). Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611–639.
- Berger, G.; Flynn, A.; Hines, F. & Johns, R. (2001). Ecological Modernization as a Basis for Environmental Policy: Current Environmental Discourse and Policy and the Implications on Environmental Supply Chain Management. *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 14(1), pp. 55–72.
- Berger, P., & Luckmann, T. ([1967] 1991). *The Social Construction of Reality - A Treatise in the Sociology of Knowledge*. London: Penguin Books
- Biesecker, A. & Winterfeldt, U. von (2014). Geld, Wachstum und gutes Leben. In *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* (Ed.), *Wege vorsorgenden Wirtschaftens* (pp. 257–275). Metropolis.
- Biesecker, A. (2010, June). Eine zukunftsfähige Ökonomie ist möglich – Vorsorgendes Wirtschaften Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Postwachstumsökonomie“, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.
- Blätter für deutsche und internationale Politik (ed.) (2015). *Edition Blätter. Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH.
- Bok, D. (2010). *The politics of happiness: What government can learn from the new research on well-being*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Borrass, L., Kleinschmit, D., & Winkel, G. The “German model” of integrative multifunctional forest management—Analysing the emergence and political evolution of a forest management concept. *Forest Policy and Economics*.
- Boulding, K. E. (1966): *The Economics of the Coming Spaceship Earth*. In: Jarrett, H. (ed.) *Environmental Quality in a Growing Economy*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press. 3–14.
- Bryant, R. L. (1998). Power, knowledge and political ecology in the third world: a review. *Progress in Physical Geography* 22(1), 79–94.
- Buizer, M. & Kurz, T. (2016). Too hot to handle: Depoliticisation and the discourse of ecological modernisation in fire management debates. *Geoforum*, 68, pp. 48–56.
- BUND, & Misereor (eds.) (1995). *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel: Birkhäuser.
- Bunk, A. & Schubert, N. (2016). *Besser leben ohne Plastik*. München: Oekom.
- Büscher, B., Sullivan, S., Neves, K., Igoe, J., & Brockington, D. (2012). Towards a Synthesized Critique of Neoliberal Biodiversity Conservation. *Capitalism Nature Socialism*, 23(2), 4–30.
- Carvalho, A. (2005). Representing the politics of the greenhouse effect. *Critical Discourse Studies*, 2(1), 1–29.
- Christoff, P. (1996). Ecological modernisation, ecological modernities. *Environmental Politics*, 5(3), S. 476–500.
- Cienkia, A., & Yanow, D. (2013): Why metaphor and other tropes? Linguistic approaches to analysing policies and the political. *Journal of International Relations and Development* 16, 167–176.
- Cohen, M. (2000). Ecological modernisation, environmental knowledge and national character: A preliminary analysis of the Netherlands. In A. P. Mol & D. A. Sonnenfeld (Eds.): Vol. 9, *Ecological modernisation around the world. Perspectives and critical debates* (pp. 77–106). London, Portland, OR: Frank Cass, last accessed on 25 Jan 2016.
- Cortez, D. & Wagner, H. (2010). Zur Genealogie des indigenen "Guten Lebens" ("Sumak Kawsay") in Ecuador. In L. Gabriel & H. Berger (Eds.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch* (pp. 167–200). mandelbaum Verlag.
- Crutzen, P. J. (2002). Geology of mankind. [10.1038/415023a]. *Nature*, 415(6867), 23.
- Czarniawska, B., & Joerges, B. (1996): *Travel of Ideas*. In B. Czarniawska & G. Sevón (Eds.), *Translating organizational change* (S. 13–48). Berlin and New York: Walter de Gruyter.
- Dean, M. (2009). *Governmentality: Power and Rule in Modern Society*: SAGE Publications.
- Dedaic, M. N. (2005). Political speeches and persuasive argumentation. In K. Brown (Ed.), *Encyclopedia of Language and Linguistics* (2nd ed., S. 700–705). Kidlington, Oxford: Elsevier.
- Dryzek, J. (2005). *The Politics of the Earth. Environmental Discourses* (2nd ed.). New York: Oxford University Press.
- Dürbeck, Gabriele & Feindt, Peter H. (2010): Der Schwarm und das Netzwerk im multiskalaren Raum: Umweltdiskurse und Naturkonzepte in Schätzings Ökothriller. In: Ermisch, Maren, Kruse, Ulrike & Stobbe, Urte (Hg.) *Ökologische Transformationen und literarische Repräsentationen*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen. 213–230.

- Ehrlich P. R. (1968): *The Population Bomb*. New York, NY: Ballantine.
- Epstein, C. (2011): Who speaks? Discourse, the subject and the study of identity in international politics. *European Journal of International Relations*, 17(2), 327-350.
- Espinosa, C. (2013): The riddle of leaving the oil in the soil—Ecuador's Yasuní-ITT project from a discourse perspective. *Forest Policy and Economics*, 36(0), 27-36.
- Espinosa, C. (2014): The Advocacy of the Previously Inconceivable: A Discourse Analysis of the Universal Declaration of the Rights of Mother Earth at Rio+20. *The Journal of Environment & Development*, 23(4), 391-416.
- Espinosa, C. (2015). Interpretive Affinities: The Constitutionalization of Rights of Nature, Pacha Mama, in Ecuador. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 1-19.
- Fairclough, N., Mulderrig, J., & Wodak, R. (2011): Critical discourse analysis. *Discourse studies: A multidisciplinary introduction*, 357-378.
- Finlayson, A. (2007): From Beliefs to Arguments: Interpretive Methodology and Rhetorical Political Analysis. *The British Journal of Politics & International Relations*, 9(4), 545-563.
- Fischer, F. (2003). *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. New York: Oxford University Press.
- Fischer, F., & Forester, J. ((1993) 2002): Editor's Introduction. In F. Fischer & J. Forester (Eds.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* (S. 1-17). London: UCL Press.
- Fletcher, R. (2010). Neoliberal environmentalism: Towards a poststructuralist political ecology of the conservation debate (Vol. 8).
- Foucault, M. ([1968]1991): Politics and the Study of Discourse. In G. Burchell, C. Gordon & P. Miller (Eds.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* (S. 53-72). Chicago: University of Chicago Press.
- Foucault, M. ([1970]1994). *The Order of Things. An Archeology of the Human Sciences*. New York: Vintage Books.
- Foucault, M. (2000): Truth and Power. In P. Rabinow (Ed.), *The Foucault Reader* (S. 51-75). New York: Vintage Books.
- Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz, T. (2014). Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie In F. Gadinger, S. Jarzebski & T. Yildiz (Eds.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis* (S. 3-38). Wiesbaden Springer.
- Gebauer, J. & Sagebiel, J. (2015). Wie wichtig ist Wachstum für KMU?: Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen (neue Ausg). *Schriftenreihe des IÖW: 208/15*. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin.
- Gerhards, J. (1995). Framing dimensions and framing strategies: contrasting ideal- and real-type frames. *Social Science Information*, 34(2), 225-248.
- Glauber, H. (ed.) (2005). *Langsamer, weniger, besser, schöner. 15 Jahre Toblacher Gespräche. Bausteine für die Zukunft*. München: Oekom.
- Glenna, L. & Mitev, G. (2009). Global neo-liberalism, global ecological modernization, and a swine CAFO in rural Bulgaria. *Journal of Rural Studies*, 25(3), pp. 289–298.
- Gottschlich, D. (2012). Fürsorgerationalität statt Wachstumslogik. *Forum Wissenschaft*, Jg. 29(Nr. 2), pp. 17–20.
- Gottweis, H. (2006): Rhetoric in Policy Making *Handbook of Public Policy Analysis* (S. 237-250): CRC Press.
- Gray, R. (2007). Practical bioregionalism: A philosophy for a sustainable future and a hypothetical transition strategy for Armidale, New South Wales, Australia. *Futures*, 39(7), pp. 790–806.
- Grießhammer, R.; Buchert, M.; Gensch, C.-O.; Hochfeld, C.; Manhart, A. & Rüdenauer, I. (2007). *Prosa - Product Sustainability Assessment: Leitfaden*. Freiburg. Available at <http://www.oeko.de/oekodoc/1165/2007-227-de.pdf>, last accessed on 20 May 2015.
- Grober, U. (2004). Das gute Leben neu denken : kulturelle Ressourcen für ein solares Zeitalter. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 37, pp. 25–30.
- Haas, Peter (1990): *Saving the Mediterranean: The Politics of International Environmental Cooperation*. New York: Columbia University Press.
- Hajer, M. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.
- Hajer, M. (2003): A frame in the fields: policymaking and the reinvention of politics. In M. Hajer & H. Wagenaar (Eds.), *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society* (S. 88-110). Cambridge; New York: Cambridge University Press.
- Hajer, M. (2006). Doing discourse analysis: coalitions, practices, meaning Words matter in policy and planning. *Discourse theory and method in social sciences* (S. 65-74). Utrecht: Netherlands Geographical Studies.
- Hajer, M. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In F. Janning & K. Toens (Eds.), *Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen* (S. 211-222). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hajer, M., & Versteeg, W. (2005): A decade of discourse analysis of environmental politics: Achievements, challenges, perspectives. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 7(3), 175-184.
- Hannigan, J. A. (1995): *Environmental Sociology. A Social Constructionist Perspective*. London: Routledge.
- Haque, M. Shamsul. "Environmental discourse and sustainable development: Linkages and limitations." *Ethics and the Environment* (2000): 3-21.
- Hauke, N. (2014). Die grüne Revolution an der Tankstelle? Die Relevanz politischer Narrative am Beispiel der Einführung des Biokraftstoffes E10. In F. Gädinger, S. Jarzebski & T. Yildiz (Eds.), *Politische Narrative: Konzepte - Analysen - Forschungspraxis* (S. 173-197). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Heinrichs, B. (2011). *Konsumdiät: Vom Selbstversuch, ein Jahr lang nichts Unnötiges zu kaufen*. Norderstedt: Books on Demand.
- Hermwille, L. (2015). *The Role of Narratives in Socio-Technical Transitions*.
- Hogl, Karl, Kvarda, Eva, Nordbeck, Ralf & Pregernig, Michael (2012): Legitimacy and effectiveness of environmental governance: concepts and perspectives. In: Hogl, Karl, Kvarda, Eva, Nordbeck, Ralf & Pregernig, Michael (eds) *Environmental Governance: The Challenge of Legitimacy and Effectiveness*. Cheltenham; Northampton, MA: Edward Elgar. 1-26.
- Horlings, L. & Marsden, T. (2011). Towards the real green revolution? Exploring the conceptual dimensions of a new ecological modernisation of agriculture that could 'feed the world'. *Global Environmental Change*, 21(2), pp. 441–452.
- Howarth, D. (2010): Power, discourse, and policy: articulating a hegemony approach to critical policy studies. *Critical Policy Studies*, 3(3-4), 309-335.
- Huber, J. (2008). Pioneer countries and the global diffusion of environmental innovations: Theses from the viewpoint of ecological modernisation theory. *Global Environmental Change*, 18(3), pp. 360–367.
- Hultman, M. & Yaras, A. (2012). The socio-technological history of hydrogen and fuel cells in Sweden 1978–2005; mapping the innovation trajectory. *International Journal of Hydrogen Energy*, 37(17), pp. 12043–12053.
- Humphreys, D. (2009). Discourse as ideology: Neoliberalism and the limits of international forest policy. *Forest Policy and Economics*, 11(5), 319-325.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2015). *Das Deutschland-Prinzip. Was uns stark macht. Gute Arbeit, gutes Leben*. Berlin, last accessed on 18 Jul 2016.
- Isaksen, K.-A. & Stokke, K. (2014). Changing climate discourse and politics in India. Climate change as challenge and opportunity for diplomacy and development. *Geoforum*, 57, pp. 110–119.
- Jänicke, M. & Jörgens, H. (2006). New approaches to environmental governance. In M. Jänicke, Jacob, & Klaus (Eds.), *FFU-Report: Vol. 1. Environmental Governance in Global Perspective. New Approaches to Ecological Modernisation* (pp. 167–209), last accessed on 25 Jan 2016.
- Jänicke, M. (1984). *Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik*. Berlin: Wissenschaftszentrum: Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft.
- Jänicke, M. (2008). Ecological modernisation: new perspectives. *Journal of Cleaner Production*, 16(5), pp. 557–565.
- Jeffers, J. (2013). Integrating vulnerability analysis and risk assessment in flood loss mitigation: An evaluation of barriers and challenges based on evidence from Ireland. *Applied Geography*, 37, pp. 44–51.
- Jepson, W.; Brannstrom, C. & Persons, N. (2012). "We Don't Take the Pledge": Environmentality and environmental skepticism at the epicenter of US wind energy development. *Geoforum*, 43(4), pp. 851–863.
- John, DeWitt (1994). Civic Environmentalism. *Issues in Science and Technology*, 10(4), 30–34. Retrieved from <http://www.jstor.org/stable/43312705>
- Jong, M. de; Joss, S.; Schraven, D.; Zhan, C. & Weijnen, M. (2015). Sustainable–smart–resilient–low carbon–eco–knowledge cities; making sense of a multitude of concepts promoting sustainable urbanization. *Journal of Cleaner Production*, 109, pp. 25–38.
- Jørgensen, M., & Phillips, L. (2002). *Discourse Analysis as Theory and Method*. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.
- Kamat, S. (2004). The Privatization of Public Interest: Theorizing NGO Discourse in a Neoliberal Era. *Review of International Political Economy*, 11(1), 155-176.
- Kaplan, T. J. ((1993) 2002). Reading Policy Narratives: Beginnings, Middles, and Ends. In F. Fischer & J. Forester (Eds.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* (S. 167-185). London: UCL Press; Taylor and Francis.
- Katz, E. & Solomon, F. (2008). Social science and technology development: A case study of moving from observation to intervention. *Technology in Society*, 30(2), pp. 154–162.
- Keller, R. (1998): *Müll - Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Keller, R. (2005): Analysing Discourse. An Approach from the Sociology of Knowledge. *Forum Qualitative Social Research*, 6(3), Art. 32.
- Keller, R. (2011): The Sociology of Knowledge Approach to Discourse. *Human Studies*, 34(1), 43-65.
- Keller, R. (2013). *Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists* London: Sage.

- Kopnina, H. (2014). Christmas tale of (un)sustainability: Reflecting on consumption and environmental awareness on the streets of Amsterdam. *Sustainable Cities and Society*, 10, pp. 65–71.
- Kvale, S. (1992): Postmodern psychology: A contradiction in terms? *Psychology and postmodernism* (S. 31-57). Thousand Oaks, CA, US: Sage Publications, Inc.
- Lakoff, G. (2010): Why it Matters How We Frame the Environment. *Environmental Communication*, 4(1), 70-81.
- Layzer, Judith A. "Citizen Participation and Government Choice in Local Environmental Controversies." *Policy Studies Journal* 30.2 (2002): 193-207.
- Lele, Sharachchandra M. "Sustainable development: a critical review." *World development* 19.6 (1991): 607-621.
- Lenihan, M. & Brasier, K. (2010). Ecological modernization and the US Farm Bill: The case of the Conservation Security Program. *Journal of Rural Studies*, 26(3), pp. 219–227.
- Levine, J. (2007). No Shopping! Ein Selbstversuch. Aus dem Amerikanischen von Annette Hahn. Berlin: Gustav Kiepenheuer Verlag.
- Lindahl, K.; Sténs, A.; Sandström, C.; Johansson, J.; Lidskog, R.; Ranius, T. & Roberge, J.-M. (2015). The Swedish forestry model: More of everything? *Forest Policy and Economics*.
- Linz, M.; Bartelmus, P.; Hennicke, P.; Jungkeit, R.; Sachs, W.; Scherhorn, G.; Wilke, G. & Winterfeldt, U. von (2002). Von nichts zu viel : Suffizienz gehoert zur Zukunftsfaehigkeit: Über ein Arbeitsvorhaben des Wuppertal Instituts (Wuppertal Papers No. 125).
- Litfin, K. T. (1994): Ozone discourses: science and politics in global environmental cooperation. New York: Columbia University Press.
- Litfin, Karen T. "The gendered eye in the sky: a feminist perspective on earth observation satellites." *Frontiers: A Journal of Women Studies* 18.2 (1997): 26-47.
- Lorek, S. & Spangenberg, J. (2014). Sustainable consumption within a sustainable economy – beyond green growth and green economies. *Journal of Cleaner Production*, 63, pp. 33–44.
- Magenau, L. (2015). Buen Vivir und die Herausforderung sozioökologischer Transformation. Workshop 6 auf dem Kongress "Gutes Leben für alle", 20.-21.2.2015, Wirtschaftsuniversität Wien. Available at <http://www.guteslebenfueralle.org/index.php?id=114>.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L., Randers, J., & Behrens III, W. W. (1972). The Limits to growth: a report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind: Universe Books.
- Melchert, L. (2007). The Dutch sustainable building policy: A model for developing countries? *Building and Environment*, 42(2), pp. 893–901.
- Memon, P.; Kirk, N. & Selsky, J. (2011). Limits to Ecological Modernisation as a framework for sustainable fresh water governance. *Land Use Policy*, 28(3), pp. 534–541.
- Millington, B. & Wilson, B. (2015). Golf and the environmental politics of modernization. *Geoforum*, 66, pp. 37–40.
- Mol, A. & Jänicke, M. (2009). The origins and theoretical foundations of ecological modernisation theory. In A. P. Mol, D. A. Sonnenfeld, & G. Spaargaren (Eds.), *The ecological modernisation reader. Environmental reform in theory and practice* (pp. 17–27). London, New York: Routledge.
- Mol, A. & Sonnenfeld, D. (2000). Ecological modernisation around the world: An introduction. In A. P. Mol & D. A. Sonnenfeld (Eds.): Vol. 9, *Ecological modernisation around the world. Perspectives and critical debates* (pp. 1–14). London, Portland, OR: Frank Cass.
- Mol, A. & Spaargaren, G. (2000). Ecological modernisation theory in debate: a review. In A. P. Mol & D. A. Sonnenfeld (Eds.): Vol. 9, *Ecological modernisation around the world. Perspectives and critical debates* (pp. 17–49). London, Portland, OR: Frank Cass.
- Mol, A. (1997). Ecological modernization: industrial transformations and environmental reform. In A. P. Mol, M. Redclift, & G. Woodgate (Eds.), *The International Handbook of environmental sociology* (pp. 138–149). Cheltenham: Edward Elgar, last accessed on 20 Jan 2016.
- Mol, A. (1999). Ecological modernization and the environmental transition of Europe: between national variations and common denominators. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 1(2), pp. 167–181.
- Mol, Arthur P.J., Sonnenfeld, David A. & Spaargaren, Gert (eds) (2009): *The Ecological Modernisation Reader: Environmental Reform in Theory and Practice*. New York, NY et al.: Routledge.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (ed.) (2014). *Wege vorsorgenden Wirtschaftens: Metropolis*, last accessed on 24 Jun 2016.
- Nielsen, Tobias Dan. "The role of discourses in governing forests to combat climate change." *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 14.3 (2014): 265-280.
- Nussbaum, M. (1999). *Gerechtigkeit oder Das gute Leben* (1. Aufl.). Gender studies. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- o.N. (1983). Die wahre Wende. Eine alternative Regierungserklärung. *natur*, (4), pp. 55–66.
- O'Brien, J.; Keivani, R. & Glasson, J. (2007). Towards a new paradigm in environmental policy development in high-income developing countries: The case of Abu Dhabi, United Arab Emirates. *Progress in Planning*, 68(4), pp. 201–256.

- Oels, Angela. "Rendering climate change governable: From biopower to advanced liberal government?." *Journal of Environmental Policy & Planning* 7.3 (2005): 185-207.
- Oxford: Wiley-Blackwell.
- Paech, N. (2013). *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie* (3. Aufl.). München: Oekom-Verl.
- Park, J.; Sarkis, J. & Wu, Z. (2010). Creating integrated business and environmental value within the context of China's circular economy and ecological modernization. *Journal of Cleaner Production*, 18(15), pp. 1494–1501.
- Payne, R. (2001): Persuasion, Frames and Norm Construction. *European Journal of international Relations*, 7(1), 37-61.
- Petersen, Alan and Krisjansen, Ivan. "Assembling 'the bioeconomy': Exploiting the power of the promissory life sciences". *Journal of Sociology* March 2015 51: 28-46,
- Pieck, S., & Moog, S. (2009). Competing entanglements in the struggle to save the Amazon: The shifting terrain of transnational civil society. *Political Geography* 28(7), 416-425.
- Pissarskoi, E.; Vogelpohl, T. & Petschow, U. (2016). Diskurse zum guten Leben. Zwischenbericht zum Arbeitspaket 2.1 „Diskursanalyse: Lebensqualität, Wohlstand, Glück und das „gute Leben“ (Entwurfsfassung). Berlin.
- Potts, T. (2010). The natural advantage of regions: linking sustainability, innovation, and regional development in Australia. *Journal of Cleaner Production*, 18(8), pp. 713–725.
- Redclift, M. (2005). Sustainable development (1987–2005): an oxymoron comes of age. *Sustainable development*, 13(4), 212-227.
- Reiche, D. (2010). Energy Policies of Gulf Cooperation Council (GCC) countries—possibilities and limitations of ecological modernization in rentier states. *Energy Policy*, 38(5), pp. 2395–2403.
- Reimer, A. (2015). Ecological modernization in U.S. agri-environmental programs: Trends in the 2014 Farm Bill, 47, pp. 209–217.
- Reisch, L. & Bietz, S. (2016). Zeit, Wohlstand und Gutes Leben: Was kann Zeitpolitik zur Großen Transformation beitragen? In M. Held (Ed.), *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik: Vol. 15.2016. Politische Ökonomik großer Transformationen*. Marburg: Metropolis-Verl.
- Revell, A. (2007). The ecological modernisation of SMEs in the UK's construction industry. *Geoforum*, 38(1), pp. 114–126.
- Robbins, P. (2012). *Political Ecology. A Critical Introduction* (2nd ed.). Malden, MA
- Rockström, Johan, Steffen, Will, Noone, Kevin, Persson, Asa, Chapin, F. Stuart, Lambin, Eric F., Lenton, Timothy M., Scheffer, Marten, Folke, Carl, Schellnhuber, Hans Joachim, Nykvist, Bjorn, de Wit, Cynthia A., Hughes, Terry, van der Leeuw, Sander, Rodhe, Henning, Sorlin, Sverker, Snyder, Peter K., Costanza, Robert, Svedin, Uno, Falkenmark, Malin, Karlberg, Louise, Corell, Robert W., Fabry, Victoria J., Hansen, James, Walker, Brian, Liverman, Diana, Richardson, Katherine, Crutzen, Paul & Foley, Jonathan A. (2009): A safe operating space for humanity. *Nature*, 461/7263, 472-475.
- Rosa, H. (2005). *Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne* (1. Aufl.). Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft: Vol. 1760. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, H. et al. Kirschenmann, L. (eds.) (2014). *Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*. München: ökom verlag, last accessed on 28 Oct 2016.
- Rudolph, S. (ed.) (2007). *Ökologie und Wirtschaftsforschung: Bd. 71. Wachstum, Wachstum über alles?: Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit*. Marburg: Metropolis-Verl.
- Rutherford, Stephanie, *Green governmentality: insights and opportunities in the study of nature's rule* *Progress in Human Geography* June 2007 31: 291-307,
- Sarkis, J. & Cordeiro, J. (2012). Ecological modernization in the electrical utility industry: An application of a bads–goods DEA model of ecological and technical efficiency. *European Journal of Operational Research*, 219(2), pp. 386–395.
- Schneidewind, U. & Zahrnt, A. (2013). *Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München: Oekom.
- Schwanen, T.; Banister, D. & Anable, J. (2011). Scientific research about climate change mitigation in transport: A critical review. *Transportation Research Part A: Policy and Practice*, 45(10), pp. 993–1006.
- Scott, D. & Barnett, C. (2009). Something in the Air: Civic science and contentious environmental politics in post-apartheid South Africa. *Geoforum*, 40(3), pp. 373–382.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (2010). *Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Ökologie und Wirtschaftsforschung: Vol. 87*. Marburg: Metropolis-Verl.
- Sen, A. (1985). *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North Holland.
- Sieferle, Rolf Peter (1997): *Rückblick auf die Natur: Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt*. München: Luchterhand.
- Springer, S. (2012). Neoliberalism as discourse: between Foucauldian political economy and Marxian poststructuralism. *Critical Discourse Studies*, 9(2), 133-147.
- Steffen, Will, Richardson, Katherine, Rockström, Johan, Cornell, Sarah E., Fetzer, Ingo, Bennett, Elena M., Biggs, Reinette, Carpenter, Stephen R., de Vries, Wim, de Wit, Cynthia A., Folke, Carl, Gerten, Dieter, Heinke, Jens, Mace, Georgina M., Persson, Linn M.,

- Ramanathan, Veerabhadran, Reyers, Belinda & Sörlin, Sverker (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science*, 347/6223.
- Steinberg, M. W. (1998): Tilting the Frame: Considerations on Collective Action Framing from a Discursive Turn. *Theory and Society*, 27(6), 845-872.
- Stiftung Bauhaus Dessau; Oswalt, P.; Overmeyer, K. & Schmidt, H. (2001). Weniger ist mehr. Experimenteller Stadtumbau in Ostdeutschland. Dessau. Available at <http://www.iba-stadtumbau.de/download.php?f=82b1fa144d04d22cf9f91284dc70c238&target=0>, last accessed on 15 Jul 2016.
- Stone, D. A. (1989). Causal Stories and the Formation of Policy Agendas. *Political Science Quarterly*, 104(2), 281-300.
- Timothy W. Luke (2009), Developing planetarian accountancy: Fabricating nature as stock, service, and system for green governmentality, in Harry F. Dahms (ed.) *Nature, Knowledge and Negation (Current Perspectives in Social Theory, Volume 26)* Emerald Group Publishing Limited, pp.129 – 159
- Toke, D. (2001). Ecological modernisation: A reformist review. *New Political Economy*, 6(2), pp. 279–291.
- Turowski, Jan & Mikfeld, Benjamin (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse: Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse. Werkbericht Nr. 3. Berlin: Denkwert Demokratie.
- van Dijk, T. A. (1993): Principles of critical discourse analysis. *Discourse & Society*, 4(2), 249-283.
- Viehöver, W. (2006a): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider & W. Viehöver (Eds.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse (Vol. 2, S. 233-269)*: Wiesbaden: VS.
- Viehöver, W. (2006b): Diskurse als Narrationen. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider & W. Viehöver (Eds.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse (Vol. 1, S. 179-208)*. Wiesbaden: VS.
- Visseren-Hamakers, Ingrid J. 2009. Partnerships in biodiversity governance: An assessment of their contributions to halting biodiversity loss. *Netherlands Geographical Studies Vol. 387*. Utrecht: Copernicus Institute for Sustainable Development and Innovation.
- Ward, B. and R. Dubos (1972), *Only One Planet: The Core and Maintenance of a Small Planet*, New York: W.W. Norton
- Warren, B.; Christoff, P. & Green, D. (2016). Australia's sustainable energy transition: The disjointed politics of decarbonisation. *Environmental Innovation and Societal Transitions*.
- Weck, W. & Landin, C. (2014). Das "Gute Leben" und die "Soziale und Solidarische Wirtschaft" in Ecuador : Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen verfassungsrechtlichem Anspruch und gelebter Realität. *KAS-Auslandsinformationen*, (1), pp. 58–85.
- Welzer, H. (2014). *Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand* (1. Aufl., neue Ausg). Allgemeines Sachbuch: Vol. 19573. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.
- Wesselink, A., Buchanan, K. S., Georgiadou, Y., & Turnhout, E. (2013). Technical knowledge, discursive spaces and politics at the science–policy interface. *Environmental Science & Policy*, 30(0), 1-9.
- Wolsink, M. (2007). Planning of renewables schemes: Deliberative and fair decision-making on landscape issues instead of reproachful accusations of non-cooperation. *Energy Policy*, 35(5), pp. 2692–2704.
- Yamin, Farhana. 2001. NGOs and International Environmental Law: A Critical Evaluation of their Roles and Responsibilities. *RECIEL* 10(2): 149–162.
- Yeh, E. (2009). Greening western China: A critical view. *Geoforum*, 40(5), pp. 884–894.
- Zaccai, E. (2012). Over two decades in pursuit of sustainable development: Influence, transformations, limits. *Environmental Development*, 1(1), pp. 79–90.
- Zhu, Q.; Geng, Y.; Sarkis, J. & Lai, K.-h. (2011). Evaluating green supply chain management among Chinese manufacturers from the ecological modernization perspective. *Transportation Research Part E: Logistics and Transportation Review*, 47(6), pp. 808–821.
- Zhu, Q.; Sarkis, J. & Lai, K.-h. (2012). Green supply chain management innovation diffusion and its relationship to organizational improvement: An ecological modernization perspective. *Journal of Engineering and Technology Management*, 29(1), pp. 168–185.

Anhang: Glossar zu Diskurs- und Narrativkonzepten

Glossareinträge:

Argument.....	88
Argumentative Diskursanalyse (ADA).....	89
Deutungsrahmen (engl. <i>frames</i>).....	89
Diskurs	90
Diskursanalyse	91
Diskursive Affinität und Resonanz.....	92
Diskursive Praktiken	92
Diskurs-Koalitionen.....	93
Diskurs-Strukturierung und Diskurs-Institutionalisierung.....	93
Emblematische Themen	94
Interpretative Repertoires.....	94
Kausalerzählungen (engl. <i>causal stories</i>).....	95
Kritische Diskursanalyse (KDA)	95
Metapher.....	95
Narrativ.....	96
Phänomenstruktur	97
Poststrukturalistische Diskurstheorie.....	98
Rhetorische Praktiken	99
<i>Story-line</i>	99
Wissenssoziologische Diskursanalyse.....	100

Argument

Grundsätzlich wird ein Argument als eine Äußerung oder eine Reihe von Äußerungen für oder gegen etwas verstanden (Finlayson 2007). Das Konzept ‚Argument‘ bezieht sich dabei sowohl auf den analytischen Inhalt („die Logik des Arguments“) als auch die praktische Durchführung („das Argument stieß auf taube Ohren“) (Fischer & Forester (1993) 2002; S. 4).

Ein Forschungsstrang im Bereich der Policy-Analyse hat sich mit der Entwicklung argumentativer Richtlinien und Modelle befasst (zum Beispiel MacRae, (1993) 2002), die sowohl der Analyse als auch der Entwicklung von Argumenten dienen können. Eines der Modelle, auf das am häufigsten verwiesen wird, ist das von Toulmin vorgeschlagene Modell zur Klassifikation der Elemente eines Arguments (1958 zitiert in Weiss und MacRae (1993) 2002). Toulmin beschreibt vier Elemente, die bei der kritischen Beurteilung von Argumenten berücksichtigt werden sollten: Daten (*data*), die im Sinne von Beweisen ein Argument stützen; Rechtfertigungen (*warrants*), die kausale Annahmen zur Interpretation der Relevanz der Daten und die Verbindung der Daten mit einem Wissensanspruch liefern; Rückhalte

(*backings*), die moralische Prinzipien, welche der Rechtfertigung zugrunde liegen, darlegen: Widerlegungen (*rebuttals*), im Sinne von Aussagen, die Widersprüche zu Daten, Rechtfertigungen und Widerlegungen offenlegen. Zur Veranschaulichung kann das folgende Beispiel dienen: Weil die Abteilungsleiterin jeden Tag mit dem Fahrrad zur Arbeit kommt, fährt sie gerne Fahrrad. Ich kann täglich sehen, wie sie mit dem Fahrrad ankommt (*data*). Jemand, der ein Fahrrad täglich benutzt, muss gerne Fahrrad fahren, sonst würde die Person ein anderes Fortbewegungsmittel wählen (*warrant*). Sie besitzt ein Auto und trotzdem kommt sie mit dem Fahrrad (*backing*). In ihrer Freizeit fährt die Abteilungsleiterin allerdings ausschließlich mit einem PKW (*rebuttal*).

Literaturhinweise

Finlayson, A. (2007, 9 (4)). From Beliefs to Arguments: Interpretative Methodology and Rhetorical Political Analysis. Political Studies Association. BJPIR.

Fischer, F., & Forester, J. ((1993) 2002). Editor's Introduction. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning (S. 1-17). London: UCL Press.

MacRae, D. J. ((1993) 2002). Guidelines for Policy Discourse: Consensual versus Adversarial. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning (S. 291-318). London: UCL Press.

Weiss, C. H. (1991). Policy research as advocacy: Pro and con. Knowledge and Policy, 4(1), 37-55.

Argumentative Diskursanalyse (ADA)

Die Argumentative Diskursanalyse (ADA) wurde in den 1990er Jahren von dem niederländischen Politikwissenschaftler und Stadtplaner Maarten Hajer entwickelt. Der Ansatz ist unter Forscher und Forscherinnen der Umweltpolitik und -planung weit verbreitet. ADA verfolgt die Absicht, sprachliche Regelmäßigkeiten von Diskussionen und Debatten ausfindig zu machen. Der Ansatz erfordert die Analyse von → Argumenten und Politiken, die im Hinblick auf ihre Positionierung innerhalb des → Diskurses beleuchtet werden.

Literaturhinweise

Hajer, M. (1995). The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford: Oxford University Press.

Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel: Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel. Soziale Welt, 48/2, 107–132.

Hajer, M. (2006). Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning. In M. van den Brink & T. Metze (Hrsg.), Words matter in Policy and Planning – Discourse Theory and Method in the Social Sciences (Vol. 344, S. 65-74). Utrecht: KNAG/ Nethur.

Hajer, M. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, Frank & Toens, Katrin (Hg.) Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 211-222.

Deutungsrahmen (engl. *frames*)

Kognitions- und Hirnforschung haben gezeigt, dass Menschen in Form von typischen unterbewussten Strukturen denken, welche zumeist als Deutungsrahmen (*'frames'*), mitunter auch als Schemata (*'schemas'*) bezeichnet werden (Lakoff 2010; S. 71). Deutungsrahmen umfassen Bedeutung betreffende Funktionen und die jeweiligen Beziehungen zwischen solchen Funktionen. Zudem beinhalten sie auch Beziehungen zu anderen Deutungsrahmen. Im Bereich des menschlichen Wissens werden Worte durch Deutungsrahmen definiert, die sie auf kognitiver Ebene aktivieren. Deutungsrahmen sind Teil von Systemen, daher aktiviert die Artikulation eines „einzigen Wortes typischerweise [...] nicht nur

dessen definierenden Deutungsrahmen, sondern auch einen Teil des Systems, in dem sich der Deutungsrahmen befindet" (Lakoff 2010; S. 72). Darüber hinaus sind Deutungsrahmen normalerweise mit den emotionalen Regionen des Gehirns verbunden (Lakoff 2010; S. 72).

Deutungsrahmen ermöglichen es Individuen, Vorkommnisse in ihrem Lebensumfeld und der Welt im Allgemeinen zu lokalisieren, wahrzunehmen, zu identifizieren und zu bezeichnen (Benford & Snow 2000; S. 614). Deutungsrahmen helfen, Erfahrungen und Handlungen zu interpretieren und zu organisieren und damit Vorkommnissen und Ereignissen Bedeutung zuzuschreiben. In Auseinandersetzungen, wie beispielsweise Debatten über Nuklearwaffen, Sozialpolitik oder die Rolle von Frauen, bestimmen die Deutungsrahmen, welche Beweise angeführt werden und wie diese interpretiert werden (Rhein und Schön (1993) 2002; S. 145).

Im Bereich der Untersuchung sozialer Bewegungen ist das Konzept der Deutungsrahmen mit der Arbeit von Erwin Goffman verbunden. Deutungsrahmen werden demnach so verstanden, dass sie verhandelte geteilte Bedeutung verdichten (Benford & Snow 2000; S. 614, Gerhards 1995). Kollektive Handlungsrahmen, also die geteilten Aktivitäten und Strategien, die von den Teilnehmern einer sozialen Bewegung verfolgt werden, werden als Produkt umstrittener *framing*-Aktivitäten verstanden (Benford & Snow 2000; S. 614). Wie Deutungsrahmen im Allgemeinen, vereinfachen und verdichten Handlungsrahmen Erfahrungen und Aktionen, allerdings mit dem Ziel potentielle Anhänger und Wähler zu mobilisieren, „[...] um Unterstützung von Unbeteiligten zu sammeln und um Antagonisten zu demobilisieren" (Benford & Snow 2000; S. 614). Auf formaler Ebene definieren Benford und Snow (2000; S. 614) Handlungsrahmen als "handlungsorientierte Bündel von Überzeugungen und Bedeutungen, die Aktivitäten und Kampagnen der Organisation einer sozialen Bewegung inspirieren und legitimieren".

Der Begriff *'framing'* wird genutzt, um Aktivitäten der Bedeutungskonstruktion zu beschreiben (Benford & Snow 2000; S. 614). Nach Rein und Schön ((1993) 2002) ist *framing* „[...] eine Möglichkeit der Selektion, Organisation, Interpretation und der Sinngabe einer komplexen Realität, die Wegweiser für Wissen, Analysen, Überzeugungen und Handeln bietet". Finnemore und Sikkink (2001; S. 409) definieren *framing* als „die bewusst strategischen Bemühungen von Menschengruppen, um geteilte Ansichten über Welt- und Selbstbilder zu festigen, die kollektives Handeln legitimieren und motivieren".

Literaturhinweise

Benford, R. D., & Snow, D. A. (2000). Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639.

Finnemore, M., & Sikkink, K. (2001). Taking Stock: The Constructivist Research Program in International Relations and Comparative Politics. *Annual Review of Political Science*, 4, 391-416.

Gerhards, J. (1995). Framing dimensions and framing strategies: contrasting ideal- and real-type frames. *Social Science Information*, 34(2), 225-248.

Lakoff, G. (2010). Why it Matters How We Frame the Environment. *Environmental Communication*, 4(1), 70-81.

Diskurs

Im Bereich der umweltpolitischen Analyse wurde eine der meist zitierten Definitionen von Diskurs vom niederländischen Politikwissenschaftler Maarten Hajer vorgebracht.⁸ Er definiert Diskurs als ein „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorisierungen, die in einer bestimmten Zusammenstellung von Praktiken produziert, reproduziert und transformiert werden und wodurch der physischen und

⁸ Für weitere Diskursansätze und Definitionen siehe auch Abschnitt 3.1.

sozialen Wirklichkeit Bedeutung verliehen wird.” (Hajer 1995; S. 44). In seiner Untersuchung von saurem Regen benutzt Hajer den Ausdruck Diskurs, um einen bestimmten Zugang zu Umweltproblemen zu beschreiben, der als ‚ökologische Modernisierung‘ bezeichnet werden kann. Dieser Diskurs ging mit bestimmten Vorstellungen über die Rolle einer Aufsichtsbehörde für Verschmutzung und bestimmten Ansichten über die Antwort der Industrie auf die Verschmutzung einher.

Literaturhinweise

- Foucault, M. ([1968]1991). Politics and the Study of Discourse. In G. Burchell, C. Gordon & P. Miller (Hrsg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* (S. 53-72). Chicago: University of Chicago Press.
- Hajer, M. (1995). *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.
- Keller, R. (2005). Analysing Discourse. An Approach from the Sociology of Knowledge. *Forum Qualitative Social Research*, 6(3), Art. 32.
- Keller, R. (2013). *Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists* London: Sage.
- Rein, M., & Schön, D. ((1993) 2002). Reframing Policy Discourse. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* (S. 145-166). London: UCL Press; Taylor and Francis.
- Sharp, L., & Richardson, T. (2001). Reflections on Foucauldian discourse analysis in planning and environmental policy research. *Journal of Environmental Policy and Planning*, 3(3), 193-209.

Diskursanalyse

Diskursanalyse lässt sich in den Sozialwissenschaften dem Feld der post-positivistischen interpretativen Ansätze zuordnen (Fischer 2003; S. 12-13). Die Ansätze des Post-Positivismus verneinen die erkenntnistheoretische Annahme des Positivismus, dass Wissen ausschließlich aus empirisch messbaren Befunden abgeleitet werden kann. Methodologisch verortet sich die Diskursanalyse im Bereich der qualitativen Ansätze; epistemologisch ist sie zumeist (sozial-)konstruktivistisch orientiert. Die grundlegende Annahme der Diskursanalyse ist, dass Sprache unser Bild von der Welt und der Realität grundlegend formt und nicht etwa neutral eine unabhängig existierende Realität reflektiert (Hajer 2006; S. 66).

Diskursanalytiker versuchen, Regelmäßigkeiten und Abweichungen in gesprochenen oder geschriebenen Texten zu finden und deren Kontexte und Effekte zu verstehen (Keller 2011; S. 56). Darüber hinaus werden Aspekte, wie etwa argumentative Strukturen in Dokumenten und andere schriftliche oder mündliche Aussagen beziehungsweise Praktiken, durch die Aussagen getätigt werden, untersucht (Hajer 2006; S. 66). Daher beruht die Diskursanalyse nicht ausschließlich auf Textanalyse (Keller 1997, 2001). Dennoch sind in den meisten Diskursanalysen schriftliche Texte, zum Beispiel Artikel, Bücher, Tagebücher, Gesetze etc., die häufigste Form empirischer Daten (Bryman 2012). Zu den verbreitetsten Ansätzen der Diskursanalyse gehören → Argumentative Diskursanalyse (ADA), → Kritische Diskursanalyse (KDA), → Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) und → poststrukturalistische Diskurstheorie.

Literaturhinweise

- Bryman, A. (2012). *Social Research Methods*. Oxford: Oxford University Press.
- Fischer, F. (2003). *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. New York: Oxford University Press.
- Keller, Reiner (1997): Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald & Honer, Anne (Hg.) *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich. 308–333.
- Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner, Hirsland, A., Schneider, W. & Viehöver, Willy (Hg.) *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse – Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich. 113–143.
- Hajer, M. A. (2006). Doing discourse analysis: coalitions, practices, meaning Words matter in policy and planning. *Discourse theory and method in social sciences* (S. 65-74). Utrech: Netherlands Geographical Studies.

Diskursive Affinität und Resonanz

→ Diskurse zeichnen sich grundsätzlich durch große Stabilität aus, dennoch kommt es mitunter zu diskursivem Wandel. Studien, die sich mit diskursivem Wandel beschäftigen, betonen häufig die Rolle von Affinitäten und Resonanz zwischen verschiedenen → Argumenten, → Narrativen, Vorstellungen und Diskursen im weiteren Sinne (Espinosa 2015). Affinitäten oder Resonanzen beschreiben Gemeinsamkeiten zwischen diskursiven Elementen, die Akteuren suggerieren, dass diese zusammengehören, selbst wenn sie logisch betrachtet nicht unbedingt zusammenpassen (Hajer 1995; S. 67). Wenn die diskursiven Affinitäten sehr stark sind und sich die diskursiven Elemente nicht nur ähneln, sondern ineinanderfließen, beschreibt Hajer dies als ‚diskursive Kontamination‘ (*discursive contamination*) (Hajer 1995; S. 69). Dieses Zusammenbringen verschiedener Diskurse oder diskursiver Elemente ist oft eine wesentliche Voraussetzung, um umweltpolitische Themen gesellschaftlich zu verankern.

Trotz aller Unterschiede finden sich beispielsweise Gemeinsamkeiten diskursiver Elemente in der Luftverschmutzungspolitik „zwischen dem moralischen Argument, dass die Natur respektiert werden solle, dem wissenschaftlichen Argument, demzufolge die Natur als ein komplexes Ökosystem zu betrachten sei, welches wir *niemals* vollständig zu verstehen in der Lage sein werden, und der ökonomischen Idee, dass die Vermeidung von Verschmutzung die effizienteste Art der Produktion sei.“ (Hajer 2004; S. 280).

Literaturhinweise

Espinosa, C. (2015). Interpretive Affinities: The Constitutionalization of Rights of Nature, Pacha Mama, in Ecuador. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 1-19.

Hajer, M. (1995b). *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.

Hajer, M. (2004). Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In R. Keller, A. Hirseland, W. Schneider & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* (Vol. 2, S. 271-298). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Diskursive Praktiken

Diskursive Praktik ist stets auch soziale Praktik, eine verwurzelte Routine, die auf gegenseitig verstandenen Regeln basiert, die dem gesellschaftlichen Leben Kohärenz verleiht und die Welt gestaltet. Als Beispiele für diskursive Praktiken können das Schreiben eines Gesetzesentwurfes oder das Kommentieren eines solchen herangezogen werden. Während die → poststrukturalistische Diskurstheorie alle sozialen Praktiken als vom → Diskurs konstituiert betrachtet, ziehen andere diskursive Ansätze in Erwägung, dass soziale Praktiken außerhalb des Diskurses entstehen können. Diese Erkenntnis führte zur Unterscheidung von diskursiver und nicht-diskursiver Praktik (Keller 2013; S. 70-71). Innerhalb der → Kritischen Diskursanalyse (KDA) wird diskursive Praktik als die Art definiert, mit der Textautoren sich auf bereits existierende Diskurse berufen, um einen Text zu erstellen als auch die Art und Weise, wie Leser und Leserinnen ihnen zur Verfügung stehende Diskurse beim Lesen und bei der Interpretation von Texten nutzen (Jørgensen & Phillips 2002; S. 69). Im Allgemeinen halten es Diskurs-Analytiker für notwendig, die praktische Dimension in die Untersuchung von Diskursen mit einzubeziehen (Keller 2013; S. 70-71). Hajer betont, dass „linguistische Äußerungen außerhalb der Praktiken, in denen sie geäußert wurden, nicht sinnvoll verstanden werden können“ (Hajer 2006; S. 70). Deshalb sollten Diskurse immer in Bezug auf die Praktiken, innerhalb derer sie produziert, reproduziert und transformiert werden, erfasst werden.

Literaturhinweise

- Hajer, M. (2006). Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning. In M. van den Brink & T. Metze (Hrsg.), Words matter in Policy and Planning – Discourse Theory and Method in the Social Sciences (Vol. 344, S. 65-74). Utrecht: KNAG/ Nethur.
- Jørgensen, M., & Phillips, L. (2002). Discourse Analysis as Theory and Method. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.
- Keller, R. (2013). Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists London: Sage

Diskurs-Koalitionen

Ein zentraler Begriff der → Argumentativen Diskursanalyse (ADA) ist der Begriff ‚Diskurs-Koalition‘. Diskurs-Koalitionen beschreiben ein Netzwerk von Akteuren, die über einen Zeitraum die Verwendung bestimmter → story-lines und erkennbare Praktiken teilen (Hajer 2006; S. 70). Das Konzept der Diskurs-Koalitionen betont den Aspekt des ‚eingeschränkten strategischen Verhaltens‘ (*bounded strategic behavior*), der in Diskussionen über umstrittene Themen wahrnehmbar ist. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen treten Akteure aus strategischen Beweggründen formellen und informellen Allianzen um einen bestimmten Diskurs bei (Hajer 2008). Es kommt vor, dass Akteure in Diskurs-Koalitionen explizit zusammenarbeiten und diverse Formen von Treffen und Foren planen, in denen sie regelmäßigen und kontinuierlichen Austausch pflegen. Nichtsdestotrotz können Diskurs-Koalitionen sich auch in informellen Prozessen entwickeln, bei denen Steuerung und formale Organisation nur in Schlüsselmomenten oder überhaupt nicht stattfindet. Die einzelnen Akteure in Diskurs-Koalitionen müssen hierbei nicht zwangsläufig alle Interessen teilen. Im Bereich der Umweltpolitik ist dies von praktischer Relevanz, da es die Möglichkeit aufzeigt, auch Koalitionen unterschiedlicher und sonst sich unversöhnlich gegenüberstehender Akteure, zum Beispiel aus dem Bereich des Naturschutzes und der Industrie, zusammen zu bringen.

Literaturhinweise

- Hajer, M. A. (2006). Doing discourse analysis: coalitions, practices, meaning Words matter in policy and planning. Discourse theory and method in social sciences (S. 65-74). Utrech: Netherlands Geographical Studies.
- Hajer, M. A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, Frank & Toens, Katrin (Hg.) Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 211-222

Diskurs-Strukturierung und Diskurs-Institutionalisierung

Als Teil der → Argumentativen Diskursanalyse (ADA) prägte Hajer zwei Begriffe, die auf den Prozess Bezug nehmen, durch den ein → Diskurs Dominanz oder Hegemonie erlangt. Auf der einen Seite ist dies Diskurs-Strukturierung, auf der anderen Seite Diskurs-Institutionalisierung. Diskurs-Strukturierung findet statt, wenn ein Diskurs beginnt, die Weltanschauung einer gegebenen sozialen Einheit (ein Politikfeld, ein Betrieb oder eine Gesellschaft) zu dominieren und wenn zentrale Akteure gezwungen sind, die rhetorische Macht des neuen Diskurses zu akzeptieren. Diskurs-Strukturierung bezeichnet mehr als Agenda-Setting, da der Begriff die Herausbildung der Ausdruckweisen der Debatte bezeichnet (Hajer 1995). Wenn ein Diskurs in bestimmten institutionellen Arrangements oder Praktiken Gestalt annimmt, wenn also der Policy-Prozess nach den Vorstellungen eines bestimmten Diskurses abläuft, dann findet Diskurs-Institutionalisierung statt (Hajer 2006; S. 71).

Literaturhinweise

- Hajer, M. (1995). The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford: Oxford University Press.
- Hajer, M. (2006). Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning. In M. van den Brink & T. Metze (Hrsg.), Words matter in Policy and Planning – Discourse Theory and Method in the Social Sciences (Vol. 344, S. 65-74). Utrecht: KNAG/ Nethur.

Emblematische Themen

Hajer (1995) beobachtet, dass Probleme in der Umweltpolitik nicht konstant sind, sondern dass sie kommen und gehen. Beispiele dafür sind urbane Luftverschmutzung, saurer Regen, Erderwärmung und Klimawandel, BSE, Waldsterben, Atomenergie. Als denkwürdig in Erinnerung bleiben die Embleme und symbolische Themen. Embleme sind Ereignisse, Personen, Handlungen etc., die in der Öffentlichkeit vorherrschenden Vorstellungen erfassen und für ähnliche Themen veranschaulichend sind und ebenso für sie stehen können. Embleme helfen der Öffentlichkeit, komplexe Situationen zu verstehen. Sie spielen eine wichtige Rolle darin, bestimmte politische Probleme hervorzuheben und können zu Veränderungen im politischen → Diskurs und institutionellem Wandel beitragen. Wenn ein Emblem oder symbolisches Thema Aufmerksamkeit bekommt, kann es sein, dass andere Themen eher unbemerkt bleiben (Hajer 1995; S. 21). Hajer (1995) zeigt zum Beispiel, inwiefern saurer Regen in den 1980er Jahren ein Symbol wurde, durch das ein grundsätzliches Verständnis über Umweltprobleme konstruiert wurde. Die Embleme, welche das Waldsterben in Deutschland begleiteten, haben auch heute noch in vielen Bereichen eine starke Wirkmächtigkeit. Der Slogan „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ war mit einer starken symbolischen Verknüpfung verbunden. Auch die emblematischen Bilder des Klimawandels, wie zum Beispiel schmelzende Gletscher, enthalten die Absicht, Veränderungen im politischen Diskurs herbeizuführen.

Literaturhinweise

Hajer, M. (1995). *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.

Hajer, M. (2006). *Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning*. In M. van den Brink & T. Metze (Hrsg.), *Words matter in Policy and Planning – Discourse Theory and Method in the Social Sciences* (Vol. 344, S. 65-74). Utrecht: KNAG/ Nethur.

Interpretative Repertoires

Der Ausdruck ‚Interpretatives Repertoire‘ wurde von Jonathan Potter und Margaret Wetherell in den späten 1980er Jahren geprägt. Wetherell (1998; S. 400) definiert interpretative Repertoires als kulturell vertraute und beständige Argumentationslinien, die diejenigen Annahmen bilden, die in einer gegebenen Gesellschaft als ‚gesunder Menschenverstand‘ angesehen werden. Keller (2011, 2013) baut auf Potter und Wetherell auf und erweitert ihre ursprüngliche Nutzung des Konzeptes. Keller (2013; S. 73) definiert interpretative Repertoires als ein symbolisches Ensemble von mit einem → Diskurs verbunden Aussagen, die mehr oder weniger vollständig in individuellen Aussagen verwendet werden. Soziale Akteure können symbolische Verbindungen und kollektive Wissensvorräte aus interpretativen Repertoires verwenden, um ihren sinnstiftenden Aktivitäten eine Richtung zu geben. Die vielfältigen Elemente, die in ein interpretatives Repertoire einfließen, können mit unterschiedlichem Detailreichtum wiedergegeben werden.

Literaturhinweise

Keller, R. (2011). *The Sociology of Knowledge Approach to Discourse*. *Human Studies*, 34(1), 43-65.

Keller, R. (2013). *Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists* London: Sage.

Wetherell, M. (1998). *Positioning and interpretative repertoires: Conversation analysis and post-structuralism in dialogue*. *Discourse & Society*, 9(3), 387-412.

Kausalerzählungen (engl. *causal stories*)

Kausalerzählungen sind Vorstellungen über Zusammenhänge, die die Konstruktion von Bedingungen, die als schwierig wahrgenommen werden, als politische Probleme untermauern. Sie weisen bestimmten Akteuren Verantwortung zu und beeinflussen die Definition politischer Antworten (Stone 1989; S. 283). Kausalerzählungen werden von empirischen und moralischen Aspekten gestützt. Der empirische Aspekt bezieht sich auf die Beschreibung von „Mechanismen, durch die eine Gruppe von Menschen einer anderen Gruppe Schaden zufügt.“ (Stone 1989; S. 283). Der moralische Aspekt wird mit der Zuschreibung von Schuld und Verantwortung für das Leid einer Gruppe auf eine andere Gruppe verbunden (Stone 1989; S. 283). Beide Aspekte tragen dazu bei, eine Situation vom wahrgenommenen Bereich des ‚Schicksals‘ in den Bereich menschlicher Verantwortung und Steuerbarkeit (im Sinne von *human agency*) zu überführen (Stone 1989; S. 283). Politische Akteure nutzen Kausalerzählungen gezielt, um Unterstützung für ihre Seite zu gewinnen (Stone 1989; S. 282). Beispielsweise existierten in der historischen Entwicklung des Klimadiskurses Perspektiven der Klimaforschung, die den anthropogenen CO₂-Anstieg zwar bereits Ende des 19. Jahrhunderts miteinbezogen, jedoch wurde die Verantwortung für klimatische Veränderungen durch die zugrundeliegende *causal story* der Sonneneinstrahlung zugewiesen (Viehhöver 2012; S. 186-188).

Literaturhinweise

Stone, D. A. (1989). Causal Stories and the Formation of Policy Agendas. *Political Science Quarterly*, 104(2), 281-300.

Viehhöver, W. (2012). Öffentliche Erzählungen und der globale Wandel des Klimas. In Arnold, M. et al. (Hrsg.), *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse* (S. 173-215). Springer VS.

Kritische Diskursanalyse (KDA)

Kritische Diskursanalyse (KDA) ist weniger eine einheitliche Theorie oder Methodik, als eine Reihe von Ansätzen. Diese haben das Ziel, die Rolle von Text und Rede in der Schaffung, Aufrechterhaltung und Legitimation von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unterdrückung in der Gesellschaft zu beschreiben, zu erklären und kritisch zu beurteilen (Fairclough, Mulderrig, & Wodak 2011). KDA ist politisch motiviert und schenkt den Beziehungen zwischen Sprache, Macht, Interessen und Ideologie besondere Aufmerksamkeit (van Dijk 1993; S. 255). In der KDA wird angenommen, dass eine der sozialen Ressourcen, auf denen Macht und Vormachtstellungen beruhen, der privilegierte Zugang zu → Diskurs und Kommunikation sind. Forschung im Bereich der KDA widmete sich einer Vielzahl von Themen, die in Verbindung mit der Produktion, Nutzung und Funktion des Mediendiskurses und der Kommunikation in den Massenmedien stehen (zum Beispiel Carvalho 2005).

Literaturhinweise

Carvalho, A. (2005). Representing the politics of the greenhouse effect. *Critical Discourse Studies*, 2(1), 1-29.

Fairclough, N., Mulderrig, J., & Wodak, R. (2011). Critical discourse analysis. *Discourse studies: A multidisciplinary introduction*, 357-378.

van Dijk, T. A. (1993). Principles of critical discourse analysis. *Discourse & Society*, 4(2), 249-283.

Metapher

Unter einer Metapher versteht man im Allgemeinen einen Ausdruck der etwas, beispielsweise eine Person oder einen Gegenstand, beschreibt, indem auf etwas anderes Bezug genommen wird, von dem man annimmt, dass es der Person oder dem Objekt ähnliche Eigenschaften aufweist (Cienkia & Yanow 2013). Lakoff und Johnson (2008; S. 5) argumentieren, dass „die Essenz einer Metapher das Verstehen und Erfahren von einer Sache durch eine andere Sache ist.“ Nach Lakoff und Johnson ist die Metapher

im Alltagsleben nicht nur in der Sprache verbreitet, sondern auch in Gedanken und Handlungen und spielt somit eine zentrale Rolle bei der Konstruktion der Realität. Demnach ist das normale menschliche Begriffssystem metaphorischer Natur. Dementsprechend sind Metaphern als sprachliche Ausdrücke möglich, weil sie im persönlichen Begriffssystem vorhanden sind.

Metaphern spiegeln sich nicht nur in der Sprache wider, sondern auch darin, wie Dinge verstanden und erfasst werden und wie mit ihnen umgegangen wird. Eine Metapher beispielsweise, die → Argumente als Krieg darstellt, führt zu der Auffassung, dass Argumente verloren oder gewonnen werden können, dass argumentierende Menschen sich angreifen, verteidigen und kontern. Argumentieren wird daher in diesem metaphorischen Konzept als Kampf oder Auseinandersetzung verstanden (Lakoff & Johnson 2008; S. 5).

Umweltpolitische Diskussionen sind voll von Metaphern. Diese beinhalten die Rede vom Planeten Erde als ‚Raumschiff‘, die Bezeichnung der Natur als ‚Mutter Erde‘, ‚Göttin‘ (zum Beispiel Gaia), ‚Organismus‘ oder ‚Maschine‘ und die Rede von Umweltzerstörung als die ‚Tragik der Allmende‘, ‚Waldsterben‘ und viele mehr (Dryzek 2005; S. 18).

Literaturhinweise

Cienkia, A., & Yanow, D. (2013). Why metaphor and other tropes? Linguistic approaches to analysing policies and the political. *Journal of International Relations and Development* 16, 167-176.

Dryzek, J. (2005). *The Politics of the Earth. Environmental Discourses* (2nd ed.). New York: Oxford University Press.

Lakoff, G., & Johnson, M. (2008). *Metaphors we live by*. Chicago and London: University of Chicago press.

Narrativ

Narrative können als sprachliche Sequenzen verstanden werden, die vielfältige Elemente (unter anderem Vorstellungen, → Metaphern, → Argumente) so zusammenbringen, dass diese in Bezug aufeinander konsistent werden. In diesem Sinne ermöglichen Narrative eine plausible und kohärente Wiedergabe dynamischer Beziehungen und Prozesse, Stabilität, Wandel, etc. (Keller 2013; S.125). Narrative verbinden (politische) Probleme mit bestimmten Handlungsvorschlägen, also das was *ist* mit dem was *sein sollte* (Gadinger et al. 2014, Kaplan (1993) 2002; S. 171). Dies kann zum Beispiel unter Berücksichtigung räumlicher und zeitlicher Referenzen, Handlungen, Mitspieler, Sprachformen, Genres, Themen (unter anderem Fortschritt, Gerechtigkeit, Katastrophe) etc. geschehen (Viehöver 2006). Andere analytische Dimensionen sind zum Beispiel definierbare Abfolgen von Anfang, Mittelteil und Schluss (Kaplan, (1993) 2002; S. 171). Ebenso besteht die Möglichkeit Haupt- und Nebennarrative zu identifizieren, die sich in ihrer Spezifizierung bzw. Allgemeinheit unterscheiden (Keller 2013; S. 125).

Literaturhinweise

Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz, T. (2014). Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie In F. Gadinger, S. Jarzebski & T. Yildiz (Hrsg.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis* (S. 3-38).

Kaplan, T. J. ((1993) 2002). Reading Policy Narratives: Beginnings, Middles, and Ends. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* (S. 167-185). London: UCL Press; Taylor and Francis.

Keller, R. (2013). *Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists* London: Sage.

Viehöver, W. (2006). Diskurse als Narrationen. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* (Vol. 1, S. 179-208). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Phänomenstruktur

Zur praktischen Durchführung von → Diskursanalysen wurden in der Literatur verschiedene Konzepte und Typologien entwickelt. Keller (2011, 2013; S. 114-115) beispielsweise schlägt vor, die referentiellen Beziehungen von → Diskursen oder ihren Themen entlang sogenannter ‚Phänomenstrukturen‘ zu rekonstruieren. Grundsätzlich kann eine Phänomenstruktur als ein Bedeutungsmuster verstanden werden, das Verständnisse darüber verknüpft, worum es bei einem Problem geht und wie damit umgegangen werden sollte. Indem ein Problem auf bestimmte Weise definiert wird und Ursachen und Auswirkungen aufgezeigt werden, wird es möglich, analytisch darzulegen, wem oder was die Verantwortung zugeschrieben wird und wer oder was als vom Problem betroffen dargestellt wird. So entstehen begrenzte Rahmen für Lösungen oder erwünschte Handlungswege. Dementsprechend positionieren sich Sprecher und Sprecherinnen häufig gegenüber anderen Akteuren, die in einer Problemdebatte für relevant gehalten werden, um die Konstruktion dieses Problems plausibel und glaubwürdig zu machen. Analytisch betrachtet ähnelt dies der Aufzählung der Besetzung eines Theaterstücks (Keller 2013; S. 79), bei dem aufgezeigt wird, wer die Bösewichte, Komplizen, Opfer, Helden, etc. sind. In einem solchen Bedeutungsmuster werden neben der Zuweisung von Schuld oder Verantwortung in Bezug auf das problematisierte Thema auch Lösungsansätze beschrieben, die mitunter Vorgaben zu vorbildhaftem Verhalten beinhalten können. Darüber hinaus bringen Phänomenstrukturen moralische, ethische und ästhetische Werte hervor (Keller 2013; S. 114-115). Die folgende Tabelle 2 zeigt beispielhaft die Phänomenstruktur im hegemonialen Diskurs französischer Debatten über Abfall (auf Grundlage von Keller 1998).

Tabelle 2: Beispiel für die Erfassung einer Phänomenstruktur

Dimensionen	Inhaltliche Ausführung (Beispiel: administrativer Abfalldiskurs)
Ursachen	Abfall als „Sauberkeitsproblem“; Diskrepanz zwischen Mengenaufkommen und Entsorgungs- bzw. Verwertungsinfrastruktur: • Wohlstandswachstum, ökonomischer und technischer Fortschritt, Konsumbedürfnisse der Verbraucher und Verbraucherinnen) -> Anstieg des Abfallaufkommens • Abfall als Problem defizitärer Müllentsorgung auf Deponien • Abfall als Problem mangelnder staatsbürgerlicher Verantwortung und Disziplin • Abfall als Problem nationaler Zahlungsbilanz/Rohstoffnutzung • Abfall als Problem internationaler Wettbewerbsbedingungen
Verantwortung (Zuständigkeit)	• Politik/staatliche Administration (muss in Abstimmung mit der Wirtschaft Rahmenprogramme der Abfallpolitik erarbeiten und durchsetzen) • Gebietskörperschaften, Wirtschaft (eigenverantwortliche Umsetzung der politischen Vorgaben) • Bürger und Bürgerinnen)/Gesellschaft (Aufgabe irrationaler Ängste, egoistischer Ablehnungen; Übernahme von Verantwortung für die Abfälle und Akzeptanz der Technologien)
Handlungsbedarf/ Problemlösung	Niedriges Problemlevel; technische Beherrschung der Abfallsituation ist möglich durch Verwertung und Beseitigung; Maßnahmen: • großtechnischer Ausbau und Optimierung der Entsorgungs- und der Verwertungsinfrastruktur • Akzeptanzschaffung für Entsorgungsinfrastruktur durch Kommunikation und Partizipation

Dimensionen	Inhaltliche Ausführung (Beispiel: administrativer Abfalldiskurs)
Selbstpositionierung	• umfassende Mobilisierung staatsbürgerlicher Verantwortung (Kommunen, Wirtschaft, Verbraucher) • Vertreter und Vertreterinnen der wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und pragmatischen Vernunft, des zivilisatorischen (soziokulturellen/-technischen) Fortschritts • Staat als Wahrnehmer des Kollektivinteresses
Fremdpositionierung	• zivilgesellschaftliche Akteure (Gebietskörperschaften, Wirtschaft, Bürger und Bürgerinnen) zeigen mangelndes Verantwortungsbewusstsein, irrationale Ängste und Verdrängung • Irrationalismus und Fundamentalismus der deutschen Abfallpolitik, Tarnmantel für Wirtschaftsprotektionismus
Dingkultur/ Wohlstandsmodell	Kein Gegenstand der Abfalldiskussion; folgt unverfügbaren Modernisierungsdynamiken und Marktrationalitäten; materielles Wohlstandsmodell; Freiheit der Bedürfnisse (Produktion und Konsum)
Wertbezug	• Staat sichert Kollektivinteresse (Wohlstand, Fortschritt, Modernität) • (Faktische und moralische) Sauberkeit des öffentlichen Raumes • Natur als (national knappe) Ressource, deren Nutzung optimiert werden kann • Identität von derzeitiger Gesellschaftsform und "gutem Leben"

Quelle: Keller 2007; S. 11.

Literaturhinweise

Keller, R. (2001). Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner, Hirsland, A., Schneider, W. & Viehöver, Willy (Hg.) Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse – Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich. 113–143.

Keller, R. (2011). The Sociology of Knowledge Approach to Discourse. Human Studies, 34(1), 43-65.

Keller, R. (2013). Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists London: Sage.

Poststrukturalistische Diskurstheorie

Die poststrukturalistische Diskurstheorie geht aus der Arbeit von Michel Foucault, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Aletta Norval und David Horvaath hervor. Dieser Theorieansatz wird auch als ‚Essex Schule‘ der → Diskursanalyse bezeichnet. Strukturelle Linguistik, Psychoanalyse und die Werke verschiedener poststrukturalistischer Philosophen prägen diese Theorie (Jørgensen & Phillips 2002; S. 10-11).

Poststrukturalistische Diskurstheorie ist in der poststrukturalistischen Annahme verankert, dass die soziale Wirklichkeit durch Sprache konstruiert wird. Wegen der grundlegenden Instabilität von Sprache kann Bedeutung daher niemals dauerhaft festgeschrieben sein (Jørgensen & Phillips 2002; S. 6). Es entsteht eine endlose Auseinandersetzung um Bedeutung. Auf Grundlage von Foucaults Erkenntnissen über den → Diskurs, nimmt diese Diskurstheorie an, dass hegemoniale Diskurse, also (vorübergehend) dominante Diskurse, die Gesamtheit des Sozialen konstituieren – einschließlich Macht, Wissensordnungen und Subjektpositionierungen – und materielle Konsequenzen haben (Howarth 2010).

Literaturhinweise

Howarth, D. (2010). Power, discourse, and policy: articulating a hegemony approach to critical policy studies. Critical Policy Studies, 3(3-4), 309-335.

Jørgensen, M., & Phillips, L. (2002). Discourse Analysis as Theory and Method. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.

Rhetorische Praktiken

→ Diskursanalyse ist keine rhetorische Analyse. Nichtsdestotrotz kann die Untersuchung von → Dis-kurs die Analyse rhetorischer Komponenten einschließen, um zu verstehen, was zum politischen Einfluss und zur Überzeugungskraft eines bestimmten → Argumentes oder einer bestimmten Aussage beiträgt. Darüber hinaus ist rhetorische Analyse, wie Finlayson (2007) und Gottweis (2003) gezeigt haben, wichtig, um diskursive strategische Aktionen in der Politikfeldanalyse zu betrachten. Politische Akteure nutzen Rhetorik in erster Linie für instrumentelle Zwecke. Die Aristotelische Unterscheidung zwischen *logos*, *ethos* und *pathos* bleibt relevant (Dedaic 2005; S. 702). Durch rhetorische Praktiken des *logos* sprechen Sprecher und Sprecherinnen den Verstand an; durch rhetorische Praktiken des *ethos* berufen sich Sprecher und Sprecherinnen auf ihre Glaubwürdigkeit; durch den *pathos* entsteht ein Appell an die Emotionen der Zuhörer (Dedaic 2005; S. 702). Es existiert eine beträchtliche Summe an Literatur, die rhetorische Strategien und Praktiken beschreibt und sich unter anderem mit der Entstehung und Entwicklung des Klimadiskurses beschäftigt (zum Beispiel Carvahlo 2005).

Literaturhinweise

Carvalho, A. (2005). Representing the politics of the greenhouse effect. *Critical Discourse Studies*, 2(1), 1-29.

Dedaic, M. N. (2005). Political speeches and persuasive argumentation. In K. Brown (Ed.), *Encyclopedia of Language and Linguistics* (2nd ed., S. 700-705). Kidlington, Oxford: Elsevier.

Finlayson, A. (2007, 9 (4)). From Beliefs to Arguments: Interpretative Methodology and Rhetorical Political Analysis. *Political Studies Association*. BJPIR.

Gottweis, H. (2003). Theoretical strategies of poststructuralist policy analysis: towards analytics of government. In M. A. Hajer, & H. Wagenaar (Hrsg.), *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society* (S. 247-265). Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Story-line

Aufgrund der ähnlichen Bedeutung wird *Story-line* häufig synonym mit dem Begriff → Narrativ verwendet. Im Bereich der → Argumentativen Diskursanalyse (ADA) definiert Hajer (1995; S. 63) *story-lines* als mehr oder weniger unverwechselbare, charakteristische Argumentationsstränge, die Elemente vieler verschiedener Bereiche und komplexe Debatten zusammenfassen. *Story-lines* suggerieren Einheit und Kohärenz. Sie reduzieren die diskursive Komplexität eines Problems und schaffen die Möglichkeiten zur Problemlösung. In diesem Sinne können *story-lines* in Debatten als ‚Abkürzung‘ (*short-hand*) verwendet werden. *Story-lines* spielen eine wesentliche Rolle in der Zuordnung von Wissen, der Positionierung von Akteuren und letztendlich in der Bildung von Koalitionen zwischen Akteuren in einem bestimmten Bereich. *Story-lines* ermöglichen es Akteuren, sich auf verschiedene gesellschaftliche Ordnungskategorien zu berufen, um bestimmten physischen oder sozialen Phänomenen Bedeutung zuzuschreiben. Indem immer mehr Akteure sich auf *story-lines* berufen, bekommen diese einen rituellen Charakter, durch den eine Debatte beständig bleibt.

Literaturhinweise

Hajer, M. A. (1995). *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Oxford University Press.

Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, Frank & Toens, Katrin (Hg.) *Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 211-222.

Wissenssoziologische Diskursanalyse

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) wurde von dem deutschen Soziologen Reiner Keller in den 1990er Jahren entwickelt. Die Absicht der WDA ist es, laufende und vielfältige Prozesse sozialer Konstruktion, Produktion, Verbreitung und Transformation von Wissen zu analysieren (Keller 2013; S. 61). Dies schließt sowohl die Analyse symbolischer Ordnungen in institutionellen und organisatorischen Ebenen und Arenen ein, als auch die Konsequenzen solcher Ordnungen in verschiedenen Feldern sozialer Praktiken. Diese Perspektive umfasst auch die Einbindung sozialer Akteure in die Darstellung und ‚Rezeption‘ des Diskurses (Keller 2005).

Ein Schlüsselkonzept ist dabei Wissen, das sich auf alles beziehen kann, von dem angenommen wird, dass es ‚existiert‘ (einschließlich Ideen, Theorien, Alltagsvermutungen, Sprache, verkörperte Routine und Praktiken) (Keller 1997, 2001). WDA basiert wesentlich auf der Forschung von Michel Foucault sowie Peter Berger und Thomas Luckmann.

Literaturhinweise

Berger, P., & Luckmann, T. (1967). *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. London: Penguin Books.

Keller, Reiner (1997). Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald & Honer, Anne (Hg.) *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich. 308–333.

Keller, Reiner (2001). Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner, Hirsland, A., Schneider, W. & Viehöver, Willy (Hg.) *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse – Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich. 113–143.

Keller, R. (2005). Analysing Discourse. An Approach from the Sociology of Knowledge. *Forum Qualitative Social Research*, 6(3), Art. 32.

Keller, R. (2013). *Doing Discourse Research. An Introduction for Social Scientists* London: Sage.